

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 RM, monatlich 1.10 RM,  
 wöchentlich 28 Pf. fort ins Haus.  
 Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 RM pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Belastungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich. Ausland  
 2 Mark. für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Ungarn, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne:  
 je Zeile oder deren Raum 50 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (jeit-  
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf. Siebdrucke und Schrif-  
 tdruck-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Anzeigen für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. April 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Militärische Geständnisse.

Man schreibt uns:

Dem Kaiserwort: „Schwarzseher dulde ich nicht“ zum Trost hat sich in der Person des Oberleutnants a. D. Rissen-Meyer (ehemals Kommandeur des 1. Bataillons 2. Ostasiatisches Infanterieregiments) wieder einmal einer vom Hoch gefunden, um seinen „Gedanken über Volk, Heer und System“ in einer Broschüre „Aus dem Lande der Unglücklichen“ Ausdruck zu verleihen.

Abgesehen von den Auslassungen über unsere Arbeiterorganisationen, über die deutsche Kolonialpolitik und die von der öffentlichen Meinung verlangte „falsche Humanität“, Dinge, über die von deutschen Offizieren ja keine treffenden Urteile zu erwarten sind, können wir uns mit den Ausführungen über die Fehler „unseres Systems“ nur einverstanden erklären. Bei der Untersuchung der zu den Soldatenmißhandlungen führenden Gründe entwickelt der Verfasser in verschiedenen Hauptpunkten sogar genau denselben Gedankengang, den der „Vorwärts“ bei der Behandlung dieses Themas wiederholt, z. B. im Leitartikel in Nr. 83/86 zum Ausdruck gebracht hat.

Der lange Aufenthalt im Auslande befähigt diesen ehemaligen Offizier besonders, die Wirkung der geradezu lächerlichen deutschen Prüffucht und Selbstüberhebung auf die anderen Nationen richtig einzuschätzen. Er schreibt darüber:

„Ja, ich habe es erlebt, daß ein älterer Offizier in einem französischen Stadtteil des Auslandes einen Trupp von etwa dreißig Mann mehrere Male im Stechschritt an sich vorüber marschieren ließ, und zwar nämlich nur, um den Franzosen zu zeigen, so marschieren wir. Daß er bei einer so kleinen Truppe alles eher wie Bewunderung bei den Franzosen damit erregte, das kam ihm nicht in den Sinn. Und noch dazu war sein eigenes Gebahren, seine Miene, die Art, wie er sein Pferd drangalierte, alles dies dazu angetan, nicht allein bei uns, sondern vor allem bei den französischen Offizieren und Soldaten die unbändige Heiterkeit zu erregen.“

Die englische Armee wird nach Ansicht des Verfassers von den deutschen Offizieren vielfach unterschätzt. Ein japanischer Offizier äußerte sich ihm gegenüber über die deutsche Armee folgendermaßen: „Ja, wir haben viel von Ihnen gelernt, aber eins haben wir nicht mitgelernt: wir sagen nicht so laut, was wir können.“

Oberleutnant Rissen-Meyer behauptet, die gezeigte Achtungsbereitschaft am meisten bei Offizieren, seltener bei Beamten, aber fast nie „bei unseren alten, lange im Auslande angehefteten Landsleuten“ angetroffen zu haben. Er schildert ferner einen Offizier, welcher, kaum vierzehn Tage anwesend, auf einem gemeinsamen Spazierritte fast allen ihnen begegnenden Landeseinwohnern auf ihren freundlichen Gruß „mit einem dem lombinierten Tierreich entlehnten Schimpfwort antwortete“. Hierüber zur Rede gestellt, entschuldigte sich der edle Kolonistator damit, daß ein gewöhnlicher Mann kein so feines Ohrgefühl habe, um sich darüber zu ärgern!

In einer 500 Kilometer von Kiangschou belegenen Fremdenniederlassung (Shanghai) ist ein die Siege der Deutschen über die Boxer verherrlichender Bronze-Ritter aufgestellt. Das ist deutsche Art, das Nationalgefühl anderer Völker zu ehren. Diese im deutschen System wurzelnde Art der Rücksichtslosigkeit und der Nichtachtung alles dessen, was nicht Offizier oder Beamter ist, hat sich nach der Ansicht des Verfassers in die Kreise der unteren Beamten fortgepflanzt, so daß die Klagen der Deutschland bereisenden Fremden über die Unhöflichkeit unserer Beamtschaft vollauf berechtigt seien.

Wie im Auslande zum Vorteil des Vaterlandes Geld „gespart“ wird, zeigt folgender Fall: Ein schöner Auenplatz war von einer berittenen Truppe „vollständig“ niedergetreten worden. Er gehörte einem der ärmsten Bewohner des Dorfes, welcher infolge langandauernder Krankheit an der Überntung verhindert war. Der Adjutant wird beauftragt, dem Eigentümer die verhältnismäßig niedrige Entschädigung von 3 Dollar (12 Mark) zu überbringen.

Was wird von einem höheren Offizier befohlen? „Wir wollen das den Leuten hier nicht angewöhnen.“ Und das, trotzdem einige tausend Mark Flurentscheidung etatisiert sind! Die Engländer hingegen zahlen Klugereiche in ähnlichen Fällen „reichlich“.

Die zweijährige Dienstzeit hält Herr Oberleutnant Rissen-Meyer für zweckmäßig, weil das Herausziehen der jungen, noch in der Entwicklung stehenden Leute aus dem „gesundheitsschädlichen Kampf um tägliche Brot“ uns die kräftige Nation mit den „auffallend breiten Schultern“ geliefert habe. Als ob eine sinn- und sachgemäße Fürsorge und Erziehung der früheren Jugend zum Waffen dienst, wie wir sie fordern, diese Aufgabe nicht in viel höherem Maße erfüllen würde, ganz abgesehen von der Gebung der materiellen Lage des arbeitenden Volkes!

Die Ursachen der im deutschen Heere so außerordentlich hohen Zahl schändlicher Soldatenmißhandlungen zu ergründen, haben, allerdings sehr oft in recht oberflächlicher Weise, schon viele Offiziere vom Kriegsminister bis herab zum Hauptmann a. D. versucht. Unseres Wissens hat aber nicht ein Einziger mit so klarem Blick und mit solcher Unbefangtheit diese für den im Dienst befindlichen Berufs soldaten äußerst schwierige Analyse vorgenommen, wie

es der Verfasser der genannten Broschüre getan hat. Er ist unseres Erachtens einer der Wenigen, die im ewigen Einerlei des Dienstes nicht vollständig aufgegangen sind, die trotz der langen Militärzeit das rein menschliche Denken und Fühlen nicht verlernt haben; kurz gesagt, einer der Charaktere, die man unter Berufssoldaten, besonders in Deutschland, so überaus selten findet.

Das folgerichtige Aneinanderreihen der verschiedensten im deutschen Heere bestehenden Unsitte und Einrichtungen und die hieraus sich ergebende Tatsache, daß die Soldaten schändlichen ein unmittelbares, künstliches Produkt des preussischen Systems sind, wirkt geradezu vernichtend!

Oberleutnant Rissen-Meyer schildert, wie beispielsweise der Ausfall des alljährlich stattfindenden Vergleichs- und Prüfungsfesthaltens, dazu benützt wird, die Lehrfähigkeit und den Eifer der Kompagniechefs festzustellen resp. zu beurteilen. Die natürliche Folge ist ein „speziell auf die Verstärkung der Arbeit“ aller und ein hieraus sich ergebendes Strebertum, das sich durch gelegentliches „Geschenke machen“ sowie durch Eingehen auf die kleinsten Wünsche und Eigenarten der maßgebenden Vorgesetzten zu empfehlen sucht. Hierdurch und in Verbindung mit der durch das Geheimhalten der Dienstzeugnisse geschaffenen Unsicherheit greife eine „Ueberfeinerung“ sonst ganz einfacher Dienstweiger Platz, die Kriegsausbildung werde nebenächlich, allerlei unnützes Beiwerk aber als Hauptsache behandelt. Das ewige „Schimpfen und Tadeln“ der Offiziere pflanzt sich auf die Unteroffiziere fort. Das stete „Vedormunden aller Untergebenen“, der lange die Freizeit beschränkende Dienst erwecke bei den Mannschaften Unlust, Mißbehagen und ständige „Unruhe“; durch diese Nervosität zeichne sich die deutsche Armee besonders aus. In der Tat, man muß die leger Haltung österreichischer oder Schweizer Infanteristen bei der Ausführung schwieriger Kolonnenbewegungen und im Gegensatz hierzu das geradezu ängstliche Verhalten preussischer Musketiere schon beim Antreten der Korporalschaft zum Dienst oder Kirchgang beobachtet haben, um erkennen zu können, daß die auf dem Paradeplatz zur Schau getragene „eiserne Ruhe“ weiter nichts ist, als eine durch Zwang, Drill und Organisation für den Augenblick bezwungene Unruhe!

Der Verfasser schildert weiter, wie er einen seiner Feldwebel erst nach Ueberwindung bedeutender Schwierigkeiten davon überzeugen konnte, daß die Gewährung einer angemessenen Freiheit erzieherisch auf die Mannschaften einwirkt. Ein anderer als besonders ruhig und besonnen geschildeter Feldwebel beichtete ihm einige Jahre nach seinem Uebertritt in den Zivildienst, daß auch er mißhandelt habe; ein Beweis, wie schwer das System selbst auf den besonnenen Elementen lastet! Leider huldigt das ganze System direkt dem Grundfals, auf die Gesamtheit zu brüden, um die Vergehen einzelner zu vermeiden. Solcher Druck ist z. B. die Zurückhaltung des Avancements innerhalb eines ganzen Truppenteils unter gewissen Umständen.

Das Beschwerderecht, das für den Soldaten zu schwer verständlich ist, beachtet nach der Ansicht des Verfassers die „Gleichheit vor dem Gesetz“ nicht; denn „warum soll z. B. der Offizier den Weg der Vermittelung haben und der Mann nicht auch mit einem gleichen oder ähnlichen Vorteil“ bedacht sein? Er wünscht einen Anwalt oder Berater für den Beschwerdeführer.

Auch die finanzielle Seite unseres Heerwesens wird berührt durch den Vorschlag, die Bataillone abzusuchen, weil die Bataillonskommandeure als O. gewissermaßen als fünftes Rad am Wagen zu betrachten seien. Es sollten Brigaden zu 4 Regimentern a 6 Kompagnien gebildet werden. Durch Eingehen auf diesen Vorschlag würden die Majore nicht nur vollständig überflüssig werden, sondern es würde dem Brigadefeldkommandeur, von dem es schon sprichwörtlich heiße, daß er nur an fünf Tagen des Jahres (während des Brigadeerzrierens) Dienst habe, ein größerer Wirkungskreis gegeben.

Wir können den maßgebenden Stellen des preussischen Heeres, insbesondere dem Kriegsminister Herrn v. Einem das eifrige Studium der erwähnten Broschüre nur angelegentlich empfehlen. Als Beweis, daß die Ansichten dieses Fachmannes nicht einzig dastehen, gestatten wir uns, auf die in den Nummern 83 und 88 des „Vorwärts“ aus dem Jahre 1906 enthaltenen, das gleiche Thema behandelnden Neuzerungen zu verweisen.

## Zu dem Unglück auf der Zeche „Preußen“.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben:  
 Wiederum haben sieben Bergleute infolge eines Seilbruches ihr Leben lassen müssen.  
 Und es muß gestanden werden: das Unglück ist eine Folge verbotswidriger Handlung der Verunglückten! Das Unglück ist geschehen in einem sog. Stapel oder Bremschacht. Die Benutzung der Seilschacht in einem solchen Schacht ist behördlich strengstens verboten.  
 Der Stapel oder Bremschacht dient zur Kohlenförderung aus den Flözen zur Sohle. Mit besonderen Sicherheitsvorkehrungen

ist diese Seilschacht nicht versehen, auch findet keine Prüfung des Seiles auf seine Tragfähigkeit statt.

Die dem Unternehmertum dienstbare bürgerliche Presse betont mit aller Schärfe, die Bergleute sind durch Selbstverschulden zu Tode gekommen! Wir stimmen dem nur bedingt zu! Gewiß haben die Leute verbotswidrig gehandelt; sie mußten als Fahrweg Ueberhaue oder besondere Fahrstühle benutzen. Sind diese aber auf „Preußen“ auch in einem Zustande, daß sie ohne Schwierigkeit benutzt werden können? Wir wissen es nicht und wollen deshalb kein voreiliges Urteil fällen. Aber das weiß Schreiber dieser Zeilen aus Erfahrung, daß auf manchen Zechen Fahrstühle und Ueberhaue nur in friedlicher Stellung zu passieren sind. Ja häufig sind sie ganz unpasseierbar, weil der Ueberbau zu Bruch liegt und sich niemand darum kümmert. Ordnungsmäßige Fahrstühle und Ueberhaue sind nur selten anzutreffen.

Es gibt viele Grubenbeamte, die es streng vermeiden, die schwer zu passierenden Ueberhaue als Fahrwege zu benutzen; sie benutzen füglich verbotswidrig die Seilschacht, selbst dann, wenn sie sich nur von einem Ort zum anderen begeben wollen.

Wenn nun aber der Fahrweg schlecht und unbequem ist und viele Beamten das behördliche Verbot unbedacht lassen, dann ist zu verstehen, wenn auch die Bergleute nicht anders handeln.

In diesem speziellen Falle kommt hinzu, daß die Bergleute sich die Nacht abgerodert hatten, sie also leicht der Verführung erlagen, die bequeme Fahrt am Seil zu machen, anstatt mühevoll den Fahrstühle zu steigen.

Es ist bereits gemeldet worden, daß der Mann, der die Bergleute auf die Förderschale nahm und die Bremse bediente, wahrscheinlich wegen fahrlässiger Tötung unter Anklage gestellt werden dürfte. So wird's schon kommen, wir würden uns nur wundern, wenn's anders wäre. Das schuldige System kommt nicht auf das Armesünderbänkehen. Die Behörde muß es sich zur Aufgabe machen, mehr wie bisher die Verschaffenheit der Ueberhaue und Fahrstühle zu überwachen. Man schaffe sichere, bequem passierbare Fahrwege, dann wird kaum ein Bergmann versucht sein, verbotswidrig die Seilschacht in den Bremschächten zu benutzen.

## Das Hungerland Südwestafrika.

Der ehemalige Landeshauptmann von Südwestafrika, Generalmajor v. François, veröffentlicht im „Tag“ einen interessanten Artikel über „Besiedelung und Hungernot in Südwestafrika“. Der Artikel dieses Kenners unseres südwestafrikanischen Schutzgebietes beweist aufs neue, wie abenteuerlich und unrealisierbar die Hoffnungen sind, die von unseren Kolonialphantasten in die Entwicklungsfähigkeit des Landes gesetzt worden sind.

François meint, die erste Aufgabe der Regierung müsse darin bestehen, zunächst einmal die Hungernot in der Kolonie durch Beschaffung eines ausreichenden Stodes von Muttervieh zu beseitigen. Solange es an Vieh mangle, fehle es an Meile für die Bahn, an Ausnutzung der Wasserstellen, vor allem an billiger Volksernährung.

Der Verfasser gesteht ein, daß seit drei Jahren die südwestafrikanische weiße Bevölkerung eigentlich nur vom Kriege gelebt hat. Die Verminderung der Truppe werde deshalb zweifellos für die weiße Bevölkerung zunächst eine Krise heraufbeschwören. Sie treffe hauptsächlich die etwa 3000 Kaufleute, Gastwirte, Handwerker und Arbeiter. Das ist eine Tatsache, auf die auch wir längst hingewiesen haben. Würde man die Schutztruppe statt auf 4000 bis 5000 Mann noch weiter reduzieren, so würde der südwestafrikanische Staat ein geradezu stückerlicher werden. Deshalb denkt denn auch die Regierung nicht daran, eine solche Reduzierung der Schutztruppe einzutreten zu lassen. Sie braucht eine starke Schutztruppe, nicht nur als Grundstock einer Kolonialarmee, sondern auch um den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Kolonie zu verhüten. Die 40 oder 50 Millionen, die Deutschland jährlich für die Truppe ausgibt, sollen gleichzeitig den finanziellen Rückhalt des kolonialen Wirtschaftsgebietes bilden. Mit anderen Worten: Südwestafrika ist im Grunde nichts anderes als ein einziges Marketerntelager, das von der milchenden Kuh, der Schutztruppe, lebt.

Aber selbst dann, wenn eine starke Schutztruppe zurückbleibt, steht es um die Farmer außerordentlich schlecht. Diese können zwar Land genug zum Preise von 30 bis 100 Pf. den Hektar kaufen, aber um die landwirtschaftliche Produktion steht es um so schlechter: „Produzenten werden sie trotzdem nicht. Feldbau können sie beinahe nicht treiben, Gartenbau lohnt nur da, wo nahe Absatzgelegenheit ist; die Produktionskosten sind höher, als die Preise für eingeführte Nahrungsmittel“. Aber auch um die Produktion von Vieh steht es außerordentlich schlecht. François zählt nach Durchsicht alles veröffentlichten Materials den gesamten Bestand des Schutzgebietes an Muttervieh auf etwa 6000 Kühe und 50000 Mutterkühe und Ziegen. Um aber den Milch- und Fleischbedarf einer Bevölkerung von 6000 Weißen, 4000 Mann Truppen und 4000 Farbigen zu decken, der jährlich rund 20000 Schen und 280000 Kleinvieh betrage, seien nötig 80000 Kühe und eine Million Kleinvieh-Muttertiere. Ohne einen solchen Viehbestand werde in Südwestafrika chronische Hungernot herrschen.

Unter Zugrundelegung einer Berechnung des Farmers Schleitwein wurde sich der vorhandene Viehbestand in circa 15 Jahren bis zu der zur Fleischversorgung der schon heute in der Kolonie befindlichen Bevölkerung von 50000 Köpfen vermehrt haben, dabei seien aber die Gefahr der Verfeuchung und andere Unsicherheiten des

Betriebes nicht einmal in Betracht gezogen. Francois macht deshalb den Vorschlag, sofort eine größere Summe, etwa 8 Millionen, staatlicher Subventionen für Viehanlauf zu verwenden. Geschiehe das, so würde schon nach 10 Jahren ein Viehstand von 50 000 Kühen und 800 000 Kleinviehmüttern in der Kolonie vorhanden sein können.

Herr v. Francois nimmt also an, daß durch geeignete Maßnahmen in 10 Jahren wiederum eine Menge von Vieh herangezogen werden könnte, um eine Bevölkerung von 50 000 Köpfen zu ernähren. Man rechnet man aber in Deutschland bekanntlich damit, daß viele Tausende neuer An siedler während dieses Zeitraumes ansässig gemacht werden könnten. Wovon diese leben sollen, ohne daß das Reich unzählige Millionen für ihren Unterhalt ausgibt, ist völlig rätselhaft. Ganz abgesehen davon, daß die ganzen Viehzuchtungspläne des Herrn v. Francois durch die Minderpest, die gerade jetzt wieder arg auftretende Genschreckenplage und ungünstige Witterung, das heißt jahrelanges Ausbleiben von Regen, zu nichte gemacht werden können!

Man sieht, daß die Entwicklung Südwestafrikas nur durch andauernde ungeheure Zuschüsse des Reiches künstlich herbeigeführt werden kann. Und dieses trostlose Land ist von Herrn Dernburg als ein „neues überseeisches Deutschland“ gepriesen worden.

## Die russische Revolution.

Was geht vor?

Purischkewitsch, der Vizepräsident des Verbandes des russischen Volkes, und seine Stumpfen haben die Regierung am Donnerstag durch ihr Verhalten in der Reichsduma scharf zu machen versucht. Welch' anderen Sinn könnte es haben, daß die braven „Patrioten“ sich bei der Rede des Sozialdemokraten Alexinsky so provokatorisch benahmen? Welch' anderen Sinn kann es haben, daß sie sich gebärdeten, als sei die Majestät, der Zar allein und persönlich, beleidigt durch die Verlesung jener Stelle aus dem „Economist“, wo es heißt: die Regierung habe durch die Auflösung der ersten Duma einen Treubruch begangen!

Als dann Golowin, der Präsident der Reichsduma, den Mitgliedern der Rechten, die sich wie toll gebärdeten, heimleuchtete, wie kein deutscher Reichstagspräsident Konservativen in ähnlicher Situation heimgeleuchtet hätte, da erscholl der vielstimmige Ruf aus dem Munde des zarentreuen Abgeordneten Strupenzky: „Der Kaiser löst die Duma auf!“

Wird die Duma schon wieder aufgelöst? Werden die Scharfmacher Erfolg haben? Wird die russische Regierung abermals der Stimme „christlich-russischer“ Männer Gehör leisten? Man sollte es nicht für möglich halten, indessen — welche Dummheit, welche Unüberlegtheit, welche Brutalität, welcher Rechts- und Treubruch ist einem Stolypin nicht zuzutrauen?

Soviel steht fest: Die Regierung sinnt wieder Unheil, und — wenn nicht alle Zeichen trügen — stehen dem unglückseligen Russenlande von neuem schwere, schwere Tage bevor. Ein Telegramm meldet:

Petersburg, 5. April. Die Stadt ist mit Militär gefüllt; besonders mit Kosaken und Dragonern wie zur Zeit der ersten Auflösung der Duma.

Und die „Bosnische Zeitung“ erhielt folgenden „Eig. Drahtbericht“:

Petersburg, 5. April. Die Petersburger Garnison ist, wie ich aus guter Quelle erfahre, in den letzten Tagen durch vier Regimenter verstärkt worden, die aus der Umgebung herangezogen worden sind, und zwar des 93. Regiment aus Pskow, das 136. Dmsl.-Regiment aus Karva, das Kavallerie-Garderegiment aus Gatschina und das Leibgarde-Infanterieregiment aus Jaroslawo-Selo. Die Stadt ist für den Fall von Unruhen in vier Bezirke eingeteilt worden. Mit dem Oberbefehl ist der Stadthauptmann von Petersburg, Dratschewski, betraut.

Das sieht nach Sturmstimmung aus, zumal wenn man weitere Telegramme, die nichts Gutes künden, mit in Betracht zieht. So z. B.:

Petersburg, 5. April. Wie die Blätter berichten, hat der Verband der wahrhaft russischen Leute eine besondere Abteilung sogenannter Kreuzkämpfer errichtet, die allerorts mit allen Mitteln für die Auflösung der Duma kämpfen sollen.

Moskau, 5. April. General Kaulbars hat auf das telegraphische Ersuchen des Gouverneurs von Westsibirien eine Division in die Grenzbezirke gesandt, um jede Aufstandsbewegung unter der dortigen bäuerlichen Bevölkerung im Keime zu erstickern.

Moskau, 5. April. Infolge des bestehenden Konfliktes zwischen dem Universitätsrat und der Studentenschaft steht die Schließung der Universität unmittelbar bevor.

Die Regierung fählt sich! Mit der Duma, mit der hauptstädtischen Bevölkerung, mit den Bauern, mit den Studenten — mit allen zugleich wagt sie's aufzunehmen, gestützt auf ihre treuesten Söhne, die „Kreuzkämpfer“ vom Verbande der „wahrhaft russischen Leute“! Möge sie — wenn sie wirklich Lust haben sollte, neue blutige Konflikte heraufzubeschwören — endlich den längst verdienten Lohn für ihre Frevel finden. Gar zu lange schon spielt sie mit der Geduld des Hundertmillionenvolkes. Gar zu lange währt der entsetzliche Tanz auf dem Vulkan. Soll dessen glühende Lava sich wieder einmal über Rußlands Fluren ergießen, dann möge sie wenigstens die Schuldigen hinwegraffen und derer schonen, die für das Wohl des schwer heimgesuchten Landes nun gerade genug gelitten und geblutet haben.

### Die Duma.

Einstweilen tagt sie noch: die Reichsduma. Gestern (Freitag) setzte sie die Debatte über das Budget fort. Ruttler (Radetzki) bekämpfte die von den Ministern in den vorhergegangenen Sitzungen gemachten Ausführungen. Purischkewitsch berührte unter allgemeiner Heiterkeit Fragen der verschiedensten Art und erklärte unter anderem, er sei kein Freund des Kabinetts, weil Stolypin konstitutioneller Minister sei, während er selbst die Autokratie verteidige! Unter Lärm und Gelächter des Hauses zitierte Purischkewitsch allerlei Sprichwörter und schloß mit der Aufforderung, die Duma möge arbeiten!

Auch die Ausführungen des nächsten Redners, des Grafen Bobrinski (Monarchist), riefen Heiterkeit hervor. — Schirsky (revolutionärer Sozialist) schloß sich im Namen seiner Partei den früheren Ausführungen der Sozialdemokraten an und schlug vor, die Ernennung einer Budgetkommission abzulehnen, weil die Duma sonst in Rußland und im Ausland den Eindruck hervorzurufen würde, daß sie mit der Regierung arbeite, während die Regierung die Duma als untergeordnet und unfähig behandle! —

Der Präsident verlas sodann einen Antrag, der dahin geht, die Beratungen der Reichsduma auf drei in der Woche zu beschränken, um den Mitgliedern der Kommissionen, denen zur Erledigung ihrer Arbeiten nicht die erforderliche Zeit zur Verfügung

steht, Gelegenheit zu geben, mehr Sitzungen abzuhalten. Der Antrag wird am Montag beraten werden. Sollte er angenommen werden, so wird die Duma in Zukunft nur an jedem Montag, Dienstag und Donnerstag Sitzungen abhalten.

### Die Agrardeklaration der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Die Deklaration, welche die sozialdemokratische Fraktion der Duma als Material zur Regelung der Agrarfrage überreichte, hat folgenden Wortlaut:

Wir zur sozialdemokratischen Fraktion gehörenden Mitglieder der Reichsduma sind der Ansicht, daß zur Erleichterung der Lage der Ackerbaubevölkerung Rußlands folgende Maßregeln getroffen werden müssen:

1. Aufhebung aller Beschränkungen der Bauern in der freien Verfügung über ihren Grundbesitz, sofern diese Beschränkungen aus der Standesabsonderung der Bauern hervorgegangen sind. Da außer dem Bauernkleingrundbesitz auch noch andere Formen des Grundbesitzes bleiben werden (städtische Ländereien, Grundstücke der Städte und Dorfbewohner usw.), so können die Beschränkungen in der freien Verfügung über den Bauerngrundbesitz sich nur in denselben Formen äußern, wie die Beschränkungen gegen die sonstigen Eigner und die Genossenschaftler, und nur im öffentlichen Interesse.

2. Enteignung ohne Loskauf der Kirchen-, Kloster-, Apanage- und Kabinettsländereien und Uebergabe derselben ebenso wie der Kronländereien an die Großorgane der örtlichen Selbstverwaltung. Da ein großer Teil der Apanage-, Kabinett- und Kronländereien noch nicht besiedelt ist und daher aus denselben ein Landfonds für Auswanderer geschaffen werden kann, so müssen die von der örtlichen Bevölkerung noch nicht besetzten Landstücke ebenso wie die Wälder und Gewässer, die eine allgemeine staatliche Bedeutung haben, im Besitze des demokratischen Staates verbleiben.

3. Auf derselben Grundlage, d. h. ohne Loskauf, müssen die Privatländereien — außer dem Kleingrundbesitz oder den Anteilsgrundstücken — enteignet und der demokratischen örtlichen Selbstverwaltung übergeben werden, wobei die auf Grund der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Abstimmung gewählten Organe der örtlichen Selbstverwaltung auch die Frage zu entscheiden haben, über welchen Betrag hinaus die Landstücke in jedem Gebiete der Konfiszierung unterliegen.

4. Dieselben Organe der örtlichen Selbstverwaltung werden auch die Frage zu entscheiden haben, in welcher Weise die Bevölkerung von den Ländereien, die in die allgemeine Rußlandung übergegangen sind, Gebrauch zu machen hat.

5. Die rechtliche Gleichstellung aller Bürger und die Aufhebung der Stände und der Fesselung an dieselben geben an sich selbst jedem Bürger das Recht, sich an einem beliebigen Orte niederzulassen, an der Tätigkeit der örtlichen Selbstverwaltungsorgane und somit an der freien Verfügung über die zur Selbstverwaltung gehörenden Landstücke und an der Bestimmung der Bedingungen zur Benutzung derselben teilzunehmen.

Indem die sozialdemokratische Fraktion obiges als Grundlage der Agrarreform vorschlägt, erachtet sie es als notwendig, daß die Landfrage von der Bevölkerung selbst vorher an Ort und Stelle durch Vermittlung örtlicher von der ganzen Bevölkerung gewählter Komitees zur Erörterung gebracht werde.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. April 1907.

### Das Reinigungsverfahren des Herrn Dernburg.

Als der Kolonialdirektor Dernburg sich dem Reichstage präsentierte, erklärte er mit einer gewissen Feierlichkeit, mit den bisherigen Verhältnissen in der Kolonialverwaltung gründlichst aufräumen zu wollen. Um zu zeigen, wie ernst es ihm mit der Untersuchung der vielen Beschuldigungen gegen Beamte sei, hob er hervor, daß er nicht nur einen, sondern gleich drei höhere richterliche Beamte — einen Kammergerichtsrat, einen Oberlandesgerichtsrat und einen Staatsanwaltschaftsrat, den inzwischen zum Kammergerichtsrat beförderten Herrn Delschläger, für eine unparteiische Untersuchung einberufen habe, deren Ergebnis dem Reichstage mitgeteilt werden solle.

Das Ergebnis der Untersuchung ist nun dem Reichstage noch nicht mitgeteilt worden. Damit die Sache nicht im Sande verläuft, ist daher schon jetzt die Kolonialverwaltung auf die dem Reichstage auf alle Fälle schuldige Aufklärung hingewiesen!

Was übrigens die „unparteiische“ Untersuchung durch die mit dieser beauftragten drei preussischen richterlichen Beamten anlangt, so wird man sich vor Augen halten müssen, daß diese Beamten, trotzdem sie nicht ebenso wie die vortragenden Räte der Kolonialabteilung angehören, bei Ausübung ihrer untersuchenden Tätigkeit durchaus nicht freie Hand haben, sondern an die ihnen vom Kolonialdirektor Dernburg, vielleicht sogar von noch höherer Seite zugegangenen Weisungen gebunden sind, so daß es ihnen ebenso ergangen sein kann wie dem Kammergerichtsrat Strähler, dem die geladenen Zeugen in der Voruntersuchung gegen den Gouverneur v. Puttkamer zwar eine Menge von Vergehenden des Herrn Gouverneurs unterbreiten wollten. Freundschaft lächelnd winkte der Herr aber ab mit dem Hinweis darauf, daß er auf die Vergehenden, welche man ihm angeben wollte — einer der Vorgelegten hatte nicht weniger als einige 40 Vergehenden des Herrn v. Puttkamer vorzubringen — nicht eingehen, sondern nur über diejenigen Punkte — es waren nach seiner Mitteilung im ganzen drei! — Ermittlungen anzustellen habe, welche die Kolonialverwaltung, also der Herr Kolonialdirektor besonders bezeichnet habe. Was es also mit der umfangreichen und durchgreifenden Untersuchung auf sich hat, kann man sich hiernach leicht vorstellen.

Nun, wenn die Kolonialabteilung, der Kolonialdirektor oder gar der Herr Reichskanzler übersehen haben sollten, in allen den bekannt gewordenen Fällen und in dem nötigen Umfange die Untersuchung vorzunehmen, so wird vermutlich die Regierung zu der etwa notwendigen ergänzenden Untersuchung nachdrücklichst aufgefordert werden!

Kopros Herr Strähler. Was mag wohl die Veranlassung gewesen sein, daß man ausgerechnet diesen, den Korpsbruder des zuerst cum infamia aus dem Korps exkludierten, nachher (damit der Spioße des bekannten Ministers v. Puttkamer und Verwandte des Altreichskanzlers nicht zu schwer getroffen werde, wiewohl Jesko meinte, daß man sich bei uns nie unmöglich macht) in portuatum dimittierten zum Untersuchungsführenden zu ernennen? War es Zufall oder Absicht, daß gerade Herr Strähler zum Untersuchungsrichter ernannt wurde?

### Deutscher Jingoismus.

Die wilddemokratische „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ feiert Wilhams diplomatischen Schachzug von Rapallo nicht nur als einen glänzenden Erfolg der Willo-Politik, sondern auch als eine „diplomatische Niederlage Englands“. Die Tendenz des Flottenwettrüstens habe über Englands Abrüstungsmachenschaften glorieus triumphiert. Das Blatt der Panzerplattenpatrioten jubelt:

Es geht auch so, wie das neueste Ereignis gezeigt hat. Deutschland ist Manns genug, sich gegen ungerechtfertigte Machenschaften zu verteidigen und seine Gegner abzuführen, wenn es nur zur richtigen Zeit eine scharfe Fiebl einsetzt. Diesmal hat es getroffen. Der englische Plan darf als gescheitert angesehen werden, denn wenn Deutschland und Oesterreich bei den

etwailgen Kommissionsberatungen im Haag nicht mittun, dann ist die ganze Komödie zwecklos. Nicht England wird der lachende Dritte sein, weil seine Gegner diplomiert sind, sondern Deutschland der lachende Zuschauer, wenn um des äußeren Scheins willen das Satirspiel von England wider Willen zu Ende geführt werden muß.

Es galt der deutschen Nachstellung und der deutschen Flotte. Wir haben die Gefahr rechtzeitig erkannt und auf sie hingewiesen. Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß die Reichsregierung in dieser Frage gehandelt hat, wie es den vitalsten Interessen Deutschlands und der Bestimmung der Nation entspricht. Wir können nicht abrücken, dürfen nicht und wollen auch nicht. Damit muß sich die übrige Welt abfinden. Wir treiben keine aggressive Politik, aber wir lassen uns die Bewegungsfreiheit von niemand beschränken, in welcher Form auch immer dies versucht werden mag. England hat seine diplomatische Niederlage, im übrigen à corsaire corsaire et demi!

Es ist uns nicht gegenwärtig, ob sich auch die Redaktion der rheinisch-westfälischen Stubenbarone seinerzeit an der Englandreise deutscher Journalisten beteiligt hat. Jedenfalls aber kann sich auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ nicht der Einsicht verschließen, daß durch solch brüste und provokatorische Ausfälle gegen England das, sei es auch nur „korrekter“ Verhältnis der beiden Länder zueinander unmöglich gefördert werden kann.

Das ist der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ natürlich auch vollständig gleichgültig. Denn je gespannter das Verhältnis der Staaten zu einander, je eifriger das Flottenwettrüsten, desto enormere Gewinne springen dabei für die Panzerplattenpatrioten heraus! Daß die Nationen schließlich unter der Last des maritimen Wettrüstens zusammenbrechen müssen, kümmert die journalistischen Sachwalter unserer Schloßbarone nicht! —

## Deutsches Reich.

### „Erfolge“ des Reichsverbandes.

Der in Solingen erscheinende „Vergische Volksfreund“, ein Zentrumsblatt, rechnet mit den dortigen bürgerlichen Blättern ab, die im letzten Wahlkampf reichlich in Liberalismus machten, sich dabei aber ebenso reichlich vom Material des Reichsverbandes füttern ließen. Das ist nun den politischen Geschäftemachern von der bürgerlichen Presse schlecht bekommen. Das genannte Zentrumsblatt schreibt darüber:

Die letzte Reichstagswahl zeitigt noch fortwährend Früchte der verschiedensten Art. Bemerkenswert ist der Rückgang der bürgerlich-farblosen oder liberalen Blätter in geschäftlicher Hinsicht. Daran ist der famose Reichsverband zur Belämpfung der Sozialdemokratie schuld. Er hat zurzeit der Wahlkampagne in den farblos-liberalen Blättern in einer Weise vom Leder gezogen, daß sogar Doktor Weinhaber (der „nationale“ Kandidat) sich veranlaßt sah, von den schneidigen Herren, die aus der nichts-nützigen Belämpfung der Gegner ein gutes Auskommen haben, etwas abzurücken. Die farblosen Blätter, die zur Wahlzeit plötzlich ihre Maske abwarfen, sind nun schon seit Wochen einer andauernden Sophotterklärung der Sozialisten ausgeleert, und der Erfolg ist nicht auszubilden. Auch die Zentrumspresse hat einen großen Fortschritt gemacht. Seit Oktober 1906 hat sich ihre Abonnentenzahl um die Hälfte vermehrt.

Die Freundschaft des berücksichtigten Reichsverbandes hat, wie man sieht, ihre Schattenseiten für die „nationalen“ Parteien. —

### Neue Landpekulation in Südwestafrika.

Die bürgerliche Presse bringt die Nachricht, daß die South-West-Afrika-Company den rühmlichen Entschluß gefaßt habe, auf eigene Kosten eine Eisenbahn von Otawi nach Grotfontein in einer Länge von 100 Kilometern zu bauen. Durch ein derartiges großzügiges, wirtschaftliches Unternehmen, so schreibt z. B. die „Kölnische Zeitung“, werde die Company ihren vielen Gegnern und überhaupt den Gegnern der großen Kolonialgesellschaften am besten entgegnet.

Schade nur, daß sich dies gemeinnützige Unternehmen der Landgesellschaft bei Lichte besehen als eine Spekulation schlimmster Art darstellt. Häßt doch die „Kölnische Zeitung“ fort:

Mit Zug und Recht wird allerdings die Gesellschaft der Ansicht sein können, daß ihr nicht zugemutet werden könne, in einem Gebiete, dessen Erschließung durch Eisenbahnen, wie in absehbarer Zeit beabsichtigt, in großem Umfange Land zum Farmbetriebe abzugeben, da sonst nicht die Erbauer der Eisenbahn, sondern an dieser wirtschaftlichen Erschließung des Landes ganz Unbeteiligte den Vorteil der Wertsteigerung des durch die Eisenbahn berührten Farmgebietes genießen würden.

Das gemeinnützige Unternehmen der South-West-Afrika-Company stellt sich also als nichts anderes als eine Landpekulation der geriebensten Art dar. Da Deutschland nach den Plänen Dernburgs beabsichtigt, die Kolonisierung Südwests künstlich mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf die Kosten zu fördern, glaubt die Company die Zeit für gekommen, auch ihr Gebiet durch Eisenbahnbauten zu erschließen. Die ganze Route der Bahn liegt im Terrain der South-West-Afrika-Company. Sie hofft das Gebiet, das sie seinerzeit für einen lächerlichen Preis erworben, nun vorteilhaft an Farmer verkaufen zu können, und die offiziöse „Köln. Zeitung“ findet es ganz in der Ordnung, daß die Terrainspekulanten der Company mit dem Verkauf der Farmen solange warten, bis sie einen möglichst hohen Preis herauszuschlagen können. Die Regierung ihrerseits wird durch die Stationierung von Truppen dafür sorgen, daß den sich dort ansiedelnden Farmern auch die nötige Absatzgelegenheit für ihre Erzeugnisse geboten wird. Die Kosten für die ganze Spekulation trägt dergestalt schließlich der deutsche Steuerzahler! —

Erweiterung der Grenzverte. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verfügung des Landwirtschaftsministers, durch die auf Grund des § 7 des Reichsgesetzes betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Vieheucken, vom 23. Juni 1880/1. Mai 1894 (R. G. Bl. 1894 S. 409) und des § 3 des preussischen Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 sowie des Gesetzes vom 22. Juli 1905 (R. G. S. 318) die Einfuhr von lebenden Wiederkäuern und Schweinen aus Belgien und Holland in das preussische Staatsgebiet verboten wird. Als Grund für diese die Vieheinfuhr in Deutschland noch mehr beschränkende Maßregel wird angegeben, daß die Maul- und Klauenseuche, der Rotlauf und die Schweinefleuche einen „bedrohlichen Umfang“ in beiden Ländern angenommen haben. —

### Eine „Sympathieerklärung“.

Die „Kölnische Zeitung“ teilt aus der ersten Versammlung des in Wülheim a. Rh. gegründeten jungliberalen Vereins als besonders bemerkenswert mit, daß ein Arbeiter erklärte, die Arbeiterchaft stehe der jungliberalen Bewegung sympathisch gegenüber. Unter den 330 Mitgliedern des Vereins steht die Arbeiterklasse mit 50 Mitgliedern an zweiter Stelle, nach den Kaufleuten und Handlungsgehilfen mit 125 Mitgliedern.

Wülheim a. Rh. ist eine Fabrikstadt mit 50 000 Einwohnern, darunter wohl 10 000 Arbeiter. Wenn von diesen ganze 50 dem jungliberalen Verein angehören, dann scheint es mit der Sympathie

der Wähler Arbeiterchaft für die Jungliberalen doch nicht sonderlich weit her zu sein. —

### Terrorismus.

Bei den letzten Wahlen haben die bürgerlichen Parteien soviel gegen die Meinungsfreiheit geäußert, soviel wirtschaftlichen Terrorismus ausgeübt, daß sie nach der bekannten Epithetentaktik verfahren und der — Sozialdemokratie Terrorismus vorwerfen, um dadurch ihre eigenen Schandtaten zu vertuschen. Das Scharfmachertum des rheinisch-westfälischen Industriegebiets hat ein neues terroristisches Geldstückchen verübt. Laut Beschluß der vorigen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes sollte die diesjährige Tagung in Bochum stattfinden. So beschloßen die Arbeiter — aber dunkle Mächte fügten es anders. Der Verbandsvorstand sieht sich genötigt, die Generalversammlung in Dortmund tagen zu lassen. Die Ursachen gibt der Vorstand seinen Mitgliedern in folgender Mitteilung bekannt:

„Wie unsere Kameraden aus der Änderung des Tagungsortes unserer Generalversammlung erfahren, ist es uns nicht möglich, unsere Generalversammlung in Bochum abzuhalten. Die Ursache dieser Nichterfüllung des Generalversammlungsbeschlusses liegt in der Abtreibung aller Versammlungslokale durch unsere Gegner und — durch sonstige Druck auf die Wirte. Es ist geradezu ein Skandal, daß es in einer „Großstadt“, wie Bochum, einer Arbeiterorganisation nicht möglich ist, ein Kongreßlokal zu bekommen. Wir haben kein Mittel unversucht gelassen, um es zu ermöglichen, unsere Generalversammlungsdelegierten am Orte des Verbandes begrüßen zu können. Aber es hat nicht sollen sein. Nun gut, wir werden auch ohne Bochum tagen, welches sich dadurch auch kein Ruhmesblatt geschaffen hat.“

Wir freuen uns schon auf die Entrüstung, die dieser schäbige Terrorismus in der bürgerlichen Presse auslösen wird. Oder hat man nun — wichtigeres zu tun? —

Die **Bozopoter Polizeifakere**, die wir im November vorigen Jahres schilderten, scheint doch nicht ganz den normalen Verlauf zu nehmen, sondern, wenn auch reichlich spät, ihre Sühne finden zu sollen.

Wie wir mitteilten, war der Täter R. am 26. November, von Danzig kommend, auf dem Bozopoter Bahnhof von den Polizeifolgegeanten Kupper und Kamin wegen einer ganz geringfügigen Schulterschlag, deren Zahlung er sowohl vor schon vorher seine Ehefrau anbot, verhaftet und in das Polizeigefängnis im Rathaus interniert worden. Erst am folgenden Tage, einem Sonntag, abends, wurde er von dort, furchtbar zugerichtet, mehr tot als lebendig entlassen. Zweifellos waren an dem im amtlichen Polizeiverfahre völlig Schloßen schwere Verbrechen begangen worden. Hund sieben Wochen lang war R. bettlägerig krank, und heute noch ist er nicht wieder hergestellt. Er befindet sich noch in ärztlicher Behandlung. Auf seine Anzeige gegen die Polizeibeamten Kupper und Kamin und den Gefängnisbeamten Forczyk wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Mißbrauch der Amtsgewalt und schwerer Verleumdung — man hatte ihn im Gefängnis unter anderem als „roter Hund“ usw. tituliert — hat die Strafkammer I des Landgerichts Danzig gegen den Kamin und Forczyk das Hauptverfahren wegen Körperverletzung im Amte eröffnet. Gegen Kamin soll auch noch wegen der Verleumdung vorgegangen werden. Wegen den Kupper vorzugehen lehnte aber der Erste Staatsanwalt zu Danzig ab. Auch haben sich sämtliche Beamte nach seiner Ansicht der Freiheitsberaubung nicht schuldig gemacht, weil sie trotz der angebotenen Verzählung angesichts des amtlichen Auftrages in gutem Glauben handelten!

In der recht länglichen Untersuchung, die trotz der klaren Sachlage erst nach vollen vier Monaten zu diesem bescheidenen Resultat gelangte, spielte aber eine besonders bedeutsame Rolle die Frage nach dem — Verfasser unseres Artikels über die barbarische Polizeimut! Was dieser Umstand mit der Aufstellung der an R. begangenen Verbrechen zu tun haben soll, vermag unser beschränkter Untertanenverstand nicht zu erründen. Einen vollständigen Beweis für den hohen Wert einer charakterfesten und unbeugsamen Presse möchten wir darin aber doch erblicken. Unmäßig ist natürlich zu sagen, daß die amtliche Reugler selbstverständlich nicht befriedigt wurde. —

Ein umfangreicher Mißhandlungsprozeß beschäftigte vorpeestern das Oberkriegsgericht des Gardekorps. Auf der Anklagebank saß der Unteroffizier Stanis von der 6. Kompagnie des 5. Garderegiments; 49 Fälle von Mißhandlungen, teils schwerer, teils leichterer Art, und zwei Fälle vorchriftswidriger Behandlung Untergebener wurden ihm zur Last gelegt. St. ist ein noch junger Vorgesetzter von 20 Jahren. Es fiel ihm daher schwer, mit seinen Untergebenen, zumeist Rekruten, auszukommen. Häufig wurde er von seinem Vorgesetzten vor versammelter Mannschaft wegen ungenügender Ausbildung seiner Untergebenen gerügt. Er wollte nun mit Gewalt tüchtige Soldaten heranbilden. In roher und brutaler Weise vergriff er sich an den Rekruten, und es dauerte nicht lange, so beging er die Mißhandlungen geradezu systematisch. Mit den Fäusten stieß er die Rekruten vor den Unterleib und gegen die Schenkel. Dem Grenadier Jang hatte der Angeklagte eines Tages den Auftrag gegeben, seine Stiefel zu putzen. Sie waren ihm nicht blank genug, und während schlug er so lange mit den Stiefeln dem J. ins Gesicht, bis Blut floß. Der Bedauerndworte mußte dann das Blut abwischen und die Stiefel nochmals putzen. Der Vertreter der Anklage fächte in seinem Blaidoyer aus, daß es trotz aller Sorgfalt nicht möglich sei, die Mißhandlungen vollständig aus der Welt zu schaffen. Was aber unter allen Umständen vermeiden werden müsse und im Interesse der Diensttreue der Mannschaft unterlassen werden müsse, das seien derartige rohe Mißhandlungen. Er beantragte für die Einzelstrafen im ganzen zwei Jahre und sieben Monate und eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, sowie Degradation. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten und auf Degradation.

Eine Illustration zur konservativ-liberalen Paarung. Das „Remeler Dampfboot“, ein sogenanntes „liberales“ Blatt, ist gemahregelt worden. Der Kreisvorsitz des Remeler Landkreises hat ihm den Druck des „Remeler Kreisblattes“ zum 1. Juli gekündigt. Und was hat dieses regierungsfreundliche Blatt, das stets die Interessen der Arbeitgeber vertreten hat, verbrochen? Es hat gewagt, an den Maßnahmen der Lokal- und Provinzialbehörden betreffs der Eisperre im Remeler Hafen Kritik zu üben. Denn in dem Kundigungsschreiben heißt es:

„Bei der Stellungnahme des „Remeler Dampfboot“ gegen die königliche Staatsregierung in der Angelegenheit der Eisperre des hiesigen Hafens läßt sich die Gemeinschaft desselben mit dem Kreisblatt, welches zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staatsregierung und ihrer Organe bestimmt ist, nicht vereinigen.“

In Wirklichkeit ist diese Maßregelung — das finden auch die liberalen Zeitungen mit ihrem Instinkt heraus — nichts anderes als eine Folge der Wahl des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Schwabach, für die sich das regierungsfreundliche „Remeler Dampfboot“ mit besonderem Eifer ins Zeug gelegt hat. —

Zur Landtagswahl im Ober- und Niederrheinischer Wahlkreis.

Die Erstwahl für den bisherigen konservativen Vertreter Dr. Jemer scheint, wie überall, wo die sozialdemokratische Partei sich an Wahlen nicht beteiligt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich zu gehen. In den am Mittwoch vorgenommenen Erst- und Ergänzungswahlen der Wahlmänner sind in den

Bezirken die Wähler nur einzeln zur Wahl erschienen. In einzelnen Wahlbezirken war ein einziger Wähler vorhanden, in anderen hat sogar nur der Wahlvorstand gewährt.

Unsere Genossen, welche in einer Resolution beschloßen haben, sich an der Erstwahl nicht zu beteiligen, haben die Zustimmung des Parteivorstandes als Zentralvorstand für die Landtagswahlen in Preußen erhalten.

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

##### „Ausgleich“.

Budapest, 5. April. (W. Z. V.) Die verkauften, werden die vor Oestern unterbrochenen Ausgleichsverhandlungen zwischen den oesterreichischen und den ungarischen Ministern auf der Grundlage in Wien weitergeführt werden, daß Oesterreich auf die Forderung eines langfristigen Ausgleichs verzichtet. Dagegen verzichtet Ungarn darauf, daß die gegenseitig abzuschließende Vereinbarung mit Oesterreich in der Form eines Handelsvertrages abgeschlossen wird. Die Form des handelspolitischen Uebereinkommens, das bis 1917 abgeschlossen wird, wird die bisher übliche sein. Oesterreich und Ungarn werden sich schon jetzt für die nach 1917 erfolgende Zoltrennung gegenseitig spezifische handelspolitische Behandlung zusichern.

##### Frankreich.

#### Ein „Kongreß“ der Unabhängigen.

##### Paris, 3. April. (Sig. Ver.)

Die „unabhängigen“ Sozialisten — so genannt wegen ihrer Abhängigkeit von den Regierungrepublikanern — haben Oestern in Lyon ihren „Kongreß“ abgehalten, der die Blütezeit der Partei einleitete. Es scheint aber sehr, daß daraus nichts werden wird. Ueber die von einem Duzend Deputierten und rund 100 „Delegierten“ besuchte Versammlung, die sich sogar den Scherz einer gravitatischen Mandatsprüfung leistete, konnte man ihrer vollkommenen politischen Bedeutungslosigkeit wegen ruhig hinweggehen, wenn sie nicht selbst ein Zeugnis des fortschreitenden Einflusses der revolutionären sozialistischen Idee abgelegt hätte. Denn sogar in dieser Schaar der ganz Rahmen erhoben sich Kritiker, wie E. Vuissou, der den Verrat der Sonntagsruhe durch die Parlamentarier brandmarkte und ausrief, die „parlamentarisch-sozialistischen“ Politiker seien augenscheinlich erst Minister und Abgeordnete und nur in zweiter Linie Sozialisten! Vuissous Verteidigung der Klassenkampfidee fand allerdings ebensowenig den Beifall der Mehrheit wie das Verlangen Lepers: die Fraktion möge in Einvernehmen mit den geeigneten Sozialisten zu treten trachten. Vielmehr wurde der Fraktion das weitere Zusammengehen mit den bürgerlichen Linksparteien aus Derg gelegt! Der Kongreß verwarf auch den Generalfreist und den „Antipatriotismus“, nachdem u. a. der ehemalige Sekretär der Partei, Orry aus Paris, dem vaterländischen Feiertagen die üblichen Melodien in Hülle und Fülle entlockt hatte.

Sobald der „Kongreß“ überhaupt eine Wirkung haben wird, kann es nur die sein, daß die paar bürgerlichen Ideologen, die in der Partei noch zurückgeblieben sind, enttäuscht von dem Treiben der Stellen- und Mandatsjäger den Weg zur geeinigten Partei suchen. —

##### England.

#### Die Kolonialkonferenz.

Die Premierminister, welche an der Kolonialkonferenz in London teilnahmen, werden speziell folgende vier Punkte beraten:

1. Begünstigungszölle innerhalb des ganzen englischen Reiches.
2. Gründung eines permanenten kaiserlichen Rates.
3. Beteiligung der Kolonien an der Verteilung des Reiches.
4. Bewilligung von Unterstützungsgeldern an englische Untertanen, welche nach den Kolonien auswandern. —

Die Gesamteinnahmen aus der Erbschaftsteuer für das Jahr vom 1. April 1906 bis 1. April 1907 belaufen sich auf ungefähr 19 000 000 Pfund Sterling (880 Millionen Mark) und sind somit höher als je zuvor.

Innerhalb der letzten 12 Jahre betrug die Erbschaftsteuer über 201 Millionen Pfund Sterling (4 Milliarden Mark). —

##### Amerika.

Stadtwahlen in Chicago. Am 2. April fanden in Chicago die Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung und für die städtischen Beamten, dem Bürgermeister abwärts, statt. Der bisherige demokratische Bürgermeister Dunne, der durch seine Bestrebungen für die Verstadtlung öffentlicher Einrichtungen, in erster Linie der Straßenbahnen, bekannt geworden war, wurde nicht wieder gewählt. William Randolph Hearst eilte selbst nach Chicago, um Dunne zu unterstützen, und er entfachte eine eifrige Agitation. Dannes Mißerfolg wird jetzt als eine Niederlage Hearsts betrachtet. Der Republikaner Busse wurde nach hartem Kampfe gewählt. Für die beiden Kandidaten wurden zusammen 835 857 Stimmen abgegeben und Busse siegte mit einer Majorität von 13 121 Stimmen. Die mächtigen Straßenbahngesellschaften standen im Wahlkampf Nebenbuhler der Bahnen durch die Stadt ein, Busse dagegen wollte ihnen noch 20 Jahre Zeit gönnen und verlangte, daß sie erst allerlei Verpflichtungen erfüllen. Damit wurde den Bürgern Sand in die Augen gestreut. Die Bürger hatten über diese Vorschläge eine Sonderabstimmung vorzunehmen. Mit einer Majorität von 33 128 bei insgesamt 208 566 abgegebenen Stimmen erklärten sie sich dafür, daß die Stadt, die Bahnen erst nach 20 Jahren übernehmen solle!

Die Stadtverordnetenversammlung hat nun eine republikanische Majorität erhalten. Die Sozialisten haben sich am Wahlkampf beteiligt; nähere Resultate liegen noch nicht vor. —

### Soziales.

#### Schadenersatzanspruch aus einem Unfall beim Umbau.

Bauherrn und Bauleitern liegt es ob, alle Anordnungen so zu treffen, daß der Bau ohne Gefährdung und mit Sicherheit ausgeführt wird. Bei Verletzung irgendwelcher baupolizeilichen Vorschriften machen sie sich strafbar, während zivilrechtliche Schadenersatzansprüche gegen sie schon geltend gemacht werden können, wenn die betreffenden Leiter irgend eine im Verkehrsinteresse vermutlich erforderliche gewisse Sorgfalt fahrlässigerweise außer acht gelassen haben und durch diese Außerachtlassung von zweckmäßigen Anordnungen ein Risiko entstanden ist. Da die bei Bauten beschäftigten Arbeiter in der Regel dem Unfallgesetz unterstellt sind, das Unfallgesetz aber den Arbeitern das Recht auf Schadenersatz gegen den Bauleiter genommen hat, falls der Bauleiter nicht gar vorsätzlich den Unfall herbeigeführt hat, ist ein Schadenersatzprozeß gegen Bauleiter verhältnismäßig selten. Der im Nachstehenden kurz wiedergegebene Rechtsstreit zeigt eine solche Fahrlässigkeit.

In einem im Umbau begriffenen Hause hatte der Gipsermeister R. zu Kirchheim u. A. die Decke eines Mansardenzimmers herzustellen, wodurch die Vereinigung zweier Räume von verschiedener Höhe bezweckt wurde. Um die hinteren Flächen der Balken in eine Ebene zu bringen, wurden an den höher liegenden Balken Bretter in der Stärke von 2—3½ Zentimeter mit Drahtseilen befestigt; aufgesetzt. Auf das gedruckte Gebälk wurden die Latzen, die mit Gipsaustrich versehen werden sollten, genagelt; aufgesetzt. Diese Arbeit ist von vier Arbeitern des Gipsermeisters R. vorgenommen worden. Sodann strichen die Maurer auf der oberen Seite des Gebälks eine leichte Betonmörtel über die Aufsetzung und schütteten auf diese eine Schlackenauflage. Als die Schlacken eine Höhe von 8—10 Zentimeter erreicht hatten,

brach die Decke herunter und beschädigte den Werkmeister Rieffer zu Kirchheim. Nach den Feststellungen ist der Unfall dadurch entstanden, daß die Arbeiter des Gipsermeisters bei der Aufripping zu schwache Drahtseile in zu geringer Zahl und in ungeeigneter Anordnung verwendet haben.

Das gegen den Gipsermeister angestellte Strafverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung wurde wieder eingestellt. Dahingegen aber beurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart unter Bestätigung des landgerichtlichen Urteils den Gipsermeister R. nach den Klageanträgen des Verunglückten R. und zwar macht das Oberlandesgericht den Beklagten für den Schaden des Klägers aus § 823 B. G. B. haftbar, weil er seine Arbeiter, denen er keinerlei nähere Anweisungen erteilt hatte, ohne jede Aufsicht gelassen und die Deckenbeschädigung nach der Fertigstellung nicht beaufsichtigt und auf ordnungsmäßige Ausführung geprüft habe.

Die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil beim Reichsgericht eingeleitete Revision wurde von diesem als unbegründet zurückgewiesen. Und zwar führt der erkennende zweite Zivilsenat hierzu aus, daß die Feststellungen des Vorderrichters rechtsirrtumfrei seien. Es handele sich hier um eine verantwortungsvolle Bauarbeit, deren unsichergemähe Ausführung den Abwurf der Decke und unheilvolle Folgen für die Insassen des Zimmers hätte nach sich ziehen können. Es sei deshalb geboten gewesen, die voraussichtliche Beschädigung der Decke zu erkunden, weil sich danach die Stärke der Befestigung der Decke zu richten hatte. Eine solche Arbeit hätte der Beklagte bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt seinen Arbeitern nicht ohne jede Aufsicht und Kontrolle überlassen dürfen. Auch wären die Mängel der Befestigung nachträglich leicht zu entdecken und umschwerer zu beseitigen gewesen, wenn der Beklagte seiner Kontrollpflicht gehörig nachgekommen wäre.

#### Zur Debung der ländlichen Dienstenot

hat der Stadtmagistrat Würzburg ein wunderbares Mittel entdeckt. Er hat nämlich verfügt, daß die Naturalverpflegungskation vom 1. April bis Oktober für die ungelerten und landwirtschaftlichen Arbeiter gesperrt werde. Die Arbeitslosen sollen darauf verwiesen werden, daß bei den Bauern auf dem Lande Arbeitsgelegenheit in Hülle und Fülle vorhanden sei. Dies „christliche humane“ Mittel wird hoffentlich die, freilich nicht beabsichtigte Wirkung haben, daß der Arbeiterbewegung leider noch fernstehenden Arbeitern die Augen über die wahre Natur der „Arbeiterfreundschaft“ der bürgerlichen Parteien geöffnet werden.

#### Vom Ausnahmefes gegen das Gefinde und die ländlichen Arbeiter.

Der § 1 des preussischen Ausnahmefeses betreffend „Die Verletzungen der Dienstplichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter“ vom 14. April 1854 bestimmt: „Gefinde, welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Personen sich zuschulden kommen läßt, oder ohne geschwähige Ursache den Dienst verläßt oder verläßt, hat auf den Antrag der Herrschaft, unbeschadet deren Rechts zu seiner Entlassung oder Verhaftung, Geldstrafe bis zu fünf Talern oder Gefängnis bis zu 3 Tagen verurteilt.“ Nach dem § 2 des Gesetzes findet diese Vorschrift u. a. auch auf die ländlichen Arbeiter der verschiedensten Gattungen Anwendung. — Auf Grund des Gesetzes war nun der Knecht beziehungsweise ländliche Arbeiter Kostuch wegen hartnäckigen Ungehorsams vom Landgericht Danzig zu einer Geldstrafe verurteilt worden, obwohl ausdrücklich festgestellt worden war, daß er dem Befehl des Aufsehers auf dem Rittergute des Herrn Reier zu Rotmannsdorf, an einer bestimmten Feldstelle im Trabe zu eggen, nur einmal nicht nachgekommen war. Nachher hatte er an der Stelle immer im Trabe geeggt. Das Landgericht bezugerte so: Der Begriff der Hartnäckigkeit im Sinne jener Bestimmung erfordert nicht einen wiederholten Ungehorsam. „Hartnäckiger“ Ungehorsam könne auch in einer Handlung oder Unterlassung gefunden werden, wenn der Gegenwille des Bediensteten besonders intensiv zum Ausdruck komme. Das sei hier der Fall, weil Kostuch die einmal nicht befolgte Aufforderung des Aufsehers zugleich mit einem „Halt die Presse!“ beantwortet habe. — Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten. Es teilte die Rechtsauffassung des Landgerichts und erklärte dessen Auslegung des Inhalts des Angeklagten für eine unangenehme „tatsächliche Feststellung“.

Gegenüber einem solchen Ausnahmefes, bei dessen Auslegung der Erfahrungssatz des Ritters Swarez seine Geltung hat: „Im Zweifel neigt sich die Auslegung des Richters allemal auf die Seite der Herrschaft“, wundern sich noch Leute über die „Reutenot“ auf dem Lande.

#### 182 und 183, nicht 162 und 163.

In der gestrigen Besprechung des Urteils des Oberverwaltungsgerichts, nach dem Krankengeld für 28 Wochen und einen Tag zu zahlen ist, ist versehenlich wiederholt statt 183 Tage, für die der Arbeiter Krankengeld zu beanspruchen hat, 163 geiegt. Aus dem Zusammenhang der Darlegung ergibt sich zwar, daß der Arbeiter für 183, nicht für 163 Tage Krankengeld zu beanspruchen hat. Wir wollen das aber noch ausdrücklich, um Irrtümern vorzubeugen, feststellen.

### Gewerkchaftliches.

#### Nahardts Bankrotterklärung!

Großer Dalles scheint in der Zentralkasse der Scharfmacher im Holzgewerbe zu herrschen; davon legt Zeugnis ab ein vertrauliches Kundschreiben an die Großindustriellen im Ruhrrevier.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Abeinisch-Westfälischer Arbeitgeberbund für das Holzgewerbe. — Ortsverband Bochum. Vertraulich! Bochum, den 30. März 1907.“

Wie Ihnen bekannt geworden, herrscht seit Mitte Januar d. J. in unserem Gewerbe ein erbitterter Lohnkampf, welcher wegen der unerfüllbaren Bedingungen des Holzarbeiterverbandes noch nicht beendet werden konnte.

Die Verhandlungen mit den christlichen Gewerkschaften und dem Hirsch-Dunderßen Gewerkschaften haben zu einem günstigen Resultat geführt.

Der Hauptkampf spielt sich in Berlin ab, wofelbst seit Januar d. J. 12 000 Tischlergelesen ausgesperrt sind. Im Anschluß hieran ist der Streik auch in folgenden Städten ausgebrochen wie z. B. Dresden, Burg b. Magdeburg, Halle, Weissensee, Görlitz, Guben, Oldenburg, Varnen, Spandau, Kiel, Leipzig.

In diesen letztgenannten Städten sind die Verhandlungen ebenfalls an dem Beharren des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bei den unerfüllbaren Forderungen gescheitert und werden, wenn bis am 1. April d. J. die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß nicht gebracht sind, welches unabweislich nicht eintreffen wird, im ganzen weitere 18 000 Gehilfen ausgesperrt, so daß am 1. April 30 000 Gehilfen ausgesperrt sein werden.

In diesem Lohnkampfe handelt es sich nur lediglich um eine Nachtprobe des sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verbandes. Der Kampf mit diesem Verbands muß erfolgreich sein, da sonst der Arbeitgeber in seiner eigenen Werkstatt überhaupt nichts mehr zu sagen hat.

Es handelt sich nicht mehr um Erhöhung der Löhne, denn seitens der Arbeitgeber ist in diesem Punkte das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt worden. Die Führer der Sozialdemokraten fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit, die in Berlin auf achtstündigen Arbeitstaa hinauslaufen würde.

Durch die Absicht des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, die bisher geübte Praxis, die Verträge in den verschiedenen Städten an verschiedenen Terminen abzuschließen zu lassen, bleibt der Verband im Stande, die Arbeitgeber einzeln abzuschließen.

Nachdem nun der Bestand der Zentrale für Unterstützung an die Arbeitgeber angebracht ist, und die von den Ortsverbänden Berlin angebrachte Summe von 500 000 Mark zur Reize geht, ist es erforderlich, um den Kampf mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband siegreich zu Ende zu führen, daß für neue Mittel gesorgt wird. Zur Fortführung und erfolgreichen Beendigung des Streites ist noch mindestens eine Summe von 150—200 000 Mark erforderlich.

Die Zentralverwaltung ersucht nun die Ortsverbände, diese Summe durch freiwillige Gaben zu decken und gibt uns anheim, die Großindustrie um Gaben zu bitten. So sind bereits in Köln und Düsseldorf zusammen mehr als 12 000 M. gezeichnet und abgeführt worden.

Ein entsprechendes Rundschreiben an die Großindustrie ist seitens des Vorstandes des Ortsverbandes abgesandt worden. Die Zeichnungen von freiwilligen Gaben seitens der Mitglieder ist dringend notwendig.

Wir bitten daher um gefl. Mitteilung, ob Sie zur Zeichnung eines freiwilligen Beitrages bereit sind. Jeder kleinste Betrag wird dankend angenommen. Die Mitteilungen über event. Zeichnungen von Beiträgen nimmt der Vorstand entgegen; die Namen und Beträge der Zeichner werden durch unser amtliches Organ „Die Zeitung der deutschen Tischlermeister“ bekanntgegeben.

Indem auf recht zahlreiche Beteiligung gehofft wird, zeichnet mit

kollegialischem Gruße!

Der Vorstand

B. Bürger, Vorsitzender.

Aus diesem Rundschreiben geht deutlich hervor, wie sehr sich die blindwütigen Unternehmer in die Nesseln gesetzt haben. Ob ihr Appell an die Großindustriellen Erfolg haben wird? Mit dem, was sie in den Großstädten Köln und Duisburg erzielt haben, dürfen sie jedenfalls nicht prunken.

Trotz ihrer Kollage sind sie aber weit davon entfernt, der Wahrheit die Ehre zu geben. Nicht um eine Strafprobe der Arbeiter, sondern der Unternehmer handelt es sich. Soll man das nochmals nachweisen? Wir verweisen nur auf Berlin. Die Arbeiter wollen, nachdem keine Verbesserungen des Tarifs zugestanden wurden, vertraglos weiterarbeiten. Die Unternehmer wollen den Arbeitern aber einen Tarif aufdrängen, der womöglich Verschlechterungen, jedenfalls keine Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses bringt und ihnen auf Jahre hinaus die Möglichkeit zu solchen nimmt. Ebenso ist es an anderen Orten. Und weil die Arbeiter das ablehnen, werden sie ausgesperrt. Die Ausgesperrten werden dann natürlich Streikende genannt. Das ganze Auftreten der Arbeitgeber ist Schwindel und Heuchelei. Sie jammern, wenn der Verband siegen würde, hätten sie in ihren Verfassungen nichts mehr zu sagen. Sie selbst haben aber verraten, daß es sich bei der Aussperrung um einen wohlüberlegten Plan handelt, den Holzarbeiter-Verband zu vernichten. Vergebliche Mühe! Die Unternehmer werden ihren Uebermut schwer büßen müssen, der Vettelack wird sie nicht retten.

Im übrigen ist das Bekenntnis gut, wie nicht die Unternehmer sich mit den Christen und den Hirsch-Dunderschen abgefunden haben. Wie „entschieden“ müssen diese Organisationen die Interessen der Arbeiter „vertreten“ haben!

### Berlin und Umgegend.

#### Zum Lohnkampf der Herrenschneider.

Eine Versammlung der bei Zwischenmeistern tätigen Schneidergesellen fand am Donnerstag im Klubhaus in der Kommandantenstraße statt. Auf der Tagesordnung stand: „Die Bewegung in der Wagrange und unsere Stellung dazu.“ Der Referent Faustmann schilderte kurz, wie sich der Kampf in der Branche entwickelt hat und die Lage jetzt ist. Er sagte, daß die Aussperrung sich als ein Schlag ins Wasser erweisen werde, und daß, da ja der Schneiderverband den Kampf ohne Jagen auf der ganzen Linie aufgenommen hat und nicht zurückweicht, die Arbeitgeber bald merken müßten, daß sie durch ihre Gewaltmaßregeln nichts erreichen. Der Redner ging dann auf die Stellung der Zwischenmeistergesellen zu dem Lohnkampf ein und forderte namentlich die Gesellen, die nicht am Streik beteiligt sind und bei Zwischenmeistern tätig sind, welche für Firmen arbeiten, die bewilligt haben, auf genau darauf zu achten, daß ihnen keine Streikarbeit untergeschoben wird. Wird dergleichen versucht — und manchmal geschieht dies unter Angabe einer falschen Firma — so ist dem Streikbureau in der Sebastianstraße oder dem Verbandsbureau am Michaelkirchplatz sofort Meldung zu machen. Die Zwischenmeistergesellen haben natürlich selbst ebenso großes Interesse an dem Kampf wie ihre unselbstständigen „Meister“. Sind einmal von den eigentlichen Arbeitgebern die höheren Löhne errungen, so muß unmittelbar auch für eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Zwischenmeistern gesorgt werden. In einer demnächst stattfindenden Versammlung der Zwischenmeistergesellen soll eine Kommission gewählt werden, die sich mit dieser Frage befassen wird. Wenn diese Versammlung stattfindet, das wird im Nachhinein bekannt gegeben. Sie wird als Mitgliederversammlung einberufen. Vor allem haben die Zwischenmeistergesellen nun für eine weitere Stärkung der Organisation in ihren eigenen Reihen zu sorgen.

In der Diskussion, die dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte, zeigte es sich, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Zwischenmeistern dringend einer Regelung bedürfen.

#### Zur Lohnbewegung im Bädergewerbe.

Die Forderungen der Bäder sind den zwölf Innungen seitens der Verbandslitung mit einem Anschreiben zugestellt worden, in welchem es heißt, daß Antwort bis zum 8. April erwartet werde. In diesem Tage findet eine große öffentliche Versammlung der Bädergesellen Groß-Berlins statt, die zu der Antwort Stellung nehmen wird. In einem Aufsatz heißt es u. a.:

Kollegen Berlins und der Vororte! Die Würfel sind gefallen, die Forderungen der Innungen unterbreitet. Alle Angelegenheiten darauf hin, daß es die Innungen diesmal nur auf einen Kampf abgesehen haben. Sie machen geradezu verzweifelte Anstrengungen, um ihrem Widerbruch und ihrer Hinterhältigkeit die Krone aufsetzen zu können. Um so mehr ist es aber unsere Pflicht, mit allen Fibern zu arbeiten. Zur uns gilt es eine große heilige Sache: Sechs Tage arbeiten und den siebenten ruhen! Freie und selbstbestimmte Arbeitsvermittlung, in welcher die Gesellenchaft die gleichen Rechte besitzen muß, wie die Innungen und die Meisterschaft!

Für diese Ideale gilt es jetzt alles einzusetzen. Viel zu lange konnten Innungsstrukturen ihre Viehlinge in jeder Weise bevorzugen. Viel zu lange haben wir es ruhig mit ansehen müssen, wie brave Familienväter und tüchtige Arbeiter monatlang vergeblich auf Arbeit warteten, während gelbe Innungsgesellen aus einer guten Arbeit in die andere gehoben wurden. Jetzt ist die Zeit gekommen, um gründlich damit aufzuräumen. Jetzt heißt es, alle Mann zur Stelle!

Am Schluß heißt es: Nieder mit den klenden feigen Bezzüatern! Hoch die sechs-tägige Arbeitswoche!

Die Lohnbewegung der Dachdecker beschäftigte eine sehr stark besuchte Versammlung des Zentralverbandes, die am Donnerstag im „Englischen Garten“ tagte. Höppler, der den Bericht erstattete, sagte, nach der vorigen Versammlung ist nochmal der Versuch gemacht worden, eine Verständigung mit den Arbeitgebern herbeizuführen. In Gegenwart des Herrn v. Schulz fand am Donnerstag vor Ostern eine unverbindliche Aussprache statt, an der sich von beiden Seiten je zwei Vertreter beteiligten. Einen Erfolg hatte diese Unterredung jedoch nicht, denn die Arbeitgeber erklärten, sie würden den Arbeitern keine Zugeständnisse machen. Sie verweisen auf das Abkommen mit dem christlichen Verband, welches dahin geht, daß unter den alten Verhältnissen weiter gearbeitet wird, und wenn es den Mautern und Zimmerern gelingt, eine Verfürgung der Arbeitszeit durchzusetzen, soll dieselbe auch den Dachdeckern gewährt werden. Es fragt sich nun, welche Stellung der Zentralverband zu dieser Situation einzunehmen hat. Ein allgemeiner Streik erscheint augenblicklich nicht ratsam. Namens des Vorstandes empfahl der Referent folgende Resolution:

Da durch das Verhalten der Arbeitgeber eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf friedlichem Wege unmöglich geworden ist, beauftragt die Versammlung den Vorstand und die Tarifkommission, die zur Durchführung der Forderungen erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

In der Diskussion kamen verschiedene Meinungen zum Ausdruck. Einige Redner waren für den sofortigen Streik, während andere dafür eintraten, daß die Forderungen mittels partiellen Streiks zur Anerkennung gebracht werden sollen. — Schließlich wurde die Resolution einstimmig angenommen.

#### Zwei neue Scharfmacherverbände

haben sich in der neuesten Zeit in Berlin wieder gebildet: in der Damenhutbranche und in der Herren- und Knaben-Konfektion. Der erstere nennt sich „Verband Berliner Damenhutfabrikanten“, der letztere, dessen Gründung noch nicht völlig perfekt, jedoch als sicher in Aussicht genommen ist, nennt sich „Arbeitsgeberverband“ und ist auch ausdrücklich zu dem Zwecke gegründet worden, angeht die binnen kurzem erwarteten Lohnbewegung in Aktion zu treten. Vorläufig sind hier die daran beteiligten Interessenten übereingekommen, dem Verein Berliner Herren- und Knabenkonfektionsfirmen engros die Führung im Falle der Lohnbewegung zu geben und haben außerdem eine Agitationskommission gewählt, um für das solidarische Zusammengehen aller Interessenten der Branche im Falle eines Streikes zu wirken.

Der „Verband Berliner Damenhutfabrikanten“ dagegen erstrebt als erstes Hauptziel eine gemeinsame Wahrung der Interessen der Branche, speziell soll aber durch den Zusammenschluß der Fabrikanten ein Gegengewicht gegen die „organisierten Gutarbeiter“ geschaffen werden, um mutwilligen Streiks durch geeignete Abwehrmaßnahmen vorzubeugen. „Gerechte“ Forderungen sollen aber hierunter keineswegs leiden. Der Vorstand setzt sich hier aus Dr. Vosberg-Kelow, Ferdinand Blumenthal, Schäfer i. F. C. Betag, Sigismund Cohn i. F. Cohn u. Schwab und Reinhard Vorchardt zusammen.

Mit dem Streik der Leitergerüstbauer beschäftigte sich gestern abend wiederum der Arbeitgeberverband dieses Gewerbes. Man verbleib auf dem alten Standpunkt, mit der Organisation auf keinen Fall zu verhandeln und verlangte auch noch nach wie vor von den Streikenden, daß sie die Arbeit zu den alten Bedingungen aufnehmen sollten. Eine Erhöhung der Löhne könne erst dann erfolgen, wenn eine solche für die anderen Bauberufe, die Dachdecker, Mauter und Zimmerer eingetreten sei.

#### Deutsches Reich.

**Verfalls, Arbeitslose!** Einige Arbeitsvermittlungsgesellschaften suchen in der letzten Zeit durch Annoncen in der bürgerlichen Presse und durch persönliche Werbung u. a. junge Männer als Fahrer und Schaffner für die Essener Straßenbahn zu engagieren. Sozial und bekannt ist, steht zwar für Essen keine Straßenbahnbewegung in Aussicht; dennoch möchten wir den Arbeitsuchenden dringend raten, auf die Verprechungen der Agenten nicht hereinzufallen. Der Betrieb der Essener Straßenbahn ist ein Taubenschlag, bei dem die Mehrzahl der Angestellten es nur kurze Zeit auszuhalten vermag. Zudem reicht das gebotene Anstandsgehalt von 1200 Mark pro Jahr für die äußerst teure Lebensunterhaltung des westfälischen Industriegebietes in keiner Weise zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Also Vorsicht!

#### Der Verschmelzung des Verbandes der Hotelbediener mit dem Verbands der Gastwirtsgehülfen

hat der gegenwärtig in Leipzig tagende Verbandstag der Hotelbediener im Prinzip zugestimmt. Aus praktischen Gründen — um die gegen die Verschmelzung bestehende Opposition noch zu mindern — soll aber die Verschmelzung erst auf dem nächsten Verbandstage vollzogen werden. Unter der Voraussetzung, daß der Verband der Hotelbediener in diesem Sinne wirke, zog dann der Verband der Gastwirtsgehülfen seinen Einspruch gegen den Anschluß des Hotelbedienerverbandes an die Generalkommission zurück, der dann einstimmig beschlossen wurde.

Die Gasarbeiter in Straßburg, die sich erst wenige Wochen im Fabrikarbeiterverband organisiert haben, beendeten ihre erste Lohnbewegung mit dem Abschluß eines Tarifes, der 2 Jahre (für die Angewandten 3 Jahre) Gültigkeit hat. Er bringt für die Arbeiter im wesentlichen nachfolgende Verbesserungen. Die Küchenarbeiter erhalten ab 1. April d. J. einen Schichtlohn von 4,70—5,50 M. (bisher 4,20—5,00 M.), die Retortendurchmacher 3,70 M. (3,20 M.), die Dampffesselbeizer 4,00 M. (3,60 M.), die Wasserleute 3,20 bis 3,40 M. (2,80 bis 3,00 M.), die Abfänger 3,80 M. (3,60 M.), die Kohlenwieger 3,40 M. (3,00 M.). Ab 1. April 1908 werden die Löhne der Küchenarbeiter, Retortendurchmacher, Wasserleute und Dampffesselbeizer um weitere 20 Pf. pro Schicht erhöht. Die Angewandten erhalten einen Monatslohn in der ersten Klasse von 115 M. (100 M.), in der zweiten Klasse von 110 M. (98 M.) und in der dritten Klasse von 90 M. Die Kohlenauslagerer und Charpenwerker erhalten 3,50 M. (3,00 M.), neuEinstellende Gasarbeiter mindestens 3,00 M. (2,60—2,80 M.). Ein bedeutender Erfolg ist die Gewährung von Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes für die Angewandten; er beträgt nach einem Dienstjahr 3 Tage und nach 5 Dienstjahren 5 Tage. Statt der bisherigen dreimaligen Lohnzahlung in einem Monat wurde die wöchentliche Lohnzahlung erzwungen. Die Bildung eines Arbeiterausschusses wird vertraglich gesichert, der Wahl hierzu wird das Proporzionalwahlsystem zugrunde gelegt, so daß Organisierte und Nichtorganisierte darin vertreten sein werden. Streitigkeiten aus Anlaß der vertraglichen Bestimmungen entscheidet der Bürgermeister oder sein Vertreter. Neueinstellungen erfolgen nur durch Vermittlung des städtischen Arbeitsnachweises. Die Arbeiter verpflichten sich, während der Arbeitszeit und in den Pausen alkoholische Getränke nicht zu genießen, an deren Stelle die Direktion für Tee und Kaffee in guten Qualitäten zu sorgen hat. Die Verhandlungen bei Abschluß des Tarifes leitete der Bürgermeister. Das Werk befindet sich in den Händen einer englischen Gesellschaft.

#### Eine kostspielige gelbe Gründung.

Auf Grund des Jahresberichts der Filiale Augsburg des deutschen Metallarbeiterverbandes hat die Gründung des berühmten gelben Streikbrechervereins in der Maschinenfabrik Augsburg (Kärn-

Berg) dem Verband ganze 148 Mitglieder gekostet — trotz der ausgedehnten raffinierten Weise, mit welcher die Arbeiter zum „freiwilligen“ Beitritt gezwungen wurden. Diefem momentanen Austritt aus dem Verband folgten aber Renaufnahmen in doppelter und dreifacher Zahl und der verhafte Verband, der durch die gelbe Gründung umgeben werden sollte, ist für seine Gasse gefährlicher geworden denn je zuvor! Noch interessanter aber ist, daß genannter Fabrik durch die Vereinigten in der Kasse des gelben Vereins jedes Mitglied auf circa 1000 Mark zu stehen kommt. Man sieht, die Fabrik läßt sich die Züchtung von Streikbrechern schon etwas leisten und zwar bei reichlicher Ueberlegung — nicht nutzlos! Denn nach dem Naturgesetz des modernen Kapitalismus muß sich jeder Pfennig rentieren. Wann werden dies die Vörlchten, auf den Leim getrocknenen Arbeiter begreifen?

## Aus Industrie und Handel.

(Siehe auch I. Beilage.)

Das neue Warenhaus. In seiner letzten „Wirtschaftlichen Wochenchau“ schreibt R. Calwer: „Wertheim war zurzeit seiner Eröffnung das vornehmste Warenhaus für Deutschland und ist bis heute für den zahlungsfähigen Mittelstand das solideste Kaufhaus geblieben. Einige Jahre nach dem Vorgehen Wertheims errichtete auf der anderen Seite der Leipzigerstraße Tieg sein Kaufhaus und trat mit Wertheim in Wettbewerb. Aber aus dem anfänglichen Wettbewerb erwuchs mit den Jahren eine gewisse Arbeitsteilung, bei der beide Warenhäuser wohl bestehen können: Tieg legte sich mehr auf die billigere, Wertheim auf die etwas teurere Ware. Die Konsumenten mit mittlerem Einkommen spalteten sich: die Schichten mit höherem Einkommen, die im Berliner Leben eine große Rolle spielen, wandten sich mehr Wertheim zu, während der übrige Teil bei Tieg die seiner Lage entsprechenden Waren und Preise fand. Bei Wertheim kaufte aber auch das zahlungsfähigste Publikum, sofern es überhaupt seine Einkäufe im Warenhaus besorgte. So war es, bis das neue Kaufhaus des Westens auf dem Plane erschien: das Warenhaus der reichen Leute, das mitten in Berlin W den obersten sozialen Schichten seine Bedürfnisse und Längen abgesehen hat und auch dieses stark individualisierende Publikum an den Großbetrieb im Detailhandel gewöhnen will und bei guter Geschäftsführung aller Aussicht nach gewöhnt wird. Und dieses Kaufhaus für die vornehmste Welt — es ist gegründet von der Firma Jandorf, dessen bisherige glänzende reuifizierende Warenhäuser den ausgesprochenen Charakter von Kaufhäusern für die Arbeiterbevölkerung haben. Welch ein Unterschied der Architektur, der Einrichtung, des Warenreichtums, der Preise, selbst der Bedienung in dem Jandorffschen Warenhaus am Bellevue-Platz und dem Inwald ausgestatteten Kaufhaus Berlin W! Ein Besuch in beiden Räumen lehrt den überaus starken Unterschied des sozialen Niveaus in einer modernen Großstadt. Daß das Kaufhaus des Westens einen großen Teil des tausenden Publikums von Wertheim ablenken wird, ist mit Sicherheit anzunehmen. Aber das Gebelien beider wird durch diese Sonderung der Konsumenten nicht berührt werden; das wachsende Berlin hat reichlich Raum für beide Arten von Kaufhaus.

#### Die Rohstoffversorgung im Baumwollgewerbe.

Ganz unermittelt ist im laufenden Jahre ein Aufschwung in der Versorgung Deutschlands mit Rohbaumwolle eingetreten, der in diesem Gegenstand zu der Bewegung der Zukunft im Vorjahre sieht. Damals in den ersten beiden Monaten des Jahres starke Abnahmen der Rohstoffversorgung, die sich dann späterhin in verstärktem Maße fortsetzten, diesmal so gewaltige Zunahmen in jedem der ersten beiden Monate, daß das erhebliche Minus des Jahres 1906 nicht nur wieder ausgeglichen ist, sondern sogar ein bedeutender Ueberfluß gegenüber 1906 besteht. Die Mehreinfuhr von Rohbaumwolle nach Deutschland stellte sich nämlich in Doppelzentner auf:

	Januar	Februar	Zusammen
1901	356 312	320 065	676 377
1902	383 154	322 067	705 241
1903	413 204	407 116	820 410
1904	490 915	498 441	989 356
1905	392 721	406 532	799 253
1906	383 736	353 705	737 441
1907	588 489	562 658	1 151 147

Wie sich das Preisverhältnis zwischen Rohstoff und Garnen zugunsten der Spinnereien gestaltete, zeigt nachfolgende Zusammenstellung. Es kostete im Februar

	1906	1907
1 Doppelzentner Baumwolle		
Bremen, Middl. Upland	112,87	111,21
Good Comratouette	87,25	82,12
Hamburg, New-Orleans, Middl.	114,25	109,50
Dagegen 1 Kilogramm Baumwollgarn		
Augsburg, Nr. 36/43	1,80	2,21
Stettin, Nr. 130/200	14,47	17,49
Mühlhausen i. G., Nr. 16	1,74	2,00
M.-Glabbach, Nr. 8	1,82	1,51

Nun, nachdem die Baumwollpreise so gefallen, die Garnpreise aber so gestiegen sind, kommen die Spinnereien wieder mit größerer Nachfrage nach Baumwolle an den Markt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Wer zahlt die Druckkosten?

Hamburg, 5. April. (B. Z. B.) Die hiesige Blätter mitteilen, wurden heute im Hafen und auf den Schiffen Flugblätter verteilt mit der Unterschrift „Das Exekutivkomitee“ etc., in welchen die deutschen Arbeiter aufgefordert werden, die für die englischen Arbeitslosen bereitgestellten Kasernenhöfe schleunigt zu verlassen, da diese in den nächsten Tagen in die Luft fliegen würden. Die Zeitungen legen dem Vorfall nur die Bedeutung einer nicht ernst gemeinten Drohung bei.

#### Ein Raub der Flammen.

Zandbrud, 5. April. (B. Z. B.) Die Dicksack Mitteldorf am Eingange des Bingenals wurde durch Feuer total eingeschert. Insgesamt sind 40 Gebäude zerstört worden.

#### Weiterkunft.

Sendaye, 5. April. (B. Z. B.) Seit gestern herrscht an der ganzen spanischen Küste starkes Schneetreiben; in vielen Provinzen sind Landströme eingetreten, die an Früchten und jungen Gemüsen großen Schaden anrichteten. Auch aus Südwest-Frankreich laufen Nachrichten über einen plötzlich eingetretenen Wettersturz ein.

#### Ueberfall auf ein Postamt.

Petersburg, 5. April. (B. Z. B.) Heute nachmittag drangen 12 mit Revolvern bewaffnete Leute in das Postamt in der Zwierinskayastraße. Sie befohlen, daß niemand sich rühren solle, besetzten die Ausgänge, bemächtigten sich des in den Kassen befindlichen Geldes im Betrage von 567 Rubeln und entflohen. Einem Beamten gelang es, 1800 Rubel dadurch zu retten, daß er sie in seiner Tasche verbergte. Man weiß nicht, wer die Uebelthäter gewesen sind.

#### Eisenbahnerstreik in Argentinien.

Buenos Aires, 5. April. (B. Z. B.) Die „La Racion“ meldet, sind die Stationsvorsteher und das Bahnpersonal, einschließlich der Mechaniker und Monteurs in den Aufstand getreten. Auch die Telegraphenbeamten haben sich dem Aufstande angeschlossen. Die letzteren verlangen eine Gehaltserhöhung von 45 Proz., während die Bahnangestellten 30 Proz. Gehaltserhöhung und den achttägigen Arbeitstag fordern.

Die Agrarfrage in der Duma.

Petersburg, 1. April. (Fig. Ver.)

Die Duma hat heute mit der Beratung der Landfrage begonnen, jener wichtigen Frage, die bekanntlich das Schicksal der ersten Duma entschied und deren parlamentarische Behandlung auch jetzt wieder die schroffen Gegensätze der Interessen und Bestrebungen verschiedener Klassen aufeinanderprallen lassen wird.

Das Wesen aller agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung besteht darin, durch Bevorzugung der wohlhabenderen Elemente der Bauernschaft, den ärmsten Teil aus der Klasse der Landbesitzenden ganz auszuschneiden, eine Klasse von stärkeren Landeigentümern zu schaffen, ohne dabei den Bestand des Großgrundbesitzes der Bauern anzutasten.

Auf der anderen Seite ist aber die Ueberzeugung allgemein, daß dem Landbesitzer und der elenden Lage der Bauern nur durch weitgehende Enteignungen des Großgrundbesitzes abzuhelfen ist. Für und wider die Enteignung eines beträchtlichen Teiles der Landbesitztümer der Junkerklasse und ihre Uebergabe an die Bauern taub die große Streitfrage, der sich eine Reihe anderer anschließen: über die Formen der Landbenutzung, Individual- und Kollektivwirtschaft, Einzelbesitz- und Landgemeinschaft mit ausgleichenden Verteilungen und andere mehr.

Die Gesetzesvorlage ist von der Arbeitsgruppe eingebracht worden. Die Generaldebatten sollen nach dem Beschluß der Fraktionen diesmal weniger Zeit in Anspruch nehmen, als in der ersten Duma, und möglichst bald einer Kommission überwiesen werden.

Schon in der heutigen Diskussion haben sich die scheidenden Momente in der großen Frage recht deutlich hervor. Da ist z. B. der Fürst Stojatopolski von der Rechten. Er singt das alte Lied, daß das Elend der Bauern nicht von dem Mangel an Land komme, sondern von der Landgemeinschaft: Die Bauern brauchen nicht mehr Land, als sie haben, nur müßten sie ihre Wirtschaft aufbessern; dabei könne ihnen nur der Großgrundbesitz behilflich sein. Der dürfte also nicht angetastet werden!

Die Arbeitsgruppe schickte ihren Führer, Dr. Karawajew, ins Treffen, der ein erschütterndes Bild von der Lage der Bauern gab: Die Sterblichkeitsziffer beträgt in Rußland im Durchschnitt 31 pro Tausend, in einigen rein ackerbauenden Gouvernements sogar 40, also um das Doppelte mehr als in Westeuropa. Welche Unmasse von produktiven Kräften und Mitteln geht durch diese Menschenverluste zugrunde! Die Ursachen der großen Sterblichkeit liegen in den ungenügenden Ernährungsverhältnissen: In 42 Gouvernements Rußlands erhält die landwirtschaftliche Bevölkerung aus ihren Landanteilen bloß 14 Rubel Korn pro Kopf, während das Mindestmaß zur Erhaltung des Menschen selbst nach der Ansicht der Regierung 20 Rubel beträgt. Der russische Bauer hat zu seinem Unterhalt wenigstens 40 Rubel jährlich nötig, er hat aber nach verschiedenen Berechnungen im Durchschnitt nur 38 Rubel! Der Fehlbetrag erreicht für die 72 Millionen Bauern, die sich hauptsächlich mit Landwirtschaft beschäftigen, im ganzen 800 Millionen Rubel jährlich! Als Folge dieser Unterernährung haben wir die Krankheiten und die Entartung des Volkes. Rußland stirbt aus und degeneriert. Vor der Volkvertretung steht nun die Aufgabe, das Volk vor diesem Schicksal zu retten. Die Bauern sind erregt, der eigentliche Revolutionär ist der Bauer magen.

Der Redner wies weiter nach, wie bei der sogenannten „Bauernbefreiung“ den Bauern die besten Grundstücke weggenommen wurden und welche riesigen Summen die Bauern für das schlechte Land zu bezahlen hatten. Das Zweimillionenbudget tragen die Bauern auf ihren Schultern und doch hat die Regierung für die Bauern nichts getan. Die Großgrundbesitzer erhalten Darlehen für 4 1/2 Prozent, die Bauern müssen der Landbank 6 1/2 Prozent zahlen! Das Lohnverhältnis der Bauern ist gering. An eine rasche Hebung der Produktivität des Bauernlandes sei nicht zu denken, eine intensive Wirtschaft ist bei den kleinen Landparzellen überhaupt nicht möglich, folglich muß den Bauern neues Land zugeteilt werden.

Auch die Ueberlieferung nach Sibirien kann nichts ändern, weil dort die besten Ländereien bereits okkupiert sind. Sibirien ist arm an Land. Es bleibt also nur die Enteignung von Privatland in den landwirtschaftlichen Zentren des europäischen Rußlands.

Nach Karawajew sprach ein zweiter Fürst: Genosse Fürst Zereteli aus dem Kaukasus, der Leader der sozialdemokratischen Fraktion. In fastlichen Wendungen zeigte er die Entstehung des obigen Großgrundbesitzes: Die kaiserliche Familie und der Hof haben mit dem Lande des Volkes ihre Lieblinge bebaut. Die höchsten Beamten des Staates sind gleichzeitig Besitzer von Millionen Hektaren. Das erklärt auch den Unwillen der Regierenden gegen die Zwangsenteignung. Sie wollen das heilige Eigentum schützen, heißt es. Schätze aber die Regierungsgewalt das Eigentum, als sie dem Volke das Land raubte? Schon die Regierung erleidet jetzt das Eigentum? Wurde das Eigentum geschont von den Militärexpeditionen in den belgischen Provinzen oder von General Michanow im Kaukasus, der ganze Dörfer niederbrennen ließ? Es ist eine heilige Notwendigkeit, daß dem Großgrundbesitz sein Eigentumsrecht am Land genommen werde. Das erfordert der geschichtliche Augenblick. Der neue Kulturstaat kann nur auf den Trümmern des alten Eigentumsrecht der Junker entstehen. Am Schluß seiner Rede überreichte Zereteli eine besondere Fraktions-

erklärung, in der die Zeitgedanken zusammengefaßt sind, nach denen die sozialdemokratische Partei die Agrarreform gestaltet wissen möchte: Sie erklärt sich gegen jedwede besondere Beschränkung des bäuerlichen Grundbesitzes, fordert die Konfiskation der Kron- und Kirchen- sowie der Privatländer, mit Ausnahme kleiner Landbesitze und der Landanteile in den Landgemeinschaften. Die Größe der einer Konfiskation nicht unterliegenden Besitze soll in jeder Gegend von besonderen demokratisch gewählten Selbstverwaltungsböörden bestimmt werden. Diese Organe entscheiden auch über die Form der Landbenutzung. Die ganze Landreformfrage soll der Bevölkerung zur Prüfung vorgelegt werden.

Nach dem sozialdemokratischen Redner sprach Kuttler, der noch vor etwa anderthalb Jahren selber Minister der Landwirtschaft war, sich dann der konstitutionell-demokratischen Partei anschloß und jetzt an Stelle des ermordeten Herzenstein die Verteidigung der Landreformvorlage seiner Partei übernommen hat. Diese erfährt seit der Beratung in der ersten Duma eine Umarbeitung: sie schlägt jetzt eine viel sanftere Tonart an! Die Kadettenpartei spricht sich bestimmt gegen die Ueberführung des Privatlandes in Nationalbesitz aus, weil es einen zu radikalen Bruch mit den bestehenden „Rechtsverhältnissen“ bedeuten würde! Außerdem sei die so radikale Reform praktisch nicht durchführbar, da die politischen Machtverhältnisse nicht gar so günstig lägen. Ebenjowenig könne gegenwärtig eine Zuteilung von Land nach der Arbeitsnorm stattfinden, weil das größere Landfonds erfordern würde, als bestenfalls zur Verfügung ständen. Gegenwärtig könne nur erreicht werden, daß die Bauern Land zu ihrem notwendigen Unterhalt bekommen, also nach der Ernährungsnorm. Ein Recht auf Land könne die Kadettenpartei nicht anerkennen, ein solches Recht würde stets illusorisch bleiben! Was endlich die Frage der Landbenutzung anbelangt, so erklärt sich die Kadettenpartei für die Begründung von individuellem Bauern-Landeigentum. Der Hauptunterschied zwischen der Stellung der Kadetten und der des linken Flügels liegt aber in dem Postulat der Kadetten, daß den gegenwärtigen Landeigentümern der sogenannten „gerechte Preis“ gezahlt werden müsse. Es gibt wohl auch in den linken Gruppen Meinungsverschiedenheiten in der Entschädigungsfrage, aber immerhin beharren sie dort einer so starken prinzipiellen Prägung, wie sie in dem Landenteignungsvorschlag der Kadetten zu finden ist.

Vollauf übereinstimmend aber sind die Anschauungen der Liberalen und der linken Opposition über die Unmöglichkeit der Lösung der Landfrage durch Ansiedelungen in neuen Gebietsteilen oder durch Hebung der landwirtschaftlichen Kultur ohne vorhergehende Landzuteilungen oder auch durch die Erweiterung der Landankaufs- und Verkaufstätigkeit der sogenannten Bauernbank. Recht klar waren die Ausführungen des Redners des politischen „Kolo“, in denen aber immerhin ziemlich unzweideutig der polnische Agrarier sich hören ließ. Die Rollen besetzen auch jetzt wie schon in der ersten Duma auf der Prüfung der Landfrage mit Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten der verschiedenen nationalen Gebietsanteile des Reiches in nationalen Gesetzgebungsorganen.

Lauter nichtsfagendes Zeug brachte der Vertreter der Regierung, Fürst Wassiljtschikow, vor. Selbst die Rechte applaudierte nicht, als er die Rednertribüne verließ! Was hatte Wassiljtschikow aber auch zusammengefaßt: Zum Wesen der eingebrachten Gesetzesvorlage werde sich die Regierung erst später bei Einbringung ihrer Entwürfe äußern. Dann folgte ein Schwarm von bauernfreundlichen Phrasen, die in einer Dummheit auf das Privateigentum an Land ausliefen.

Von den Sozialrevolutionären sprach Simin: Keine Skoppe für das blutgetränkte Land! Der Bauer hat für das Land mit seinem Blute bezahlt. Die Regierung hatte wohl Geld für Kriegsabenteuer im fernem Osten, sie hat aber kein Geld für die Hungertoten. Die Sozialrevolutionäre bestehen weiter darauf, daß die ganze Landreformfrage vom Volke selbst geprüft werde, indem ihm Gelegenheit gegeben wird, zur Untersuchung der Vorschläge besondere demokratische Ausschüsse zu wählen. In dieser Forderung ist die gesamte Linke einig, während die Kadetten nur auf parlamentarischer Beratung der Vorlagen bestehen und von einer Annäherung der gesetzgebenden Tätigkeit der Duma an das Volk nichts wissen wollen.

Zum Schluß sprach der Dorfgeistliche Tschowinski, der auch diesmal — wie bei der Beratung der Vorlage über die Aufhebung der Feldgerichte — die ganze Duma hinrühr. Tschowinski war früher Monarchist, ist aber jetzt Mitglied des Bauernverbandes. Seinen Platz hat er auf der äußersten rechten Seite gewählt. Als wir ihn dort zum ersten Male erblickten, dachten wir: Das muß ein echter Jünger Bobjedonoszew's sein. Aber schon bei den ersten Reden über die Feldjustiz zeigte sich zu allgemeinem Erstaunen, daß er den Reden der Linken applaudierte. Dann kam seine erste Rede, auch damals ganz am Schluß der Sitzung. Sie war zuerst unsicher, es schien, als ob er nach Gedanken suchte, dann aber packte er alle. So auch diesmal. In kurzen Sätzen und mit längeren Pausen kam er scheinbar nur mühsam vorwärts. Die progressive Geistlichkeit, erklärte er, zähle das Kirchenland nicht zu ihrem Eigentum; sie wird es mit Freude weggeben. „Glaubt Ihr wirklich, daß man mit Furcht regieren kann? Nein, meine Herren, ein Volk läßt sich nicht mit dem Bajonett regieren. Zum Regieren braucht man moralische Macht.“ „Ihr erschreckt uns nicht!“ sagt man den 100 Millionen gottesfürchtigen Bauern, die in ihrer großen Masse den Jaren berechnen. Wenn ich eine Tornlampe hätte oder einen Märdenteppeich, ich würde mich zu den Stufen des Thrones niederlassen und würde sagen: „Ja, Dein größter Feind, der größte Feind des Volkes ist das verantwortliche Ministerium!“ Stürmischer Applaus der gesamten Linken und des Zentrums. Die Rechte schweigt. Der Redner wies immer wieder volkstümliche Gegenüberstellungen zu finden; ungekünstelt und ohne Pathos bringt er in seine Argumente Zitate aus dem Evangelium, und immer wieder geht ein Brausen des Beifalls durch den Saal. Für die Regierung ist das eine der gefährlichsten Figuren in der Duma. Seine Worte werden unter den Bauern einen weiten tiefgründenden Widerhall finden.

Die nächste Debatte über die Landfrage findet am 8. April statt; sie wird aber kaum wesentlich Neues mehr zutage fördern.

13. Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Haarlem, 2. April. (Fig. Ver.) Dritter Tag.

Nach einer einstündigen, nicht öffentlichen Versammlung fehlte der Parteitag die Beratungen über die Anträge betr. die Haltung der Genossen von der marxistischen Richtung fort. Namens des Parteivorstandes sagt Genosse Troelstra unter dem Beifall des Parteitag's: durch die getriggen Geschehnisse sei diese Haltung ausgemittelt. Der Parteivorstand beantragt, alle auf sie bezüglichen Anträge von der Tagesordnung abzusehen, ebenso die Anträge betreffend Programmrevision; eine Untersuchung des Programms

jedoch wünsche der Parteivorstand. Die Partei als solche habe nicht das Recht, die „Nieuwe Tijd“-Gruppe mit dem Namen „Dienstverweigerer“ zu brandmarken; er bedauere, sich verpflichtet gesehen zu haben, organisatorischer Ursachen halber sich dieses Ausdrucks zu bedienen. — Einstimmig werden die betreffenden Anträge abgesehen.

Nunmehr erklärt Genosse van der Goes, daß seine als Antwort auf die des Genossen Troelstra angeforderte Broschüre nicht öffentlich erscheinen werde. (Langanhaltender Beifall.) Dies sei aber keineswegs irgend welche Konzession in betreff der Ansichten seiner Richtung über den Inhalt von Troelstras Broschüre. Er verlange, daß nunmehr aber auch auf letztere in keiner Weise mehr Bezug genommen werde. Seine Broschüre solle in 30, nur für die leitenden Institutionen bestimmten, nummerierten Exemplaren erscheinen, damit diese Institutionen von dem in der Broschüre niedergelegten Tatsachenmaterial Kenntnis nehmen könnten.

Der Parteivorstand akzeptiert diese Anträge und Genosse Troelstra erklärt, er wolle in der „Nieuwe Tijd“ die nötigen Ergänzungen zu seiner eigenen Broschüre veröffentlichen, falls er durch das Tatsachenmaterial des Genossen van der Goes überzeugt worden sei, daß er sich in irgend einem Punkte geirrt habe.

Nachdem der Jahresbericht des Parteisekretärs und die Resolutionsführung des Parteivorstandes „Het Volk“ besprochen worden war, wird das Institut der Kollektiven Redaktion mit großer Mehrheit bestätigt.

Ein Antrag Amsterdam III, der das Referendum über die gestrigen angenommenen Taxifiseresolution verlangt, wird ebenfalls angenommen.

Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, Genossen Vliegen, geht der Parteitag unter dem Gesange des Freiheitliedes auseinander.

Der Kongreß der belgischen Sozialdemokratie.

Brüssel, 2. April. (Fig. Ver.)

Der diesjährige Parteitag der belgischen Sozialdemokratie, der während der Osterferien im „Rajion du Peuple“ tagte, hatte fast ausschließlich in einer Reihe wichtiger politischer Parteitage Entscheidungen zu treffen und taktische Richtungslinien festzustellen. Der Kampf der Meinungen spielte sich in ruhigen Bahnen ab und die Verschlüsse resultierten durchgehends aus einem Kompromiß der Richtungen. Dem Parteitag präsidierte Anseele. Vertreten waren 37 Gruppen durch 480 Delegierte. Vonderbelde entschiedig in einem Schreiben mit Gesundheitswünschen seine Abwesenheit.

Der Bericht des Sekretärs Mars gedankt der Ausdehnung der gewerkschaftlichen Bewegung, insbesondere des Aufschwungs der Bergarbeiter Kämpfe, ferner der großen Parteimanifestationen und Kämpfe des verflochtenen Jahres, u. a. der großen Kundgebung für den Achtstundentag am 15. August und der Manifestation für den Frieden, wie der Auspierung in Verdree.

Der parlamentarische Berichterstatter Allard gibt einen Ueberblick über die Tätigkeit der Fraktion und würdigt die Verdienste der sozialistischen Abgeordneten in der Kongressfrage und in den Verhandlungen über den Achtstundentag der Bergarbeiter. Die feinergeitige geteilte Abstimmung der sozialistischen Fraktion über das Amendement, das von den Ingenieuren in der Campine die Kenntnis der blamischen Sprache fordert, führte zu einer alle Teile zufriedenstellenden prinzipiellen Klärung, die darin ihren Ausdruck fand, daß der Vermittlungsantrag Duhamans angenommen wurde. (Ueberweisung der Frage an die parlamentarische Gruppe, die bei der zweiten Lesung in der Kammer ein Amendement einbringen soll, das die Kenntnis des Blamischen nur von jenen Ingenieuren fordert, die mit blamischen Arbeitern zu tun haben.) Nennlich viel Zeit absorbierte der Zwischenfall Hubin-Vicard. Bei der Beratung über die neuen Vergeltungsberief sich der Ministerpräsident in seiner Rede auf den sozialistischen Senator Vicard, bei welcher Gelegenheit Genosse Hubin den Zwischenruf machte: das ist ein Charlatan. Die Sache wurde auch in der Presse — in der bürgerlichen mit dem bei solchen Fällen üblichen breiten Behagen — besprochen. Vicard, der als eigenartiger und sehr fruchtbarer Schriftsteller in Belgien sehr bekannt ist, hat der Partei durch seine extravaganten und sehr „persönlichen“ Auffassungen, die sich oft gegen die elementarsten Grundbegriffe des Sozialismus stellten, schon viele Verlegenheiten bereitet. Seine zwar oft geistreich pointierten, aber für ein sozialistisches Blatt doch selbst am unmutenden Sonntagartikel im „Peuple“ haben bei den Arbeitern, zumal durch ihre Verteidigung antisozialistischer Tendenzen, oft Argernis erregt und die Redaktion selbst zu zweifeln gezwungen, gegen die Ausfälle Vicards scharfen Protest zu erheben. So erst legte bei seiner kritischen Darlegung der Wahlen in Deutschland, wo seine Auffassung über die deutsche Sozialdemokratie keine Spur einer sozialistischen Gedankenrichtung verriet. Und auch in den großen politischen Fragen hat Vicard oft die Partei kompromittiert — zum Gaudium der bürgerlichen Blätter und Parteien natürlich. Auf dem Kongreß erschien Vicard trotz der Einladung nicht. Nach der Anklage- und Rechtfertigungsrede Hubins übernahmen es Deuwine und Destree. Vicard in warmen Worten zu verteidigen, seine eigenartige Persönlichkeit zu beleuchten und auch seine Verdienste um die Partei hervorzuheben, die er in vierzigjährigem Kampf sich erworben habe. Der Parteitag hat von einer direkt gegen Vicard gerichteten Tagesordnung abgesehen und in dem allgemein gehaltenen Antrag Vekou-Debreue ausgesprochen, daß bei aller Respektierung der freien Meinungsäußerung die Mitarbeiter des „Peuple“ die ersten sein müssen, die in ihren Reden, Handlungen und Schriften die Prinzipien und die Taktik der Partei zu achten haben. Die Redaktion des „Peuple“ wird weiter verpflichtet, von nun an jedem Artikel, der gegen das Programm und die Taktik der belgischen Arbeiterpartei gerichtet ist, die Aufnahme zu verweigern. Damit war für den Parteitag der Zwischenfall erledigt.

Die Frage des Kartells mit den Liberalen bei den künftigen Gemeindevahlen, das ein Antrag Vonderbelde forderte, brachte eine ausführliche Auseinandersetzung der Befürworter und Bekämpfer dieser taktischen Maßregel. Unter den Letzteren waren es u. a. Destree und de Brouckere, die gegen die Tagesordnung Vonderbelde sprachen, in der die Kartellierung der verschiedenen dem allgemeinen Wahlrecht anhängenden Oppositionsparteien als wirksames Mittel empfohlen wird, um die liberale Regierung auf den Weg des allgemeinen Wahlrechts und einer christlichen Proportionalvertretung zu drängen.

Von den Gegnern des Kartells wurde eingewendet, daß durch solche Allianzen die Politik der Arbeiterpartei nur kompromittiert werde und den Ruhen in dem gegebenen Falle nur die Liberalen hätten. Anseele war auch diesmal ein warmer Befürworter der Kartellidee, deren Vorteile er mit vielen Gründen auseinanderlegte. In der vom Kongreß angenommenen Tagesordnung Destree-de Brouckere, der auch Anseele zustimmte, bleibt es den regionalen Gruppen überlassen, wenn sie es für nützlich halten, eine Kartellierung der Oppositionsparteien herbeizuführen, doch soll daran erinnert werden, daß derartige Allianzen nur als Ausnahme zu betrachten sind und daß die Arbeiterklasse ihren Sieg nur durch eigene Kraft erwarten kann. Die Tagesordnung fordert auch die lokalen Organisationen zu einer Verfallungslampagne für das allgemeine Wahlrecht und die gewerkschaftliche Organisation auf. Der Antrag wird in seiner oludlichen Lösung einstimmig angenommen.

Der Kongress beschloß ferner die Organisierung eines Referendums über die Verfürzung der Arbeitszeit, sowie einer Heimarbeit-Ausstellung, um der gesetzlichen Regelung vorzuarbeiten.

Angenommen werden auch die Vorschläge der Genossin Lillmans, die sich auf die Unterstützung der Arbeiterinnen-Bewegung beziehen. — Nachdem noch Adressen für die sozialistischen und revolutionären Gruppen der Duma beschlossene waren, schloß Ansele den Kongress, indem er der glücklich vollendeten Arbeiten gedachte, mit den Worten: Vorwärts für das allgemeine Wohlfahrt und den Arbeitendend.

## Aus der Partei.

### Sozialistenbekämpfung in Japan.

**Tokio, 5. April.** Die hierige sozialistische Partei wurde vom Minister des Innern als „gefährlich für die Erhaltung des Friedens im Lande“ aufgelöst.

Schon zu wiederholten Malen haben unsere japanischen Genossen die schwere Faust der Reaktion zu fühlen bekommen. Was sie mühsam aufbauten, wurde stets von neuem zertrümmert. Gerade in der letzten Zeit glaubten sie, bald etwas freier aufatmen zu können, und jetzt stehen sie wieder da, wo sie etwa während des Krieges mit Rußland standen.

Daß die Brutalitäten der Regierung den Mut und die Energie unserer japanischen Genossen nicht zu beugen vermögen, dürfen wir nach den bisherigen Erfahrungen ohne weiteres annehmen. Der Vormarsch des Sozialismus kann wohl verzögert, nicht aber aufgehalten werden.

### Bildungsbestrebungen.

Die „**Märkische Volksstimme**“ zu Forst schreibt: „Überall regt sich Bildung und Streben“ in den Kreisen der Parteigenossen. Allenthalben werden Vorbereitungen und Einrichtungen zur Abhaltung von Unterrichtskursen, Vortragszügen usw. getroffen. Während in Berlin seit Jahren die Arbeiter-Bildungsschule fruchtbarere Bildungsarbeiten an jungen Parteigenossen leistet, bestehen in Bremen, Kiel, Frankfurt am Main, Hamburg, Kempten, Lübeck, Halle usw. Bildungsvereine, aus deren Mitgliederbesuchen mancher tüchtige Kämpfer in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist. In zahlreichen Städten, in denen bisher für systematische Ausbildung von Parteigenossen noch nicht oder nicht genügend gesorgt war (Breslau, Chemnitz usw.) trifft man Maßnahmen, die den Mangel für die Zukunft beheben sollen. So steht in Leipzig die Begründung eines Bildungsunternehmens auf breiter Grundlage bevor, in Dresden und Chemnitz haben Genosse Dunter und Genosse Düwelle Unterrichtskurse über Wirtschaftsgeschichte, Volkswirtschaftslehre, Parteigeschichte und Darwinismus übernommen, denen später weitere Kurse folgen sollen. In **München** lassen die Parteinstellungen den Genossen Vortragszügen halten, in zahlreichen Orten Sachsens und Thüringens plant man die Veranstaltung von Wanderkursen und ist bemüht, die geeigneten Lehrkräfte dafür zu finden. Denken wir noch an die intensive Bildungsarbeit, die jetzt in Forst geleistet wird, wo in zwei Unterrichtskursen und zwanzig Vorträgen den Genossen eine Einführung in das Verständnis des Sozialismus vermittelt werden soll und weitere Schritte zur Vertiefung und Befestigung des Gelernten angebahnt werden. — So haben wir ein erfreuliches Bild ersten Schaffens und Ringens vor uns, ein Bild, das den Bildungsumger im Proletariat wieder einmal in rühmlicher Weise illustriert. Freilich, eine klassische Lücke tut sich immer noch auf: für den Bildungseifer der Genossen in der Provinz ist noch nicht gesorgt. Dort, wo oft ausgezeichnete Talente schlummern und starke Kräfte des Schließes warten, die sie brauchbar machen soll für den Dienst in der Partei, wird der Mangel an geeigneten Bildungseinrichtungen ganz besonders schmerzhaft empfunden. Für die Provinz müssen — was wir früher schon betont haben — Wanderkurse eingerichtet werden, in denen die erste Bildungsarbeit an den Genossen geleistet wird. Der Reichsverband ist und hierin schon voraus. In seinem Tätigkeitsbericht für 1906 schreibt er u. a.: „Aus den Zukunftsplänen des Reichsverbandes, die sich naturgemäß nicht alle zu öffentlichen Erörterungen eignen, sei nur hervorgehoben, daß die Einrichtung der Rednerschule vom kommenden Jahr ab eine erhebliche Ausdehnung erfahren soll, so zwar, daß durch wissenschaftlich gebildete Beamte des Reichsverbandes eine Art fliegende Rednerschule eingerichtet werden soll. Auf diese Weise wird es möglich sein, eine große Zahl von Mitgliedern des Reichsverbandes in den betreffenden Ortsgruppen selbst zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie in Wort und Schrift zu schulen und ihnen die zum öffentlichen Auftreten nötigen politischen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse zu verschaffen. Diejenigen Teilnehmer, die in diesen fliegenden Rednerschulen sich besonders hervortun, sollen dann zu einer weiteren Ausbildung nach Berlin geschickt und dort in der ständigen Rednerschule weiter ausgebildet werden. Auf diesem Wege hofft der Reichsverband für die Wahlen viele Hunderte von erfahrenen und gewandten Mitkämpfern zu gewinnen.“ Diese Mitteilung ist ein Fingerzeig, in welcher Richtung unsere Partei ihre Bildungsarbeit mit besonderem Eifer zu betreiben hat. Wir hoffen, daß der Bildungsausschuß in Berlin recht bald mit entsprechenden Vorschlägen vor die Genossen treten wird.

### Wahlkreis-Konferenzen.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlkreisvereins für Frankfurt a. O. Lebus fand am Ostermontag in Frankfurt a. O. statt. Erschienen waren 39 Delegierte aus 8 Ortsvereinen, außerdem waren anwesend der Genosse Dr. G. Pramm, der Vorsitzende der Agitationskommission Genosse Leo Jucht, sowie die Agitationskommissionsmitglieder Genossen Lucht und Schäfer. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, den § 9 des Statuts dahin abzuändern, daß den Mitgliedern des Zentralvorstandes beratende und beschließende Stimme einzuräumen sei. Nach Bekanntgabe der provisorischen Tagesordnung beauftragte Genosse Methner, den Punkt drei (Kandidatenfrage) von der Tagesordnung abzusehen. Die Abstimmung ergab, daß die Mehrheit der Delegierten für Innehaltung der provisorischen Tagesordnung war. Auf den Bericht des Vorsitzenden des Wahlkreis Genossen E. Haber folgte der Rassenbericht über die verfloßene Reichstagswahl, der als ein provisorischer angesehen werden soll, weil verschiedene Ortsvereine bisher noch keine endgültige Abrechnung einzuweisen in der Lage waren. Der Kassierer soll einen spezialisierten Bericht hierüber auf der ordentlichen Generalversammlung geben. In der Debatte wurde ein Antrag angenommen, nach dem für die Zukunft den einzelnen Ortsvereinen ein gebrauchter Bericht über die Jahres- und sonstige Abrechnungen zugehen soll. Beim dritten Punkt der Tagesordnung (Kandidatenfrage) entspann sich eine lebhafte Debatte, an der sich hervorragend die Genossen Jucht, Felber, Bartel, Weiland, Gauer, Methner, Müller, Haber usw. beteiligten. Das Verhalten des Genossen Pramm in den bekümmerten Angelegenheiten wurde teils getadelt, teils gutgeheißen. Schließlich wurde eine Kommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, gewählt, die in Verbindung mit den Ortsvereinen die Kandidatenfrage regeln soll. Zum Punkt 4 wurde beschlossen, den monatlichen Beitrag, der ausnahmsweise für einzelne Zweigvereine auf 25 Pf. ermäßigt war, wieder auf 30 Pf. zu erhöhen. Als nächster Generalversammlungsort wurde Budow bestimmt.

**Von den Organisationen.** Vom Zentralwahlverein Ost-Prignitz liegt der Jahresbericht vor. Er erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1906 bis 31. März 1907, also auf 1 1/2 Jahre. Es kommt dies daher, weil mit der Gründung der Zentralwahl-

im März 1906, der Schluß des Geschäftsjahres auf den 31. März festgelegt wurde.

Der Bericht zeigt, daß, wenn auch unter schwerer, opferreicher, so doch erfolgreicher Arbeit die Parteibewegung im Kreise ein gut Stück vorwärts geschritten ist.

Die Ost-Prignitz ist rein ländlich. Industrie ist fast gar nicht vorhanden. Von den vier Städten des Kreises haben die beiden größten eine Einwohnerzahl von je 7500, die kleinere 5000 und die letzte 1800.

Die Genossen der Gewerkschaften wissen ein bewegtes Klagen über die schwierige Bedienung dieses Feldes zu singen. Die politische Organisation wurde mit bäuerlich-sonatischem Haß argwöhnisch beobachtet, und, wenn auch nicht öffentlich, wurden diejenigen, die sich offen als Mitglieder der Wahlvereine bekamen, genahregelt und verfolgt.

Es genügt schon, wenn irgend ein Arbeiter die „Fadel“ los, um ihn unter Drohungen zu bewegen, mit den Ruten zu brechen. Trotzdem hat die Zahl der politisch organisierten Genossen die Zahl der Zugehörigen zur Gewerkschaftsorganisation bereits überflügelt.

Im Anfang des Jahres 1906 waren unter der losen Organisation im ganzen Kreise etwa 10 Mann, die regelmäßige Beiträge zahlten, denen etwa 120—130 Gewerkschaftsmitglieder gegenüberstanden. Die Zahl der Leser der Parteipresse betrug etwa 15. Durch die Arbeit eines Jahres ist es gelungen, unter der festen, zentralisierten Organisation in Prignitz, Wittstock und Kyritz Wahlvereine zu gründen, die ihre Angelegenheiten, Kleinarbeit für Organisation und Presse, trotz der Aufseindungen der Gegner selbst weiterführen werden.

Die Zahl der organisierten Genossen betrug am 31. März 1907 170, von denen 68 bereits Leser der „Brandenburger Zeitung“ sind. Etwa 160 Gewerkschaftsmitglieder sind im ganzen Kreise vorhanden. An der für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmengabe gemessen beträgt die Stärke der Organisation über 11 Proz.

Der Rassenbericht bilanziert in der Höhe von 2273,83 M. Einnahme, von welcher Summe die Genossen des Kreises etwa 800 M. selbst aufbrachten, und einer Ausgabe von 2223,26 M., so daß ein Rassenbestand von 50,57 M. verbleibt.

### Eine sozialdemokratische Zeitung auf Island.

Die sozialdemokratische Bewegung ist nun auch nach Island gelangt und scheint dort recht gute Fortschritte zu machen. Anfang des Jahres 1906 wurde ein sozialdemokratisches Blatt gegründet, das allerdings nur in längeren Zwischenräumen erschien. Seit Neujahr erscheint es jedoch als Wochenblatt. Der Redakteur ist Genosse Petur G. Gudmundsson in Reykjavik, der isländischen Hauptstadt. Wie dieser unserem Kopenhagener Bruderorgan mitteilt, hat es im ersten Jahre viel Mühe und Opfer gekostet, das Blatt aufrecht zu erhalten. Jetzt ist aber die schwerste Zeit überstanden und die Zukunft des Blattes scheint gesichert.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Strafsentscheidungen der Presse.

Wegen Beleidigung christlicher Gewerkschaftsführer wurde am Dienstag Genosse Meerfeld von der „**Rheinischen Zeitung**“ vom Schöffengericht Köln zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Artikel der „**Rhein. Ztg.**“ hatte die Tätigkeit christlicher Gewerkschaftsführer scharf kritisiert und sie Kreaturen des Zentrums genannt, die dem Zentrum zuliebe die christlichen Arbeiter dreimal am Tage betrogen und verlaufen. Die Herren Stegerwald, Schäfer und Dieber, die in ihren christlichen Blättern gegen die freien Gewerkschaftler ständig die gemeinsten Verdächtigungen in der rülpelhaftesten Weise aussprechen, fühlten sich, da der Spieß einmal umgekehrt wurde, beleidigt.

Wegen Beleidigung eines Wikars wurde der Genosse Meyer vom „**Norddeutschen Volksblatt**“ zu Wand-Büßgeld von 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich lediglich um die Behauptung, der Wikar habe einen Vätergesellen am Weihnachtsabend aus dem Hause gewiesen. Daß der Geselle dem Wikar so berichtet hatte, wurde erwiesen, der Geselle selbst war aber nicht zu ermitteln.

#### Verurteilte Arbeitswilligene.

Das Schöffengericht Nürnberg verhandelte gegen den Redakteur der „**Frankl. Tagespost**“, Genossen Paul Schlegel, wegen Beleidigung von Arbeitswilligen. Der Fall hat folgende Vorgeschichte: Zur Zeit des vorjährigen Bauarbeiterstreiks erhielten zwei streikende Maurer Strafmandate, weil sie das magistratische Streikpostenverbot übertreten und vor einem Bau Streikposten gestanden hätten. In der Verhandlung bekundeten die Arbeitswilligen Edelhäuser und Vink und noch ein dritter, daß die beiden von kurz nach 8 bis gegen 11 Uhr Streikposten gestanden hätten. Die Angeklagten konnten jedoch durch eine ganze Reihe von Zeugen nachweisen, daß sie sich am fraglichen Vormittag ganz wo anders aufgehalten und nur zu fällig etwa 100 Meter von dem Bau entfernt zusammengetroffen waren, worauf sie sich einige Minuten unterhielten. Das Gericht mußte sie freisprechen, und im Urteil wurde ausdrücklich bemerkt, daß ein Meineid vorliege! Die „**Frankl. Tagespost**“ hatte deshalb in ihrem Verhandlungsbericht bemerkt, die Arbeitswilligen hätten entweder einen Meineid oder wenigstens einen fahrlässigen Falschheid geleistet. Wegen dieser Bemerkung erhoben Vink und Edelhäuser gegen Schlegel Beleidigungsklage, während der dritte es vorzog, den Vorwurf ruhig einzusteken.

In der Verhandlung behaupteten die beiden Kläger nun, daß ihre damaligen Aussagen ganz anders gelautet hätten. Als ihnen das Protokoll vorgehalten wurde, erklärten sie dieses für falsch, während der vorsitzende Richter jener Verhandlung die Richtigkeit des Protokolls, das mit seinen eigenen Aufzeichnungen vollkommen übereinstimme, unter Eid bestätigte. Schlegel wurde deswegen zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung heißt es, daß die behauptete Tatsache nicht vollständig erwiesen sei. Ein Meineid sei unzweifelhaft geschworen, aber wer ihn geleistet habe, könne nicht entschieden werden. Allerdings liege sehr begründeter Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Kläger vor. — Das im Artikel vorkommende Wort „Streikbrecher“ sei als Beleidigung aufzufassen, da ihm ein verächtlicher Beigeschmack anhafte.

Der Verurteilte hatte in der inkriminierten Bemerkung auch nur „begründete Zweifel an der Glaubwürdigkeit“ der beiden Arbeitswilligen ausgedrückt; trotzdem wird er verurteilt! —

### Lithographen-Konferenz.

In Hannover tagt zurzeit eine außerordentliche Generalversammlung des Senefelderbundes. Derselben ging zunächst die Lithographen-Konferenz voraus. Anwesend waren etwa 25 Delegierte. Die Verhandlungen fanden unter dem Eindruck der angestrebten Verschmelzung des Senefelderbundes und des Lithographenbundes auf einer fetteren organisatorischen Grundlage, die sich seit dem letzten Streik der Lithographen und Steinbruder mehr denn je als notwendig erwiesen hat und die deshalb auch hauptsächlich die bevorstehende Generalversammlung beschäftigen wird.

In seinem einleitenden Referat gab Lange • Berlin den Bericht über die gepflogenen Einigungsverhandlungen. Die Vorschläge des Senefelderbundes gingen dahin, daß der Lithographenbund mit seinem gesamten Rassenwesen zum Senefelderbund übertritt und dieser die Mitglieder des ersteren übernimmt unter Anrechnung aller gezahlten Beiträge und Übernahme des Vermögens, mit Ausnahme eines Teiles des Krankenlaffenvermögens, das den bisher zugehörigen Mitgliedern verbleibt zur Fortführung einer besonderen Krankenlaffenkasse, da die Krankenlaffenkasse des Senefelderbundes noch nicht so gut ausgeht ist.

Es steht zu hoffen, daß sich auf dieser Basis ein Weg zur Vereinigung finde; die weiteren Punkte, wie die fernere Gestaltung der beiderseitigen Presse usw., würden keine Schwierigkeiten bieten. Zu

einem Abschluß konnten die Verhandlungen der Konferenz nicht führen, weil diese zunächst einen rein informativen Charakter hatte und die Vertreter weitergehende Mandate nicht hatten.

Zum Schluß empfahl Referent die Annahme folgender

#### Resolutionen:

„Die am 29. und 30. März 1907 in Hannover tagende Lithographenkonferenz hält an der bisherigen gemeinsamen Organisation im Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe fest und verpflichtet sich, den weiteren Ausbau dieses Verbandes nach Kräften zu fördern.“

Als Mittel zu diesem Zweck hält die Konferenz folgendes für geboten:

1. Das bisherige Präsidium wird als geeignet erachtet, die Lithographensache in jeder Weise zu fördern. Wo Wünsche und Bedürfnisse nach dieser Richtung zutage treten, ist diesen nach Möglichkeit zu entsprechen.
2. Am Sitz des Hauptvorstandes ist eine Zentralkommission für Lithographen zu bilden, bestehend aus den Lithographen des Hauptvorstandes und einigen von der Lithographenfiliale des Ortes zu wählenden Kollegen.
3. Diese Zentralkommission hat in Gemeinschaft mit dem Hauptvorstand die Agitation unter den Lithographen, Kartographen und graphischen Zeichnern nach allen Kräften zu betreiben, indem sie Flugblätter herausgibt, Agitationsveranstaltungen arrangiert usw.
4. Sie hat darauf zu achten, daß in der „**Graphischen Presse**“ in Zukunft der Lithographensache mehr als bisher Rechnung getragen wird.
5. Diese Zentralkommission hat auch allen anderen, die Lithographensache betreffenden Punkten ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen, wie: Kleinarbeit, Heimarbeit, Privatlithographie, Verlagswesen, Arbeitsnachweis usw. und entsprechende Statistiken aufzunehmen.
6. Ueber ihre Tätigkeit hat diese Zentralkommission jährlich in der „**Graphischen Presse**“ Bericht zu erstatten.“

Die Resolutionen Lange wurde einstimmig angenommen. Zur Resolution Lange wurde noch folgender Antrag Wöffinger angenommen:

„Als geeignete Mittel, um die Agitation zu fördern, wird die bessere Ausgestaltung des Fachorgans im Interesse der speziellen Berufsbranchen empfohlen. Auf die Ausstattung der Vereinsbibliotheken mit reichhaltiger und guter Fachliteratur ist großer Wert zu legen. Vorträge technischer Natur, Vorlesungen, Ausstellungen, Unterrichtskurse usw. sollen Mittel sein, um das Interesse der Lithographen für die Organisation nachzuhalten und die graphische Kunst — als vollständige Kunst — in den Dienst der Arbeiterfrage zu stellen.“

Einstimmig wurde ebenfalls die folgende Resolution angenommen:

„Die in Hannover tagende Lithographenkonferenz begrüßt die Einigungsverhandlungen zwischen dem Lithographen- und dem Senefelderbund und hofft, daß die in Aussicht genommenen weiteren Verhandlungen eine beiderseitig befriedigende Lösung dieser Frage finden.“

Es hielten noch Referate Waukecht • Stuttgart über die Lehrlingsfrage, Dornit • Berlin über die Kleinarbeit, Warthei • Berlin über die Heimarbeit, Tsch • Leipzig über die Privatlithographie. In entsprechenden Resolutionen brachte die Konferenz ihre Stellung zu den Fragen zum Ausdruck.

Der Vorsitzende Lange • Berlin betonte zum Schluß, daß die Konferenz eine Notwendigkeit gesehen sei. Die Beratungen hätten der Wichtigkeit der Berufsfragen entsprochen. Hoffentlich werde die reiche Arbeit von Erfolg gekrönt, zumal wenn die Zentralkommission ihre Pflicht tun werde. Möge jeder Wunsch zum Besten der Lithographensache in Erfüllung gehen. Mit einem Hoch auf den Senefelderbund wurde die Konferenz dann geschlossen.

## Außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes.

Hannover, 1. April.

### 1. Verhandlungstag.

Die 14. außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes (Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandter Berufe) wurde am Ostermontag im Nordstädter Gesellschaftshaus eröffnet.

Dralle • Hannover erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, daß der Senefelder-Bund vor sechzehn Jahren ebenfalls in Hannover tagte, damals habe es gegolten, die Bünde zu heilen, welche das Sozialistengezei geschlagen hatte. Jetzt sei von der Regierung die Organisation des Senefelder-Bundes lahmgelegt worden. Es sei deshalb notwendig, eine neue Organisationsform zu wählen.

Der Vorsitzende des Zentralverbandes, Sillier • Berlin, teilte mit, daß die Kollegen in Oesterreich einen Vertreter geschickt hätten. Anwesend sind ferner Gewerkschaftssekretär Schmidt als Vertreter des Gewerkschaftsartells, ferner die Buchdrucker Freitje und Ehrhardt als Vertreter des Buchdruckerverbandes und Arbeitersekretär Schrader aus Hannover.

Die Zahl der anwesenden Delegierten betrug 59. Sillier • Berlin erstattete sodann den

#### Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes

für die Zeit vom 1. Juli 1905 bis März 1907. Wir haben die Hauptpunkte hervor. Eine allgemeine Agitation regte der Hauptvorstand nach der Streik- und Ausperrungsbewegung an. Die Agitation war während der Lohnbewegung besonders lebhaft. Redner erinnerte an die Lithographenkonferenz. Er begrüßt die offene Erklärung des Vorsitzenden des Lithographenbundes, die Lithographen hätten eingesehen, daß sie mit den Steinbrudern gemeinsam kämpfen müßten, um ihre Interessen fördern zu können. Die Einigungsversuche würden hoffentlich Erfolg haben. Während der letzten zwei Jahre hatten die Mitglieder des Bundes 39 Streiks durchzumachen, darunter zwei Abwehrstreiks und die große Streik- und Ausperrungsbewegung. An Arbeitszeitverkürzungen wurden für 4083 Kollegen in Summa pro Woche 12 889 Stunden erzielt. Lohnzulagen wurden erreicht für 3520 Kollegen in Summa 5104 Mark pro Woche. Feiertagsbezahlung erreichten 1006 Kollegen. Redner besprach dann das bekannte, auch vom Reichsgericht bestätigte Urteil gegen den Senefelder-Bund, wonach die in der Generalversammlung des Bundes vom 21. bis 26. April 1905 beschlossene Statutenänderung, soweit sie die Ausdehnung der Zweite des Bundes auf seine Gewerkschaftskasse bezog, für ungültig erklärt wurde. Insbesondere wurde in dem Urteil die Unterstüßung aus der Gewerkschaftskasse für den Fall eines Streiks, einer Wahrgelung und einer Ausperrung für unzulässig erklärt. Vorübergehend wurde auch die Gewerkschaftskasse gesperrt. Redner betonte, daß auch diese Maßnahmen den Bund nicht zu erschüttern vermochten. Während der Ausperrung hätten die Kollegen wie ein Mann zusammengestanden. Die Verurteilung der Unternehmer, vor dem Bunde gaulich zu machen, seien erfolglos geblieben. Man wolle mit dem roten Linde lange machen und sperre überhaupt aus, gleichviel ob die Arbeiter einer christlichen oder nicht-christlichen Organisation angehörten, wenn sie mit Forderungen an die Unternehmer herantreten. Daher sei der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter notwendiger denn je. Die Zahl der Mitglieder sei von 9000 auf 10 000 gestiegen.

Den Rassenbericht erstattete hierauf der Hauptkassierer Dralle • Berlin. Aus der Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben in der Zeit vom 1. Juli 1905 bis 31. Dezember 1906 sei hervorgehoben: Die Gewerkschaftskasse erhielt an Beiträgen 533 329 M., sie zahlte 128 106 Mark Arbeitslosenunterstützung, 23 353 Mark Unzulagelosen, 15 823 Mark Wahrgelungsunterstützung, 47 029 Mark für Rechtschutz. Die Einnahmen und Ausgaben dieser Kasse balanzieren mit 546 157 Mark. Die

Krankenunterstützungs- und Sterbefälle verzeichnete 358 800 M. Beiträge. Sie zahlte für Krankenunterstützung 296 739 M. und 18 850 M. Sterbegeld. Die Invaliden- und Witwenkasse erhielt 254 949 M. Beiträge und zahlte für Invalidenunterstützung 100 483,50 M. und für Witwenunterstützung 40 850 M. Aus der Uebersicht über die zur Unterstützung der Ausgewanderten bis 12. Januar 1907 eingegangenen Gelder (Streit-Extrasteuer, Sammelkassen usw.) entnehmen wir, daß aus Deutschland insgesamt 294 088 M. eingingen, aus England 7354 M., aus Belgien 11 279 M. und aus der Schweiz 8383 M. Insgesamt zahlte das Ausland 23 062 M. Die Abrechnung über die Ausperrungen im Juni-August 1906 schließt mit 1 000 276 M. ab. Von Klasse I (Gewerkschaftskasse) wurden 75 000 M. Zuschuß geleistet, von den Gewerkschaften durch die Generalkommission gingen 144 000 M. ein, durch Streiksteuerbeiträge der Kollegen 220 427 M.

In der Diskussion über die Berichte bemerkte u. a. Stauffer-Bremen, daß der Senefelder-Bund dem Lithographenbund nicht als Vorkämpfer nahe. Der Sonderbund der Lithographen sei eine Festgründung gewesen. Die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse zwingt den Lithographenbund, sich dem starken Senefelder-Bund anzuschließen. In der gemeinsamen Organisation dürften die Lithographen aber keine Vorrechte beanspruchen, z. B. bei Krankenunterstützungen.

Rudolf-Hamburg sprach im Auftrage der Dittmer-Tapezierer den Wunsch aus, der Hauptvorstand müsse helfen, den Zustand zu heiligen, daß ein Teil der Tapezierer im Fabrikarbeiterverband und ein Teil im Senefelder-Bund sich befindet, während ein Teil überhaupt noch nicht organisiert ist.

Hah-Verlin und Nutschle-Stuttgart verurteilten eine Resolution der Münchener Chemigrafenkonferenz, die verlangte, daß Lehrlinge, die in nichttarifreuen Anstalten gelernt haben, später als Gehälften auch nicht Mitglieder der Organisation werden können. Das verstoße gegen die Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung und sei undemokratisch.

Sillier-Berlin führte aus, wenn der Photographenverband einem größeren Verbande, dem Senefelder-Bund, beitrete, er eine größere Aktionsfreiheit gegenüber dem Unternehmertum erhalte. In seiner jetzigen Gestalt könne er sich gewerkschaftlich nicht mit Erfolg betätigen.

Hänelin, Vorsitzender des Photographengehilfenverbandes, betonte, daß infolge der Entwicklung des Photographiegeschäftes die Interessen der Photographen und Lithographen die gleichen geworden seien. Auch mit den Chemigrafen müsse zusammen gearbeitet werden. Der Photographenverband müsse vom Senefelder-Bund in gewerkschaftlicher Richtung mehr unterstützt werden. Zur gegebenen Zeit sollte dann der Zusammenschluß mit dem Bunde erfolgen. (Beifall.)

## 2. Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende Bratke-Hannover mit, daß der Senefelder-Verein-Böhmens ein Begrüßungsschreiben geschickt hat, in welchem der Generalversammlung der deutschen Kollegen der beste Verlauf der Beratung und reichlicher Erfolg für die gute Sache des Bundes gewünscht wird.

Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Buchdrucker Döblin-Berlin anwesend.

Als Vertreter des Zentralverbandes der Buch- und Stein-drucker-Gehilfenarbeiter und Arbeiterinnen waren Frau Thiede, sowie die Kollegen Pucher und Auz erschienen.

Rudolf-Hamburg berichtete über die durch eine Kommission herbeigeführte Schlichtung von Differenzen, die zwischen Lithographen und Chemigrafen bezüglich der Ausübung des Gerstenauerschen Verfahrens in Stuttgart entstanden waren. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen.

Die Diskussion über die Rechenschaftsberichte des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission war am ersten Verhandlungstage geschlossen worden.

Der Vorsitzende des Hauptvorstandes, Sillier-Berlin, führte in seinem Schlusswort aus, daß der Hauptvorstand bereit sei, die Agitation unter den Tapezierern energisch zu fördern. Die Tapezierer selbst wünschten die Veranstaltung einer Tapezierer-Konferenz, um den Zusammenschluß der Tapezierer Deutschlands auf gewerkschaftlichem Boden und den Anschluß an den Senefelder-Bund herbeizuführen. Die Auskunftsfrage sei ein geeignetes Mittel, um Jäger Streiks zu verhindern. Es sei aber auf das höchste zu verurteilen, wenn Kollegen die Auskunftsarten an Prinzipale gäben, gegen die die Klagen gerichtet seien. Die Kollegen seien verpflichtet, die Auskunft einzuholen, bevor sie bei einem Arbeitgeber in Stellung treten. Die Kollegen dürften eine Stellung nicht annehmen, wenn die Auskunftsarten sich dagegen erklären. Gegenüber Bratke müsse bemerkt werden, daß es nicht zu billigen sei, wenn durch die Verwendung von Flugblättern vor der Öffentlichkeit zur Benützung der Arbeitgeber Weise der Uneinigkeit in den Reihen der Kollegen gegeben würden. Das Ansehen der Gewerkschaft leide darunter. Er, der Redner, nehme für sich das Recht in Anspruch, der Redaktion der „Graphischen Presse“ Wünsche auszusprechen. Eine Zensur sei nicht beabsichtigt. Man habe ihm vorgeworfen, daß er unnütze Reisen nach Wien und Holland gemacht habe. Damit, der von Bernward erhoben, sollte doch einmal während einer Lohnbewegung praktisch mitarbeiten, dann werde er erfahren, daß man in einer Zeit, wo man wöchentlich 60 000 M. brauche, mit Briefschreiben kein Geld heranzubringen könne. Er, der Redner, habe es doch fertig gebracht, daß ihm in Wien sehr bedeutende Summen übergeben worden seien. Die Reise nach Holland sei sehr notwendig gewesen. In Arefeld und Rheidat an der holländischen Grenze seien Streiks ausgebrochen, und die Streikbrecher kämen aus Holland. Um das zu verhindern, um die holländischen Kollegen aufzuklären und an die Pflicht der Solidarität zu erinnern, sei er dann hingereist. Uebrigens habe das Internationale Sekretariat in London die Reisekosten bezahlt. Die Agitation, die auch von anderen Kollegen geleistet, sei notwendig gewesen. Alle Reisenden hätten ihre Schuldigkeit im Interesse der gewerkschaftlichen Organisation getan. Es sei überhaupt noch nicht genügend agitiert worden.

Nach dem Schlusswort des Hauptvorstandes und des Vertreters der Kontrollkommission, wobei der letztere die Notwendigkeit betonte, daß die Kontrollkommission bei Angriffstreiks gehört werden solle, rechtfertigte der Delegierte aus Wien, Mülberger, die Reise Sillers nach Wien, die gute Früchte gezeitigt habe. Die österreichischen Kollegen hätten sich mit den deutschen solidarisch und hätten das durch die Tat gekrönt, nämlich, indem die österreichischen Kollegen 50 000 Kronen bei der Ausperrung geopfert.

Kloth-Berlin, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Buchbinder, schildert die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen vieler Gehälften und Gehilfen im Buchbindergewerbe. Zu wünschen sei, daß das Verhältnis aller Organisationen in der großen graphischen Formate sich möglichst innig gestalten. Es sei ein schönes Wort: „Proletariat aller Länder vereinigt euch!“ Aber die Proletariat aller Länder sollten nicht nur in den einzelnen Vereinen spezielle Vorteile zu erreichen suchen, sondern auch mitwirken, daß für verwandte Berufe etwas herausgeschlagen werde. Da könnte ein graphisches Kartell helfen, die Vorstufe für einen Industrieverband.

Schubert-Berlin, Vorsitzender des Zentralverbandes der Formfänger, gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Vorbedingungen für einen Anschluß der Formfänger an den Senefelder-Bund gegeben seien.

Döblin-Berlin, Vorsitzender des Zentralverbandes der Buchdrucker und Vertreter der Generalkommission, meinte, daß es nicht undemokratisch sei, wenn Lehrlinge, die in nichttarifreuen Gewerkschaften gelernt hätten, später auch nicht in tarifreuen Gewerkschaften beschäftigt werden sollten. Die Eltern, die für die Zukunft ihrer Kinder verantwortlich seien, hätten die Pflicht, ihre Kinder aus tarifrechtlichen Schmutzgeschäften fernzuhalten. Es gebe Piraten im Gewerbe, denen mit Gefährdungen nicht geholfen werden dürfe. Der Bildung einer graphischen Union ständen auch Schwierigkeiten gegenüber.

Ein Antrag, dem Hauptkassierer Brall Decharge für seine Kassenerführung zu erteilen, wurde angenommen.

Auch die beiden folgenden Resolutionen wurden angenommen.

„Die in Hannover tagende Generalversammlung begrüßt die Einigungsverhandlungen zwischen dem Lithographen- und dem Senefelder-Bund und hofft, daß die in Aussicht genommenen weiteren Verhandlungen eine beiderseitig befriedigende Lösung dieser Frage finden. Die Einsetzung einer Verhandlungskommission wird dem Hauptvorstand übertragen.“

„Der Hauptvorstand wird verpflichtet, seinen Bericht den Delegierten zwei Wochen vor Abhaltung der Generalversammlung zu übermitteln. Sollte es notwendig sein, so ist ein Nachtrag zum Vorstandsbericht herauszugeben.“

Rüller-Berlin erstattet dann ein längeres Referat über die durch die bekannte Klage des Rotenstehers Zepel und Genossen in Offenbach gegen den Senefelder-Bund geschaffene

### Rechtslage des Bundes.

Er ging aus von der am 1. Juli 1906 in Kraft getretenen Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit dem Verband der Lithographen und Steinbruder. Die Verschmelzung sei notwendig gewesen, um namentlich angeht die so schnell steigenden Zahl der Invaliden die Bundeskasse zu sanieren. Ohne die Verschmelzung hätten entweder die Unterstützungen erniedrigt, oder die Beiträge erheblich erhöht werden müssen. Bei der Verschmelzung sei kein Zwang zum Beitritt zur Gewerkschaftskasse ausgeübt worden, das bewiesen die Ausnahmebestimmungen. Von den 14 768 Mitgliedern bei der Verschmelzung seien 1728 alte Bundesmitglieder den Uebertrittbedingungen entsprechend von dem Beitritt zur Gewerkschaftskasse befreit gewesen. Blöthlich sei die bekannte Klage von Zepel und Genossen gekommen. Ihre Entscheidung gegen den Bund habe bewiesen, wie die Rechtsprechung sei. Die aus Anlaß der Verschmelzung beschlossene Statutenänderung, soweit sie die Ausdehnung der Bundeskasse auf die Gewerkschaftskasse bezwecke, sei für unzulässig erklärt worden. Das Urteil sei auch in höchster Instanz vom Reichsgericht bestätigt worden. Die Richter waren der Ansicht gewesen, daß der Bund infolge der angefochtenen Satzungsänderung seinem Zwecke noch zu einem anderen geworden, er sei aus einem Hilfsverein eine Gewerkschaft, aus einem Unterstützungsverein zu einem Kampfbund zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen geworden. Die Beteiligung an Förderung rein gewerkschaftlicher Zwecke sei den Klägern ausgedient worden. Wenn die Kläger sich dem nicht fügen wollten, könnten sie laut Statut ausgeschlossen werden und damit ihr Recht auf die eingezahlten Beiträge verlieren. — Die Kläger hätten aber nicht etwa, so führt der Referent aus, ein beabsichtigtes Recht schämen wollen, sondern sie hätten sich ein Recht auf Streikbruch sichern wollen; denn sie hätten in ihrer Klagebegründung ausdrücklich erklärt, sie würden zur Unterstützung von Streiks gesteuert, und da könnten sie als ältere Leute nicht mehr mitmachen. Sie hätten sogar die Sperrung der Gewerkschaftskasse durch eine einseitige Verfügung bewirkt zu einer Zeit, als die Kollegen im Bunde im heißen Kampfe mit den Unternehmern standen. So hätten die Kläger den Interessen des Schutzverbandes der Arbeitgeber gedient. Mit der späteren Freigabe der Kasse sei nicht genützt worden. Die Kläger hätten sich bis zum allerletzten Moment gesträubt, in die Freigabe der Kasse einzwilligen, trotzdem Sillier-Berlin namens des Hauptvorstandes den Vorschlag gemacht habe, daß jedes Mitglied des Rechtsschutzvereins (die Kläger hätten sich in einem solchen vereinigt) vom Beitrittszwang zur Gewerkschaftskasse befreit werde, daß auch die Uebergangsbestimmungen betr. den Zwangsbeitritt für die Mitglieder des Rechtsschutzvereins keine Geltung haben sollten. Der Vorstand habe sich nach dieser Richtung hin schriftlich verpflichtet wollen. Der Referent verpflanze die Gerichtsurteile dann im einzelnen und wies nach, wie die Gerichte keinen festen Grund für ihre Rechtsprechung hätten finden können. Sie hätten von einem Standpunkt zum anderen geschwankt. Das gegen eine Arbeiterorganisation gerichtete Vorgehen sei aus dem Geiste der Nachschauverträge zu erklären.

Mehrere Redner verurteilten das Vorgehen des Rechtsschutzvereins als arbeitersindlich in schärfster Weise. Es sei unerhört, daß die Kläger mitten in dem heißen Lohnkampfe zum Teil hinterläßt die Arbeiterschaft vor dem Senefelder-Bund warnten, sagten, daß jetzt der Bund lahmgelegt, gesprengt sei, daß er nicht mehr in der Lage sei, bei der Ausperrung die kämpfenden Genossen zu unterstützen. Es wurde auch der Vorwurf der Klassenjustiz erhoben, die dazu führe, daß Gerechtigkeit eine Legende werden könne. Mülberger sprach unter lebhaftem Beifall von einem Denkmale der Schande und der Schmach, das in den Reihen der Arbeiterschaft von Arbeitern aufgestellt sei.

Döblin-Berlin war der Ansicht, daß mit mehreren Protest-resolutionen gegen das Urteil nichts erreicht werde. Das Reichsgericht werde sein Urteil doch nicht revidieren. Das heutige Recht schließe nun einmal in umfassender Weise das Recht des Individuums. Man solle aus dem Urteil die richtige Ruhanwendung für den Bund ziehen. Heiße es doch im Urteil des Landgerichts Frankfurt a. M. in bezug auf § 49 des Statuts von 1906: „Die Mitglieder haben gegen die tiefgreifende Aenderung des alten Statuts keinen Einspruch rechtzeitig erhoben, mithin haben sie es stillschweigend genehmigt.“ Nach diesem Urteil, so heiße es auch im Bericht des Vorstandes, habe der Bund nach wie vor das Recht, das Gewerkschaftstatut, mit Ausnahme gegenüber den Klägern, voll in Geltung zu lassen. Mit einem weiteren Antrag, die Angliederung der Gewerkschaftskasse ganz zu unterlassen, seien die Kläger zurückgewiesen. Nach außen hin brauche man die Rechtslage des Bundes doch nicht zu schwächen zu schildern.

Eine Kommission wurde beauftragt, die Ansichten der Generalversammlung über den Prozeß in einer Resolution niederzulegen, über die in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden soll.

Der Hauptvorstand wurde beauftragt, die Geschichte des Prozeßes im Interesse aller Gewerkschaften vor der Öffentlichkeit in einer Broschüre darzustellen.

Ein Antrag auf Entlohnung des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission unter Anerkennung der Tätigkeit der beiden Körperschaften während der verflochtenen Verichtsperiode wurde angenommen.

Sillier-Berlin begründete namens des Hauptvorstandes in Uebereinstimmung mit der Kontrollkommission angeht die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in den Mitgliedschaften zur Statutenfrage den folgenden Dringlichkeitsantrag:

„Die Generalversammlung möge das Statut so gestalten, daß der Einheitsverband gewahrt bleibt, unter Zugrundelegung der Bestimmung, daß die neu eintretenden geworbenen sind, alle in Klassen zugleich beizutreten, während es nach den Urteilen des ehemaligen Kuratoriumsmitgliedern freisteht, Mitglied der Gewerkschaftskasse zu sein. Eine schriftliche Erklärung, daß sie der Gewerkschaftskasse nicht angehören wollen, haben solche Mitglieder bis spätestens den 1. Juli 1907 abzugeben. Nach diesem Zeitpunkt kann ein Austritt und Ausschuß nur aus allen Klassen zugleich stattfinden, während ein Eintritt solcher Mitglieder, die jetzt der Gewerkschaftskasse nicht angehören, in dieselbe später jederzeit erfolgen kann.“

Der Wochenbeitrag möge auf 1,20 M. für alle Klassen belassen bleiben, und zwar 30 Pf. für die Gewerkschaftskasse, 60 Pf. für die Allgemeine Unterstützungs-kasse (mit Reise-, Arbeitslofen- und Krankenunterstützung, sowie Sterbegelder) und 30 Pf. für die Invaliden- und Witwenkasse. — Wer von den alten Mitgliedern nur der Allgemeinen Unterstützungs- und der Invalidenklasse angehört, zahlt hiernach nur 90 Pf.; — wer nur der Allgemeinen Unterstützungs-kasse allein angehört, 60 Pf. pro Woche.

Sollten wider Erwarten neue gerichtliche Schwierigkeiten entstehen, wodurch der Einheitsverband gefährdet ist, so ist hiermit der Hauptvorstand in Gemeinschaft mit der Kontrollkommission beauftragt, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen.“

Rüller-Berlin führte dann aus, daß nach Ansicht der Rechtskundigen es wiederum bei Klagen zur Verurteilung des Hauptvorstandes kommen werde, wenn nach dem Statut alle Mitglieder gesteuert werden sollen, allen drei Klassen, also auch der Gewerkschaftskasse anzugehören. Auch nach Ansicht des Rechts-

anwalts Heinemann müsse, um Klagen zu vermeiden, den Neueintretenden freigestellt werden, ob sie der Gewerkschaftskasse oder den Unterstützungs-kassen beitreten wollten. Streikbrecher können nur ausgeschlossen werden, wenn zwischen Gewerkschaftskasse und Unterstützungs-kasse eine rechte Grenze gezogen werde. Redner begründet eingehend eine Statutenvorlage der Filialen I, III und IV der Filialen Berlins (Lithographen, Steinbruder und Lichtbruder), die sich grundsätzlich von der Statutenvorlage des Hauptvorstandes unterscheidet, indem sie die

### Trennung der Gewerkschaft vom Bund

bezieht. Von der neuen Gewerkschaftsorganisation ist hiernach mit dem Senefelder-Bund ein Gegenseitigkeitsvertrag abzuschließen. Der Senefelder-Bund soll dann alle Unterstützungs-zweige übernehmen, die ihm durch die Gerichtsurteile belassen wurden. Der Verband dagegen führt alle Unterstützungen ein, die der heutige Bund hat und erhebt dafür 1,20 M. pro Woche. Durch den abzuschließenden Gegenseitigkeitsvertrag überträgt jedoch der Verband die Durchführung der Unterstützungen, die dann in beiden Organisationen vorhanden sind, dem Senefelder-Bund. Das heißt: der Verband zieht von seinen Mitgliedern 1,20 M. pro Woche ein, wovon 90 Pf. für jedes Mitglied an die Bundeskassen abgeführt werden. Die Verbandmitglieder werden dadurch vollberechtigte Mitglieder des Bundes. Werden sie aus dem Verband aus irgend welchen Ursachen ausgeschlossen, so verlieren sie damit zugleich die Mitgliedschaft im Bunde.

Nach längerer Diskussion faßt die Kommission seinen Vorschlag zum Statut in der folgenden Resolution zusammen:

„Um gegen alle weiteren Schikanen und Quereingriffen gesichert zu sein, möge die heutige Generalversammlung sich prinzipiell für Gründung eines neuen Verbandes aussprechen, und zwar auf der Grundlage des gegenwärtigen Statuts mit allen bisherigen Unterstützungsarten und Kassen, bei einem Wochenbeitrag von 1,20 M.“

Dieser neue Verband müßte dann sofort gegründet werden, wenn neue gerichtliche Schwierigkeiten entstehen, wodurch das Weiterbestehen des jetzigen Bundes gefährdet ist.

Hauptvorstand und Kontrollkommission werden beauftragt, alles hierzu Erforderliche zu gegebener Zeit zu betreiben. In diesem Falle ist sofort auch die Liquidation des Bundes in die Wege zu leiten. Hauptvorstand und Kontrollkommission haben dann sofort die notwendige statutarische geschäftliche Abstimmung auszuführen.

Gemäß Absatz 3 des bisherigen § 66 ist dann das vorhandene Vermögen der Kranken- und Invalidenklasse des Senefelder-Bundes für auszuzahlende Unterstützungen festzulegen. Eine Ueberweisung des Vermögens an einen anderen Verband darf nicht stattfinden; von dem festgelegten Vermögen sind zur Auszahlung von Unterstützungen zunächst die Zinsen zu verwenden, und dann das Kapital aufzubringen. Das Vermögen der Gewerkschaftskassen wird dem neuen Verbande sofort überwiesen. Dieser neue Verband hat die vollständige Garantie der Auszahlung von Unterstützungen an die alten Mitglieder zu übernehmen. Er hat sich sogar soweit zu verpflichten, allen Invaliden, Witwen und Kranken, die noch bezugsberechtigt sind, und das Kapital des Bundes ausgebraucht sein sollte, Unterstützungen nach statutarischen Bestimmungen aus den neuen Verbandsmitteln weiter zu gewähren.

Allen zum neuen Verbande übertretenden Bundesmitgliedern müssen dann sämtliche vorher bezahlten Beiträge angerechnet werden.

Bei eingetretener Krankheit oder Invalidität solcher Mitglieder werden jedoch diese Unterstützungen zunächst von dem alten Bundesvermögen gewährt.

Ueber alle weiteren, hier nicht vorgesehenen Fälle hat der Hauptvorstand in Gemeinschaft mit der Kontrollkommission zu entscheiden und geeignete Maßnahmen zu treffen.“

## Aus Industrie und Handel.

### Der Zusammenbruch in der Kaliindustrie.

Bereits vor ungefähr einem halben Jahre begann es in der Kaliindustrie zu kriseln, teilweise infolge natürlicher Einzelkatastrophen (Verwerfungen im Schacht „Zufus“ bei Wolprieshausen, Wasser-eintritte bei Wilhelmshall-Deilburg usw.). Die Spulentalentitätigkeit der letzten Jahre hat nun zu einem regelrechten Knack geführt. Der „solbrite“ Reichtum, und die zahlreichen Kleinrenten und „Sparer“, die ihr Geld zu den neuen spekulativen Unternehmungen hergegeben haben, sind in Zeit von wenigen Wochen arme Leute geworden. Die Verluste der Genossen in Kalilagerungen werden schon auf viele Millionen geschätzt, und die Karte färbt weiter.

Die Kleinen sind wieder mal die dummen. Die Werke, die teilweise noch nicht fertiggestellt sind, bekommen das für den Weiterbau erforderliche Geld nicht, die Papiere werden weiter entwertet und die blühenden Augen sind nicht einmal verlässlich, wie sollen da die oft großen Verbindlichkeiten bei den Banken gelöst werden? Nach einer Auffassung im „Hannoverschen Courier“ hatte der Kaliallah im letzten Jahre einen Wert von 92 Millionen Mark, die sich auf 35 Syndikatswerke verteilen. Für das laufende Jahr und das Jahr 1908 dürften nicht weniger als 25 Werke förderfähig werden, im Jahre 1909 werden voranschaulich acht Werke hinzutreten, so daß sich bis dahin die Zahl der förderbaren Werke etwa verdoppelt hätte. Dem kann der Wagnis nicht folgen und die großen Syndikatsherren haben jedenfalls ganz recht, anzunehmen, daß sie im freien Konkurrenzkampf mit den neuen, meist Reinen und kapitalstarken Werken einen größeren Anteil ergattern, als wenn sie diese Reinen alle mitessen lassen von der Tafel des Syndikats. Das Syndikat hat in seiner letzten Sitzung die Ausnahme aller neuen Werke abgelehnt, womit es seine Auflösung unvermeidlich gemacht hat. Die vom Syndikate an seine Mitglieder verhandte Mitteilung, daß die Schätzung des Jahresbedarfes nicht erreicht werden würde, war wohl nicht dazu bestimmt, zur Wiederbelebung der „Kalihoffnungen“ beizutragen. Wie die Lage heute bereits ist, zeigt der Umstand, daß einzelne Besitzer angehts der bevorstehenden Zinsen, die doch nicht vor dem endgültigen Verlust des „verbohrt“ Geldes schätzen, ihre Augen bereits vollkommen gratis abgeben wollten und sich für diese „Schenkungen“ nicht einmal Nehmer fanden! Die allgemeine Vorwarnung wirkt natürlich mit, um die Kalikrisis zu vertiefen und zu erweitern. Man könnte dem Wagnis der kapitalistischen Reueffis im Kalibergbau gleichmütiger zusehen, wenn nicht Arbeiter die Hauptleidtragenden wären. Hoffentlich werden sich die Kalilager noch in letzter Stunde nach Möglichkeit schätzen durch Anschluß an die Organisation.

### Margarinehandel.

Mit einer polizeilichen Maßnahme im Margarinehandel, die von den Beteiligten sehr unangenehm empfunden wird, beschäftigten sich die Vertreter der Kaufmannschaft in ihrer letzten Sitzung. In der letzten Zeit ist in Berliner Detailgeschäften das Feilhalten und der Verkauf von würfelförmiger Margarine in Kartonpackungen in zahlreichen Fällen beanstandet worden. Es wurde gefordert, daß die Infschrift „Margarine“ auf den Kartons in einer mindestens 15 Zentimeter langen Umrahmung angebracht werde, obwohl diese Anbringung wegen der geringen Breite der Kartons nicht möglich ist. Dieses Vorgehen der Polizei hat in den Kreisen des Margarinehandels und der Margarinefabriken eine große Beunruhigung hervorgerufen und droht den Einzelverkauf von Margarine in Kartons zugunsten des Verkaufs aus dem Hause zurückzudringen, was weder im Interesse des Publikums gelegen ist, noch vom Gesetzgeber beabsichtigt war. Die Vertreter der Kaufmannschaft beschlossen, für eine Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Margarinegesetz einzutreten, damit die Länge der Infschrift „Margarine“ auf den Kartons keinerlei Beschränkungen mehr unterliegt. Gleichzeitig soll der Kultusminister um eine Anweisung an die Polizeiverwaltungen gebeten werden, daß von Strafentwürfen Abstand genommen wird, so lange die angeregte Beschlußfassung des Bundesrats noch nicht erfolgt sei.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.  
Montag, den 8. April cr., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15 (Saal V):

## Vertrauensmänner - Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die diesjährige Maifeier.  
2. Bericht der Kommission.  
3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.  
Zur Beachtung! Es ist dringend erforderlich, daß in dieser Versammlung alle Betriebe vertreten sind.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Am pünktlichen Erscheinen wird erzuht. Die Branchenkommission.

## Am Sonntag, den 7. April, vormittags 10 Uhr: Urania-Vorstellung.

Zur Aufführung gelangt: „Die Feuergewalten der Erde“.  
Billets sind im Verbandsbureau zu haben.  
Die Ortsverwaltung.

## Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 8. April, abends 6 Uhr, bei Graumann,  
Rauhnstr. 27:

## Werkstatt-Delegiertenversammlung

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kalkulationskommission über die Geschäftslage im Verh.  
Referent: Kollege **Pipenhagen**. 141/9  
2. Bericht der Delegierten.  
3. Der 1. Mai.  
4. Organisationsangelegenheiten.  
Angeichts der wichtigen Tagesordnung müssen unbedingt alle Betriebe vertreten sein. Wo kein Delegierter vorhanden, muß ein anderer Kollege die Vertretung übernehmen.  
Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

### Den Mitgliedern zur Beachtung!

Auf Beschluß der Generalversammlung vom 17. März 1907 beträgt der Beitrag für die Dauer von 15 Wochen, und zwar von der 14. bis 26. Woche für männliche Mitglieder 75 Pfennig.  
Die Ortsverwaltung.

## Orts-Krankenkasse

der  
**Messerschmiede,  
Schwertfeger u. Ver-  
fertiger chirurg.  
Instrumente zu Berlin.**

Sonnabend, den 13. April 1907,  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Total Rosen-  
thalerstraße 11-12 bei Hempel:

## Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Revisoren über die  
Abnahme der Jahresrechnung.  
2. Verschiedenes.  
Die Herren Arbeitgeber sind hierzu  
eingeladen. 272/2  
Um zahlreiches und pünktliches Er-  
scheinen erzuht.  
Der Vorstand.

**Eine Mark**  
Wöchentliche  
Teilzahlung  
lieferbare, fertige  
Herren-  
Moden  
Ersatz für Mass.  
Kass-Anfertigung.  
Schnelle Verabreichung.  
Garantie tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg**  
An der Jannowitzbrücke 1, I.  
Direkt am Bahchof.

## Achtung, Herren-Maßschneider!

Heute Sonnabend, früh 10 Uhr, im Gewerkschaftshause:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
163/17 Die Ortsverwaltung.

**Etablissement-Anzeige.**  
— Grand-Restaurant mit Stadtküche. —  
Berlin N., Müllerstr. 142. Telefon: **Jul. Wernau.**  
Eröffnung: Anfang Juli 1907  
**Pharus-Säle.**  
(150, 1000, 1500, mit Garten bis 7000 Personen fassend.)  
Fünf Regeldampfen neuester Technik.  
Variété-Theater. Kunst-Konzerte. Tanz-  
Reunion. Säle zu Versammlungen und Hochzeiten!  
Sonnabende für Vereinsfestlichkeiten.  
Es empfiehlt sich  
**Jul. Wernau,**  
Amsterdamerstraße 22, I.  
26725



**Eine Mark**  
Wöchentliche Teilzahlung lieferbare  
elegante fertige 15323  
**Herren-Garderoben**  
Ersatz für Mass.  
Anfertigung nach Maass.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37, II  
Eingang Straßberger Weg.

**Spezial-Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
59 Moritzplatz 59  
Ecke Stallischreiberstraße.  
Nicht zu vergleichen mit Ab-  
zahlungs-Geschäften, welche  
Garderobe usw. führen.  
**Extra-Abteilung**  
verliehen gewesener Möbel.  
Wöchentliche oder monatliche  
Teilzahlung gestattet!

## „Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Bahnstation Zenthen. Besizer: **W. Heinrich.**  
Zur bevorstehenden Sommerreise halte ich mich meinen Vereinen,  
Fabriken, Schulen usw. bei Zuverlässigkeit aufmerksamer Bedienung bestens  
empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. —  
Säbelschneiderei. — Boote und Reinsigungen aller Art.  
39972\* Hochachtungsvoll **W. Heinrich.**

## Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116.

(Kein Laden) am Oranienplatz.  
**Hut und Mützen Engros-Geschäft**  
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50—7,00 Steife Herrenhüte v. 1,90—7,00  
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.  
Grösste Auswahl in Filzhüten, Cylindern, Strohhüten und Mützen.

## Was ist Reise-Cheviot?

Ein eleganter Anzugstoff in modernen echten Farben, reine Schafwolle, un-  
verwundbar, 160 cm breit, 3 Meter kosten 12 Mark franko. Direkter Versand  
nur guter Stoffarbeiten zu Auslagen, Diskonts, Kosten bei billigen Preisen.  
Jeder genauer Vergleich überläßt. Aus über 1000 Postorten liegen Nach-  
bestellungen u. Empfehlungen vor. Verlangen Sie Muster portofrei zur Ansicht.  
Wilhelm Boetzkus in Düren 223 bei Tachen.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

## Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 44112\*  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

## Anton Boekers Ball-Salon

Gabe noch Sonnabends und Sonn-  
tags Säle zu vergeben, auch sind  
Bereinszimmer in der Höhe frei.  
**Anton Boeker,** Behrenstr. 17,  
T.-N.: VII. St. 13414. 44252\*

# Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N. 39, Chausseestraße 70-71.

Von **Sonnabend, den 6. bis Freitag, den 12. April cr.** so lange Vorrat:

**Während der Umzugswoche**  
von Sonnabend, den 6., bis Dienstag,  
den 9. April cr. inkl. verabfolgen wir

**doppelte  
Anzahl  
Sparmarken!**

Wir geben sonst bei einem Einkauf von  
1 M. 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch  
**8 Sparmarken**

## Ein Waggon Porzellan

Porzellan weiß		Porzellan bunt	
Speiseteller tief und flach . . . . .	Stück 10, 18 Pf.	Kaffeesevice für zwei Personen . . . . .	98 Pf.
Dessertteller . . . . .	Stück 8, 12 Pf.	Kaffeesevice 9teil, für sechs Personen	1,95 M.
Suppenterrinen . . . . .	Stück 98 Pf., 1,25 M.	Tassen . . . . .	Paar 15 Pf.
Kartoffelschüsseln mit Deckel . . . . .	Stück 75, 98 Pf.	Milchtöpfe . . . . .	Stück 10 Pf.
Saucières . . . . .	Stück 48 Pf.	Teekannen . . . . .	Stück 25 Pf.
Bratenplatten oval, Stück 38 Pf. bis 1,25 M.		Zuckerdosen . . . . .	Stück 20 Pf.
Bratenplatten rund . . . . .	Stück 48, 65 Pf.	Kaffeetöpfe . . . . .	Stück 12 Pf.
Kaffeekannen 8 Größen, von 25 bis 98 P.		Kuchenteller . . . . .	Stück 28 Pf.
Portionstassen . . . . .	Paar 18 Pf.	Kompotschalen . . . . .	Stück 7 Pf.
Teller massiv, für Restaurateure . . . . .	Stück 20 Pf.	Speiseteller flach . . . . .	Stück 25 Pf.
Tassen massiv, für Restaurateure, Paar	15, 20 Pf.	Dessertteller mit Goldstern . . . . .	Stück 18 Pf.
<b>Ein Posten Waschservice</b> gr. Form von 2,95 bis 6,75 M.		<b>Tafelservice</b> fein dekoriert Porzellan, für 6 Personen	15,50 M.

## Seifen

Harzkernseife hell . . . . .	Riegel — 5 Stk. 40 Pf.	Stein's Lanolin-Seife sparsam und mild, ca. 160 gr. . . . .	3 Stk. 48 Pf.
Harzkernseife dunkel . . . . .	Riegel ca. 2 Pfd. 50 Pf.	Stein's weiße Fliederseife . . . . .	3 Stk. 45 Pf.
Transparent wie Eschwager Seife . . . . .	5 Stk. 45 Pf.	San Remo-Veilchenseife 6 Stück in einem eleganten Karton ver- packt, reich mit Goldschrift vers. Kartons	90 Pf.
Beste Palm-Oel-Oberschale . . . . .	Riegel ca. 2 Pfd. 60 Pf.	Bay-Rum vorzügliches Kopfwasser, zur Stärkung der Kopfnerven . . . . .	gr. Fl. 65 Pf.
Stein's Waschkraft ist bestes Seifenpulver . . . . .	3 Pak. 48 Pf.	Zierkerzen gedreht und mit reicher Goldverzierung . . . . .	Stk. 10 Pf.

Deutscher Handelstag.

Das Präsidium des Deutschen Handelstages beruft zum 8. und 9. April eine Vollversammlung des Deutschen Handelstages nach Berlin.

Der Vollversammlung geht am Montag, den 8. April, eine Ausschussung voran, die sich u. a. mit der Fleischsteuerung beschäftigt wird.

Das Präsidium wird dem Ausschuss folgende Erklärung unterbreiten:

Der Ausschuss des Deutschen Handelstages spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die in seiner Sitzung vom 20. November 1906 aufgestellten Forderungen zur Abhilfe gegen die Fleischsteuerung nicht erfüllt worden sind.

Der vom Bundesrat beschlossene, am 12. November 1906 dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Gesetzes betreffend gewerbliche Berufsvereine kann nicht als befriedigende Lösung der ihm zugrunde liegenden Aufgabe betrachtet werden.

Die Erteilung der Rechtsfähigkeit an Vereine unter Anschließung der Befugnis der Verwaltungsbehörde zum Einspruch wegen Verfolgung politischer oder sozialpolitischer Zwecke und unter Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften der Landesgesetze, nach denen ein Verein unerlaubt ist oder verboten werden kann, weil er einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt oder ohne obrigkeitliche Genehmigung errichtet ist, sollte nicht in der Beschränkung auf gewerbliche Berufsvereine, sondern in grundsätzlicher Weise allgemein geregelt werden.

Die nach dem Gesetzentwurf mit der Erlangung der Rechtsfähigkeit verbundenen Vorteile sind nicht so groß, daß sie die Nachteile aufwiegen, die aus mehreren Vorschriften des Entwurfs für den Verein entstehen. Zu diesen Vorschriften gehört namentlich die Beschränkung des Vereins auf Angehörige desselben Gewerbes oder verwandter Gewerbe, die Bestimmung, daß die Interessen, deren Wahrung und Förderung der Zweck des Vereins ist, mit dem Zweck seiner Tätigkeit unmittelbar in Beziehung stehende gemeinsame gewerbliche Interessen sein müssen und Unterstützung nur an Mitglieder gewährt werden darf, sowie die Ausdehnung der Verwaltungsbehörde mit zu weit gehenden und nicht genügend umgrenzten Befugnissen gegenüber dem Verein.

Für den Fall, daß ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet wird, ist einerseits auf die Beseitigung der bezeichneten und anderer Mängel Bedacht zu nehmen, andererseits daran festzuhalten, daß mit den Rechten des rechtsfähigen Vereins die nach dem bürgerlichen Gesetzbuch für ihn bestehenden Pflichten, insbesondere hinsichtlich der Haftung für seine Vertreter, verbunden bleiben.

Bezüglich des Börsengesetzes soll der Vollversammlung folgender Antrag unterbreitet werden:

Der am 29. November 1906 dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Gesetzes betreffend die Änderung des Abschnittes IV des Börsengesetzes enthält zwar einige Verbesserungen der geltenden Bestimmungen, namentlich in bezug auf die Rechtswirksamkeit von Schuldenerkenntnissen und Sicherheitsbestellungen; er bleibt aber, indem er die vom Deutschen Handelstag in seiner Vollversammlung vom 24. März 1904 geäußerten Wünsche zum größten Teile unberücksichtigt läßt, hinter den Anforderungen weit zurück, die zur völligen Gesundung des Handels in Wertpapieren und in Getreide gestellt werden müssen.

Bezüglich „Zeichenschutz“ wird die Kommission betreffend Patente, Musterzeichenschutz der Vollversammlung ebenfalls eine Erklärung vorschlagen.

Der Kampf gegen Kinderergärten.

Der ungeheuerliche Eingriff in die Rechte der Kinder auf Entfaltung ihrer geistigen Fähigkeiten durch die von uns am 31. vorigen Monats mitgeteilte Verfügung der Potsdamer Regierung wird von der Presse fast durchweg mit mißbilligendem Kopfschütteln aufgenommen. Eine Ausnahme macht die unter freisinniger Firma besonders reaktionär tobende Charlottenburger „Neue Zeit“.

Die Regierung in Potsdam hat der Vorsitzenden des Vereins „Freier Kindergärten“, Frau Tom Sukmann, der Gattin des Augenarztes Dr. Sukmann in Charlottenburg, die Konzeption entzogen, so daß der Kindergarten nicht mehr fortgesetzt werden darf. Die Konzeptionsentziehung erfolgte gleichzeitig für den „Freien Kinderhort“, da auch diese Einrichtung nach den Feststellungen der Behörde der Förderung politischer Bestrebungen dient.

Nicht eine einzige Tatsache vermag also die ehrenwerte liberale Charlottenburger „Neue Zeit“ dafür anzuführen, daß jemals versucht ist, im Kinderhort die Kinder für die politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu beeinflussen. Die Charlottenburger „Neue Zeit“ weiß, daß es ein Unding wäre, solche Bestrebungen in Kinderergärten einzuführen. Sie weiß, daß der Verein aus pädagogischen Gründen, entsprechend seinen statutarischen Grundfätzen, strengste Neutralität in politischen und religiösen Dingen beobachtet hat. Sie weiß das und deshalb vermag sie auch nicht die geringste Tatsache dagegen anzuführen. Statt der Tatsachen wartet die liberale „Kultur“-Pflanze nach berühmtem Muster mit Verdächtigung auf. Ihre Leser muß sie für besonders dumme Geldverstergläubige halten. Sonst könnte sie es schwerlich wagen, den Hofsvolus — Geschwindigkeit ist keine Serecei — zu verüben, die lieben Spießbürger durch die Mitteilung gruselig zu machen: die Hauptbeteiligten seien böse Gottseibeiuns, wirkliche, echte Teufel von Sozialdemokraten. Wie abgrundtief ist der Liberalismus gesunken, wenn sein Charlottenburger Hauptorgan in einer so tief wichtigen Frage es wagt, ein schmachvolles Unrecht durch die Anführung zu beschönigen: es trifft ja nur Sozialdemokraten, wenn

es wahr wäre, daß der „Freie Kinderhort“ und der „Freie Kinderhort“ nur oder hauptsächlich von Sozialdemokraten geleitet wird, so läge auch noch nicht die geringste Verächtigung für den von der „Neuen Zeit“ zu rechtfertigen versuchten Eingriff vor. Sozialdemokraten haben dasselbe Recht wie alle anderen Staatsbürger. Ein Beamter, der deshalb, weil Sozialdemokraten „Hauptleiter und Redner“ in einem Verein „Freier Kindergärten“ sind, den Kinderhorten verbietet, verlegt auf das flagranteste die Verfassung, nach der „vor dem Gesetz alle Preußen gleich“ sind, und damit den von ihm auf Beobachtung der Verfassung geleiteten Eid. Und bei solcher, freilich nicht strafbaren Eidesverletzung leistet das ehrenwerte Charlottenburger Organ Helfers- und Beherdendienste. So treibt die liberale Charlottenburger „Neue Zeit“ Schindluder mit den Prinzipien, die ihre Liberalen sonst wenigstens mit den Lippen, wenn auch nicht stets mit dem Herzen verteidigen.

Die Charlottenburger „Neue Zeit“ spottet ihrer selbst und weiß nicht wie. Einmal da sie den Morassack der widerwärtigsten reaktionären Geuchler verteidigt: ein Unrecht wird je nach der Person, der es zugesagt wird, zum Recht. Des ferneren, weil dem „Freien Kinderhort“ eine gewisse Anzahl bürgerlicher, auch liberaler Frauen und Männer angehören, die gemeinsam mit Sozialdemokraten in selbstloser Weise für die kulturelle Idee des Vereins wirken, den die „Neue Zeit“ mit Schmutz zu bewerfen die Liebenswürdigkeit hat. Wir führen von solchen bekannteren liberalen Persönlichkeiten, die dem Verein angehören, z. B. an: Professor Förster und die Pastoren Naumann und Köpcke.

Die Charlottenburger „Neue Zeit“ genießt bei dem übergroßen Teil selbst der liberalen Presse einen Teil des Mäßes von Verachtung, das seine Haltung rechtfertigt. Wir hätten die Neuerung des Charlottenburger Organs schon deshalb mit Stillschweigen übergehen können, wenn nicht das Auftreten der Charlottenburger „Neuen Zeit“ gerade in dieser Frage so deutlich zeigte, welcher Partei in Preußen die Kulturbarbaren angehören, die selbst einer Mißhandlung der Rechte von Kindern das Wort reden. Vieber ein bornierter rücksichtsloser, unreaktionärer, aber offener Konterbattiver als ein solcher „Liberalismus“.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Im sechsten Kreis sieht uns das Lokal „Paul Dligos Festhalle“ (früher Bernaus Festhalle), Schwedterstr. 23/24, nach wie vor zu allen Versammlungen zur Verfügung, dagegen wird uns das Lokal „Vereinshaus“, früher „Gästehaus“, Chausseestr. 88, verweigert. Pflicht der Parteigenossen ist es daher, allen dortigen Veranstaltungen fern zu bleiben.

Richtigstellung: In der Lokalliste muß es unter Riebeckhne-Abbau heißen: „Zum Sportschau“, Ziegenhals, M. Rörchel, Restaurant Ziegenhals“, Gult. Heiß. Bitte auszuscheiden und der Lokalliste beizufügen.

Die Lokalkommission.

Zernsdorf. Der Wahlverein von Zernsdorf und Umgegend hält am Sonntag, den 7. April, nachmittags 4 Uhr, seine Mitglieder-Versammlung ab.

Treptow-Baumfischweg. Parteigenossen! Am Sonntag, den 7. cr., früh findet eine „Vorwärts“-Agitation statt. Die Genossen wollen sich pünktlich in den bekannten Lokalen zur Verfügung stellen.

Am Montag, den 8. cr., abends 8 1/2 Uhr, findet in Speers Festhalle, Baumfischweg 78, eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: „Die Typhusepidemie und die Treptower Gesundheitskommission“. Referent: Stadterordneter Genosse Dr. Alfred Bernstein.

Parteigenossen! Es ist Pflicht eines jeden, in dieser Versammlung zu erscheinen und für regen Besuch zu agitieren. Der Herr Amtsvorsteher Schablow sowie die anderen Mitglieder der Gesundheitskommission sind besonders eingeladen worden. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Was wird geboten?

In Auktionslokalen hat Berlin keinen Mangel und noch weniger an Auktionen, die heute hier, morgen dort abgehalten werden. In den ständigen Auktionsstätten gehört die Pfandkammer in der Neuen Schönhauserstraße. Nach Passieren einer gewölbten Hausdurchfahrt gelangt man in einen langgestreckten, ziemlich schmuggen und schlecht gepflasterten Hof, dessen scheinbare Verwahrlosung freilich nicht wundernehmen darf, da es hauptsächlich als Standort für die zu versteigerten Fuhrwerke und sonstigen größeren Vehikel dient. In diesem Hofe bemerkt man auf der rechten Seite fünf durch Tafeln kenntlich gemachte Auktionslokale, immer zwei miteinander verbunden, nur durch eine Tür getrennt, in einer langen, niedrigen, in Rohbau ausgeführten stark verwitterten Barade, die Spuren vieler Abnutzung tragend, an die Siebel vierstöckiger Wohnhäuser angelehnt sich hinzieht, während auf der linken Seite ein sechstes Lokal isoliert steht.

Schon auf dem Hofe bewegt sich eine merkwürdige Gesellschaft. Außer den ständigen Gästen, den Altwarenhändlern, die sich gegenseitig kennen und bezüglich der abzuschließenden Käufe in einem stillen Einverständnis handeln, sieht man da auch junge Leute, zum Teil auffallende Individuen, die Gelegenheitsgeschäfte betreiben, sogenannte „Repper“, mit meistens einem Zutreiber, vor denen man auf der Hut sein muß, will man sich nicht etwas aufreden lassen und schließlich auf einen scheinbaren Wert hineinfallen oder gar gefälschte oder auf gestohlene Uhren usw. gelöste Pfandscheine einkaufen. Kenner fallen darauf nicht so leicht hinein, aber mit den Reppergerigen, die stets da zu finden sind, läßt sich noch immer etwas machen.

Unentschlossen und mit einem unbehaglichen Gefühl stehen wir vor dem Eingang zu einem solchen „Auktionslokal“, das mit seinen mißfarbenen, dunklen und schmuggen Wänden und durchaus nicht nach Patschull duftend einen wenig einladenden Eindruck macht. Doch wir überwinden die anfängliche Abneigung, treten ein und mischen uns in das Gewühl der „Interessenten“, die zumeist schon vor Beginn der Auktion anwesend sind und die ausgestellten Sachen auf ihren Wert

beaugenscheinigen, kritisieren und tagieren. Das ist nicht einmal so leicht und verlangt Routine. Denn die Händler haben damit zu rechnen, daß sie vor dem Wiederverkauf Ausbesserungen vornehmen müssen; daß ein Stück vielleicht lange auf Lager bleibt, ehe es weggeht. Und das Geld muß „rollen“, das ist auch bei ihnen die Hauptsache. Freilich, wer sein Geschäft versteht, der kann in ein paar Jahrzehnten ein gemachter Mann sein.

Der Raum, in dem wir uns befinden, ist ungefähr 10 Meter lang und 8 Meter breit, mit drei recht „betäubten“ Fenstern, die wohl lange keinen Schwamm mehr gesehen und grau in grau so recht zu dem ganzen Innern passen. 2-3 Meter des Raumes gehen in der Länge für den Versteigerungstisch ab, in ziemlich Manneshöhe die ganze Breite des Raumes einnehmend; sowie den Privatraum des jeweilig antretenden Gerichtsvollziehers, der, seiner Würde voll bewußt, an einem besonderen Tische sitzt, in der linken Hand das Zepter — wollte sagen den Hammer — und mit der rechten Hand seine Bemerkungen in das Registriertuch einträgt. Vor ihm präsentiert sich sein Ausrufer, der eigentliche Versteigerer in blauer Bluse.

Unter Knuffen und freundschaftlichen Rippenstößen, was hier gar nicht auffällt, hat man sich bis nach der hohen Tafel vorgearbeiten, die durch ihre starke Abgenutztheit davon zeugt, wie viele Geschäfte schon über sie hinweg abgewickelt worden sind. Wie viele Millionen an Geld und Wert mögen schon über eine einzige solche Tafel gewandert sein!

Natürlich wird hier alles mögliche versteigert und zwar wird unterschieden zwischen freiwilligen und Zwangsversteigerungen. So manche kleine Wirtschaft, die hier im Wege der Zwangsversteigerung losgeschlagen wird, könnte uns erzählen, wie viel Tränen geflossen sind, als sie dem bisherigen Inhaber abgenommen wurde, wie vielleicht der Steuerheber wegen rückständiger Steuern, der geringe Hauswert wegen schuldiger Werte den Gerichtsvollzieher mit rücksichtsloser Einziehung seiner Forderungen beauftragte.

Aber beobachten wir einmal eine solche Versteigerung. Eben ist der Artikel „Wein und Liköre“ daran. In Batterien aufmarschiert blinken uns die Flaschen mit vielversprechenden Etiketts von der hohen Tafel entgegen. Nun, auf Echtheit wird ja keine Garantie geleistet! Jetzt reicht der Versteigerer zehn derselben mit feinsten Vorbeurteilung hervor und stellt sie in Reih und Glied auf.

„Was wird darauf geboten?“ Nachdem nun aus einem oder zwei Gläschen abwechselnd der gehörige „Probeschluck“ genommen ist, geht der Handel an. „Vier Mark!“

„Vier Mark zum Zweitritt! Vier Mark zum Zweittritt!“

„Oho! Zum Zweitritt? Ach so, „zum zweiten und dritten“ soll es heißen, bemerken wir lächelnd.

„Und fünfzig!“

„Vier Mark 50! Zum zweidritten! Vier Mark 50 zum zweidritten!“

„Und fünfzig!“

„Fünf Mark! Fünf Mark zum zweidritten! Fünf Mark zum zweidritten!“

„Und zehn!“

„Fünf Mark 10 — zum zweidritten! — — —“

Und so wird es bis zu fünf Mark 90 getrieben; da endlich schlägt der Würbevolle mit dem Hammer auf den Tisch, der Name des Letztbietenden wird festgestellt, welcher alsbald den gebotenen Betrag zu bezahlen hat, und sofort erscheint ein dienstbarer Geist, um die Flaschen nach seinem vorläufigen Platz, einem Winkel der Vude, zu schaffen und einer neuen Auflage Platz zu machen.

Unterdessen hat sich nach dem Ausgange hin ein sonderbarer Zwischenhandel etabliert. Hier werden die eben gekauften Flaschen sowie vorher erstandene Zigarren den Neugierigen angepriesen und im einzelnen wieder losgeschlagen verkauft.

Teils ist dieses ganze Treiben dem kritisierenden Reuling spahhaft, teils widert es ihn an, dieses Hasten und Jagen nach Erwerb. Und doch ist heutzutage so mancher darauf angewiesen, sich auch auf solche Art eine Existenz zu schaffen. So viele verlassen sich auf des Zufalls Wälten und hoffen, daß ihnen das Glück hold ist.

Wer den Berlinern die schlechteste Milch liefert,

darüber ist in den letzten Jahren viel hin und her gestritten worden. Im Milchrieg haben die einander bekämpfenden Parteien, die Milchzentrale wie die Milchhändler, sich alle Mühe gegeben, die Milch des Gegners als minderwertig zu denunzieren. Zwischen diesen Parteien standen aber noch ein paar andere Milchinteressenten: die Meierei C. Wölle und die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Als die Warnung der Gesellschaft vor der von den Milchhändlern importierten dänischen Milch von der Milchzentrale als Agitationsmittel gegen die Milchhändler ausgenutzt wurde, antworteten diese mit „Enthüllungen“ über das Ergebnis der in Volles Laboratorium ausgeführten Untersuchungen von Milch, die aus den der Gesellschaft angeschlossenen Molkereien entnommen sein sollte. Da hatten wir dann nebeneinander und durcheinander alle vier Interessenten, die im Milchrieg eine Rolle spielten.

Das Geheimnis jener Milchuntersuchungen wurde endlich aufgeklärt — so schien es wenigstens — durch den Beleidigungsprozeß Engel-Wongert, über den wir kürzlich berichteten. Dr. Engel behauptete vor Gericht, die Untersuchungen von Milch aus hiesigen Molkereien seien zwar in dem Laboratorium der Meierei C. Wölle von ihrem damaligen Angestellten Tierarzt Wongert ausgeführt worden, jene später veröffentlichten Untersuchungsergebnisse seien aber schon in der Zeit vor Gründung der Gesellschaft gefunden worden. Wongert bestritt das nicht, und so mußte die Behauptung als Tatsache hingenommen werden. Jetzt kommt aber Herr C. Wölle und teilt der Wochenschrift „Medizinische Reform“ mit, die betreffenden Molkereien seien ja dem Verzeihnis entnommen worden, das dem Aufruf der Gesellschaft beigegeben war. Die Untersuchungen, sagt er hinzu, seien in seinem Auftrage ausgeführt worden. Früher ausgeführte Untersuchungen seien bei seiner Bekanntschaft der Stallungen, in denen tuberkulöse Kühe ermittelt wurden, nicht benutzt worden. Die Redaktion der „Medizinischen Reform“ hat Volles Erklärung vor der Drudlegung Herrn Wongert gestellt, um ihm Gelegenheit zur Gegenäußerung zu geben. Wongert hat aber geantwortet, er verzichte auf Gegenäußerung. Er begründet die Ablehnung damit, daß der von dem Blatt gebrachte Bericht über seinen Beleidigungsprozeß ihm zugunsten Engels gefärbt erschienen sei. Es ist



**Nixdorf.**  
Ein Baumfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich gestern vormittag auf dem Peterischen Neubau, Neuterstr. 69. Dort war der im Alter von zwanzig Jahren stehende Zimmerer Krause, Warschauerstraße wohnhaft, in der vierten Etage mit dem Hochwinden eines Balkens beschäftigt, als er plötzlich von der Brange in die Tiefe geschleudert wurde. Ob den Verunglückten beim Aufwinden die Kräfte verlassen haben oder der Unfall auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen ist, konnte nicht ermittelt werden. Der Unglückliche starb sofort und wurde dem Schauhause in Berlin zugeführt.

**Schöneberg.**  
Von einem Möbelwagen überfahren wurde gestern abend der achtjährige Schüler Kunze aus der Luisenstraße 12. Mit anderen Spielfreunden hatte sich der Knabe an die Deichsel eines Möbelwagens angehängt. In der Ecke der Luisen- und Martin-Lutherstraße stürzte er von der Deichsel herunter und der nachfolgende Wagen ging über ihn hinweg. Beide Unterschenkel wurden dem Kinde gebrochen. Er fand im Schöneberger Krankenhaus Aufnahme.

**Lichtenberg.**  
Die „Soziale Einsicht“ unserer „bürgerlichen“ Gemeindevorsteher kam während der Etatberatung zur Geltung. Die Sozialdemokraten stellten bei dem Titel „Schulärzte“ den Antrag, die Untersuchung der Kinder durch Spezialärzte — Augenärzte, Zahnärzte — vornehmen zu lassen. Hieran wurde entgegengetreten, die Augenuntersuchung könne von jedem praktischen Arzte vorgenommen werden, die Zahnpflege aber sei Aufgabe der Eltern, man könne doch diesen nicht die ganze Erziehungspflicht abnehmen!

Der Gemeindevorstand hat die Stelle eines besoldeten Schöffen ausgesprochen. Die Bewerber sind verpflichtet, bei der Stadtwahl eventuell eine Stadtratsstelle anzunehmen.

**Erkner.**  
Infolge einer unglücklichen Weite hat sich in Erkner ein schwerer Unglücksfall ereignet. Dort hatte ein Kutscher des Fuhrherrn Schwenn mit mehreren Freunden vorgestern abend eine amerikanische Luftschiffahrt besichtigt und bemerkt, daß er besonders hoch schwingen könne. Er setzte nur den Schaufellahn in so starke Bewegung, daß plötzlich das eine Seil riß und der Kutscher, der trotz Verbotes in dem Boote geblieben war, in weitem Bogen auf die Erde geschleudert wurde. Der Verunglückte wurde in besinnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus in Fürstentum übergeführt, wo schwere innere Verletzungen festgestellt wurden.

**Reinickendorf.**  
Aus dem Fenster des zweiten Stockes gestürzt ist am Donnerstagvormittag das fünfjährige Schöhnchen der Eheleute Saworski, Justusstraße wohnhaft. Die Frau S. hatte den Kleinen allein in der Wohnung gelassen, um Einkäufe zu besorgen. Während ihrer Abwesenheit kletterte der Kleine auf die Fensterbrüstung, beugte sich zu weit aus dem Fenster heraus und stürzte, das Gleichgewicht verlierend, aus der Höhe der zweiten Etage auf das Straßenpflaster hinab. Schwer verletzt wurde das Kind nach dem Kinder-Krankenhaus gebracht, wo es hoffnungslos daniederliegt.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich vorgestern abend in der Seestraße, Ecke der Residenzstraße, zugetragen. Die 68jährige Näherin Paula Lindner überschritt an der genannten Stelle den Fahrdamm und bemerkte dabei nicht, daß ein Privatautomobil in diesem Augenblick herannahete. In ihrer Angst vermochte die L. nicht mehr auszuweichen und lief direkt gegen das Kraftfahrzeug. Sie wurde von den Rädern erfasst und erlitt schwere innere und äußere Verletzungen. In bewußtlosen Zustande wurde die Bedauernswerte nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo sie die erste Hilfe erhielt, und dann nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

## Gerichts-Zeitung.

Die Wahrheit zu sagen ist stets strafbar.

Die Klassenjustiz treibt allerorten wunderliche Blüten. Selbst unser reaktionäres Strafgesetzbuch betont, daß eine Verleumdung in der Behauptung einer erweislich wahren Tatsache nur liegen kann, wenn aus der Form der Behauptung oder aus den Umständen, unter

denen die Wahrheit gesagt wurde, die Absicht der Verleumdung hervorgeht. Eine Verleumdung ist ferner ausgeschlossen, wenn die sonst beleidigende Handlung in Wahrnehmung berechtigter Interessen erfolgt. Rechtspflegeorgane, die nicht vom und aus dem Volke gewählt sind und aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammengesetzt sind, können diese aus dem Recht und der Notwendigkeit, die Wahrheit zu schütten, folgenden Grundsätze nicht unparteiisch anwenden. Dabei ist es nicht mehr auffällig, wenn auf Gebieten, wo Arbeiterinteressen in Frage stehen, von Tag zu Tag mit der wachsenden Jähzornigkeit der Gegenstände krasser Urteile gezeitigt werden, die dem gesunden Rechtsbewußtsein entgegenstehen. Ueber ein solches Urteil, das dieser Tage in Hannover gefällt wurde, wird berichtet: Ein Arbeiter, der während eines Streiks seinen Arbeitskollegen in den Rücken fällt, handelt als Verräter der Arbeiterinteressen. Sagt ihm das ein Arbeiter, so spricht er, noch dazu in Wahrnehmung berechtigter Interessen, die Wahrheit aus. Ihn wegen dieser Äußerung als Verleumdung zu bestrafen, heißt, die Unaufrichtigkeit und den Verrat zum Grundgesetz unserer Rechts- und Staatsordnung erheben. Und doch ist in Hannover ein Arbeiter wegen Verleumdung bestraft, der einen Streikbrecher nicht Verräter nannte, sondern nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen als — Streikbrecher im Verein bezeichnete. Der Fall lag wie folgt:

Während des Streiks der Arbeiter der Gummitann-Compagnie haben zehn ältere Arbeiter, die Mitglieder der Unterstützungskasse der Kammschleifer waren, vor Beendigung des Streiks die Arbeit wieder aufgenommen. In einer Versammlung der genannten Unterstützungskasse wurden diese zehn Mitglieder ausgeschlossen. Der Vorsitzende, Arbeiter Wilhelm Wagner, erklärte vor Eintritt in die Verhandlung: Er fordere die Streikbrecher auf, die Versammlung zu verlassen. Die drei anwesenden Arbeiter Ahrens, Söndmeyer und Brinkmann stellten daraufhin Strafantrag wegen Verleumdung. Der Angeklagte Wagner betraf sich auf die Wahrnehmung berechtigter Interessen und betonte, daß die genannten Kollegen ja wirklich streikbrüchig geworden waren. Das Schöffengericht Hannover sprach ihm indes die Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht zu, betonte, daß der Angeklagte sich hätte anders ausdrücken können, der Ausdruck Streikbrecher sei stets beleidigend. Es erkannte auf 20 M. Geldstrafe eventuell vier Tagen Gefängnis und Publikationsbefugnis. Dies Urteil kann vor den höheren Instanzen schwerlich Bestand behalten.

### Eine folgenschwere Schießaffäre

Beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts II. Wegen schwerer Körperverletzung mußte sich der 38jährige Arbeiter August Fleming vor dem Strafgericht verantworten. Der Angeklagte arbeitete mit einem Arbeiter Zimmermann zusammen in einer Fabrik, in welcher auch der Sohn des Fleming beschäftigt war. Zimmermann, der sich gern mit dem Angeklagten netzte und hänselte, ugte ihn eines Tages dadurch, daß er behauptete, der junge Fleming könne gar nicht arbeiten, da er zu dünn dazu sei. Als F. diese Redereien forsetzte, kam es in dem Arbeitsraume schon zu Tätlichkeiten, die jedoch wieder beigelegt wurden. Am Abend des 15. Dezember trafen sich die beiden Arbeitskollegen in einem Lokal in Schöneberg. Anfänglich ging alles noch gemächlich zu, erst als Zimmermann wieder mit seinen Redereien begann, drohte der Angeklagte, er würde ihm, wenn er damit nicht aufhöre, die Jacke voll hauen. Auf der Strafe kam es auf dem Heimwege zu einer Prügelei zwischen beiden. Wöylig riß der Angeklagte eine kleine Teschingpistole hervor und drückte mit den Worten: „Die Kugel ist für Dich!“ auf Zimmermann ab, der sofort mit einem lauten Aufschrei zu Boden stürzte und bewußtlos liegen blieb. Die Kugel, die nur wenige Millimeter Kaliber hatte, war unterhalb der Achselhöhle in den Körper des F. eingedrungen und hatte die Lungenspitze durchbohrt. Die Verletzung verschlimmerte sich durch das Hingutreten einer Pistole darauf, daß der Betroffene lange Zeit hindurch in Lebensgefahr schwabte und erst am Tage vor dem Termin aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte, da die Atemluft durch jene offene Wunde entweicht. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, er sei von Zimmermann zuerst angegriffen worden und habe nur in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Die Devis-

aufnahme ergab jedoch, daß F. ohne zwingende Notwendigkeit auf Zimmermann geschossen hatte. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren. Die Strafkammer zog in Betracht, daß der Angeklagte es nur der ärztlichen Kunst zu verdanken habe, daß er nicht unter der Auflage des Totenschlages vor dem Schwurgericht stehe. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen, welche die Tat des Angeklagten nach sich gezogen habe, gab das Gericht ergeblich über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und erkannte auf 2 1/2 Jahre Gefängnis. Zugleich wurde F., da mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe Fluchtverdacht vorlag, sofort in Haft genommen.

## Vermischtes.

**Grubenexplosion.** Wie aus Selsenkirchen berichtet wird, entstand gestern auf Zeche Dahlbusch in Schacht V nach einem Sprengschuß eine Explosion. Vier Bergleute wurden schwer verletzt.

**Sieben Häuser niedergebrannt.** In Blumenfeld, Amt Engen, sind, wie aus Konstanz berichtet wird, gestern nacht sieben Häuser abgebrannt.

**200 Morgen Wald verbrannt.** Wie aus München-Grabbach berichtet wird, zerstörte in Gangelst ein großer Waldbrand 200 Morgen prächtigen Kiefernwaldes.

**Große Besorgnis herrscht in Marseille** über den russischen Dampfer „Mothilde“, der bereits seit zwei Wochen überfällig ist. Man befürchtet, daß er während eines Sturmes untergegangen ist.

**Die Pocken.** In Triest sind in der Familie des Gepäckträgers Forstner die schwarzen Pocken ausgebrochen. Seitens der Behörden wurden die umfassendsten sanitären Maßnahmen getroffen. Man vermutet, daß die Seuche aus Frankreich oder Rußisch-Polen eingeschleppt worden sei.

**Ein Millionen-Defraudant.** In Mailand ist ein hoher städtischer Beamter nach Verübung großer Unterschlagungen zum Schaden der Stadt flüchtig geworden. Es soll sich um Millionen handeln.

Zwei Kesselrohrexpllosionen ereigneten sich einem Telegramm aus Portsmouth zufolge auf dem Schiffschiff „Dreadnought“ während der letzten Veruchsfahrten. Die erste Explosion im Gols von Kranci machte einen Kessel für den Rest der Fahrt unbrauchbar, die zweite ereignete sich auf der Heimreise von Trinidad; drei Heizer sind schwer verbrüht.

**Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung** für jedermann, SW. Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 8 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

**Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nixdorf-Bräu.** Sonntag, den 7. April, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Hoppe, Hermannstr. 49: Vereinsversammlung.

**Allgemeine Kranken- und Tierelände der Metallarbeiter.** G. S. 29 Hamburg. Filiale Berlin 5. Sonnabend, den 6. April abends 8 1/2 Uhr, bei Ball, Dragonerstr. 15: Mitgliederversammlung.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 7. April, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathause, Eingang Jüdenstraße, Saal 108: Versammlung, Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10 1/2 Uhr, in der Turnhalle der Schule Kleine Franzosenstr. 6: Vortrag des Herrn Wilhelm Bötsche über „Neue Forschungen über die Umwidlungsgeschichte der Erde“. Herren und Damen als Gäste sehr willkommen. — Sonntag, den 8. April, abends 8 Uhr, Schaffhausenstr. 39: Beschließende Versammlung (für Mitglieder mit weicher Legitimation). Tagesordnung: Wahlen.

**Parteigenossen aus dem Wahlkreise Steinau-Wehlau-Guhrau** wollen ihre Adressen an den Genossen Gustav Kunzendorf, Drangelstr. 14, gelangen lassen.

**Weiter-Prognose für Sonnabend, den 6. April 1907.** Kühl und nordwestlich trübe mit geringen Niederschlägen und solchen nordöstlichen Winden. **Berliner Wetterbureau.**

**Wasserstand am 5. April.** Elbe bei Mühlh. — Meter, bei Dresden + 1,02 sp. — Elbe bei Magdeburg 3,51 Meter. — Elbe bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rathbor 3,30 Meter. — Oder bei Dresden + 0,78 Meter. — Oder bei Brieg 3,66 Meter. — Neißebündung 3,21 Meter.

Hier den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Sonnabend, den 6. April.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. La Damnation de Faust.  
Neues Kgl. Opernhaus. Don Juan.  
Kgl. Schauspielhaus. Die Luftkutsch. Der Revisor.  
Kammertheater. Das Friedensfest.  
Neues Schauspielhaus. Weh dem, der lügt.  
Leistung. Die Stützen der Gesellschaft.

Anfang 8 Uhr.  
Berliner. Der Hund von Baskerville.  
Schiller-Theater (Wallner-Theater.) Weh dem, der lügt.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Traumulus.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Rathhaus-Theater.) Unsere Räte.  
Komische Oper. Faust's Verdammung.  
Sonnabend. Der Barbier von Sevilla.  
Zentral. Wiener Blut.  
Weihen. Die lustige Witwe.  
Nachmittags 3 Uhr: Jar und Zimmermann.  
Kleines. Gumburg.  
Neues. Der Dicht.  
Weihen. Haben Sie nichts zu verzollen?

Enthüllung. Hufarenfieber.  
Deutsch-Amerikanisches. Namzelle Ritouche.  
Thalia. Olympische Spiele. Nachtstern.  
Süßen. Der Trompeter von Säckingen.  
Nachmittags 4 Uhr: Lumpacivagabundus.  
Trianon. Bl. Josette — meine Frau.  
Bernhard Rofe. Der Pater von St. Michael.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Gedr. Herrfeld. Ein verrücktes Gold.  
Wintergarten. Cleo de Mörde.  
Spezialitäten.  
Apollo. Der Triumph des Weibes.  
Spezialitäten.

**Kasino.** Mid Carter. Spezialitäten.  
**Waldhalla.** Spezialitäten.  
**Sollies Caprice.** Eine Nacht in der Apotheke. Am Inspektionszimmer.  
**Figaro.** Geschlossen.  
**Intimes.** Eine vom Ballett. — Jaspentier.  
**Prater-Theater.** Geschlossen.  
**Palast.** Spezialitäten.  
**Vollage.** Mal was Anderes. Spezialitäten.  
**Nari Hausland.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sängerkorps.  
**Urania.** Landensstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Die Feuergefahren der Erde.  
Nachm. 4 Uhr: Sicilien.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67/69.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
4 Uhr: Sizilien.  
(Kleine Preise.)  
8 Uhr:  
**Die Feuergefahren der Erde.**

**Ferdinand Bonn's Berliner Theater.**  
Sonnabend, Sonntag, Montag:  
**Der Hund von Baskerville.**  
Anfang 8 Uhr.

**Neues Schauspielhaus**  
Anfang 8 Uhr.  
**Weh dem, der lügt.**  
Sonntag:  
**Gerthas Hochzeit.**

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Eine triviale Komödie für seriöse Leute.** (Gumburg.)  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtstern.  
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.  
Montag: Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Gumburg.)

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Weh dem, der lügt.**  
Lustspiel in 5 Akten von Franz Grillparzer.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Vogel im Käfig.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Im bunten Rock.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Narrenglanz.**

**Castans Panopticon**  
Friedrichstraße 163  
Stündlich: Leiden u. Tod Jesu. Kinematographische Vorführung.  
Von abends 7 Uhr ab:  
**Berliner Sänger.**  
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

**Zirkus Schumann**  
Heute Sonnabend, den 6. April 1907: Fortsetzung des Finales der großen internationalen

**Ringkampf-Konkurrenz**  
Von heute ab werden sämtliche angelegten Kämpfe bis zur Entscheidung  
ausgeführt. Heute ringen bis zur Entscheidung  
Chemjakin, Rußland und  
Omer de Bouillon, Belgien  
Paul Pons, Paris und  
Lassartesse, Bordeaux.

**St. Hubertus.**  
Heute keine erhöhten Preise.  
Sonntag 2 Galavorstellungen. Nachm. ein Kind frei.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.  
Große Extra-Vorstellung.  
**Anna Lise.**  
Schauspiel in 5 Akten von Gerf. W. S. Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Ehren- und Vorzugsstellen. Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

**Zirkus Busch.**  
Sonnabend, 6. April, 7 1/2 Uhr:  
Das vollständige große Gala-Programm  
Die neuengestrichen  
**Geschwister Foureaux**  
Francesco und Alberto.  
Ein Abend in der American Bar.  
Um 9 Uhr: **ROM.**  
Große Orig.-Auff. -Bantomine in 7 Bildern.  
Besonders hervorzuheben:  
Die Todesfahrt über die zerbröckelte Brücke.  
X **Radium-Ballett.** X  
Jehnhaute Licht- und Wasserspiele.  
Morgen Sonntag: 2 große Gala-Vorstellungen nachm. 4 Uhr, abends 7 1/2 Uhr. Jedes Kind unter zehn Jahren (außer Gallerie) halbe Preise.

**DERNHARD ROSE THEATER**  
St. Franziskusstr. 132.  
Besondere Vorstellung für  
**Frieda Huse.**  
Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Vollständig mit Gesang in 5 Akten von Anzengruber.  
Billettoverkauft von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.  
Morgen abend: Sherlock Holmes.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Dieb.**  
Sonntag und folgende Tage:  
**Der Dieb.**

**Lortzing-Theater**  
Bollenhainstr. 7/8.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Barbier von Sevilla.**  
Abonnements gültig!  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
Die lustigen Weiber von Windsor.  
Abends 7 1/2 Uhr: Der Freischütz.

**Zentral-Theater.**  
(Operette.) Täglich abends 8 Uhr:  
Gastspiel des Herrn Ed. Steinberger:  
**Wiener Blut.**  
Sonntag 3 Uhr: Der Bettelstudent.

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater  
Abends 8 Uhr:  
**Unsere Käte.**

**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen:  
**Lumpacivagabundus**  
oder: Das heiderliche Kleeblatt.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Trompeter von Säckingen.**  
Sonntag 3 Uhr keine Preise: Lenore oder: Die Grabesbraut. 8 Uhr: Lumpacivagabundus oder: Das heiderliche Kleeblatt.

**Intimes Theater**  
Dresdenerstr. 97.  
Gastspiel des  
**Budapester Burlesken-Ensembles.**  
Linée Wolf.  
„Eine vom Ballett.“  
„Bayrisches.“  
„Bunter Teufel.“

**Lustspielhaus.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Hufarenfieber.**  
**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.

**Haben Sie nichts zu verzollen?**  
Schwant in 3 Akten v. R. Hennequin und P. Weber.  
Robert de Tripsin: Kitz, Alexander.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

**Masaryk, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.**  
Kauchen überall gestattet.  
Sonntag, 7. April, nachm. 3 Uhr:  
**Auf in's Metropol.**

**Brunnen-Theater**  
Gesundbrunnen. Badstraße 68.  
Direktion: Bernhard Ross.  
Große Extra-Vorstellung.  
**Sherlock Holmes**  
Detektivkomödie in 4 Akten.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Abf. 8 Uhr.  
Morgen Sonntag 7 Uhr abends:  
Das Geheimnis der alten Mamsel.  
Montag, den 8. April Benefiz-Rosa Schöffel: Romeo und Julia.

**Kasino-Theater**  
Volksringstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Neu! „Nosemann“  
der beliebte aktuelle Humorist.  
Das vollständig neue April-Programm  
**Nick Carter.**  
Mid Carter, Detektiv; Dr. Hans Berg.  
Sonntag 4 Uhr: Redige Leute.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
 Besondere Theater des Westens.  
 Heute und jeden folgenden Abend:  
**Mamselle Nitouche.**  
 Anna Scurat und Edm. Löwe u. G.

**Trianon-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Fräulein Josette — meine Frau.**  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die  
 Liebeschänke.

**Folies Caprice**  
 Linienstr. 132, an der Friedländerstr.  
**Kolossal Erfolg!**  
**Eine Nacht**  
**in der Apotheke.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Vorverkauf an der Theaterkasse  
 und bei Berthel.

**WINTER GARTEN**  
  
**Cleo de Mérode**  
 Neues Programm.

**Passage-Theater.**  
 Jeden Abend 8 Uhr:  
 Das großartige  
**April-Programm!**  
**Ki-ta-fuku**  
 die beste Japaner-Truppe der  
 Welt.  
**Paul Corradini**  
 Berlins beliebtester Komiker  
 und die erstklassigen  
**14 Attraktionen 14.**

**Gebr. Herrnfeld-**  
**Theater** Vorwerk.  
 8 Uhr. 11-2 Uhr  
 57 Kommandantenstraße 57.  
 Die hübsch besetzte  
 Herrnfeldtruppe  
**Ein verrücktes**  
**Hotel.**  
 Komödie in 3 Akten mit  
 Anton und Donald Herrnfeld  
 in den Hauptrollen.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Palast-Theater.**  
 Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.  
 Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Der brillante April-Spielplan.**  
 u. a.: **Hassow u. Jenny**  
 Kugelläufer.  
**Alcide und Alberti**  
 Luftakt.  
**Die vier Cunas**  
 Damen-Quartett  
 und 10 erstklassige Nummern.  
 Familienkarten, wochentags zum  
 halben Preispreis gültig, in Barber-,  
 Toilette- u. Zigarettengeschäften gratis.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
 Neu:  
**Ballettschule**  
**Klappermatz.**  
 Verkleidete  
 F. Renzel.  
 Anfang  
 Hochentags  
 8 Uhr.  
 Sonntags  
 7 Uhr.

**Gustav Behrens-Theater.**  
 Schönberg-  
 Barik W., Goltz-  
 straße 9.  
 Nur noch  
 wenige Auf-  
 führungen der  
 jugendlichen  
 Operette:  
**Die lustige Witwe von**  
**Schöneberg.**  
 In Vorbereitung:  
 Die tolle Ausstattung-Verlesse:  
**Meschuggemann im**  
**Sündenpfl Berlin.**

**Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter**  
 Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin.  
 „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hof 15, II, Zimmer 13-17.  
 Arbeitsnachweis: Telefon-Amt IV, Nr. 3348. Bureau: Telefon-Amt IV, Nr. 4747.

**Mitglieder aus allen Branchen!**  
 Am Sonntag, den 7. April 1907, vormittags von 9 bis 1 Uhr, finden die  
 Wahlen der Delegierten zur Haupt-Generalversammlung in folgenden Lokalen statt:  
 1. Industrie-Gesellschaft, Deuthstraße 19/20. 5. Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23.  
 2. Donath, Schönfeinstrasse 6. 6. Verolina-Säle, Schönhauser Allee 28.  
 3. Wiemers, Bülowstraße 49. 7. Keller (Zuh. Freyer), Roppenstraße 29,  
 4. Kronenbrauerei, Alt-Modabit 47/48. Lunnel.

**Zu wählen sind 12 Delegierte.**  
 Die Wahl erfolgt in der Weise, daß den Mitgliedern am Eingang zum Wahllokal gegen Vorzeigung ihres  
 Mitgliedsbuches die Kandidatenliste ausgehändigt wird, welche folgende 20 Namen enthält:  
 18 Berner, August 4712 Nisch, Gustav 973 Bled, Adolf  
 66 Steinicke, Paul 26833 Knittel, Karl 12616 Nitsche, Otto  
 98 Meuer, Christian 672 Suchard, Emil 11063 Reinert, Rudolf  
 11952 Schülze, Paul 406 Philipp, Margarete 72 Utheß, Albert  
 3879 Fromke, Karl 168 Büchel, Fritz 20148 Reiz, Hermann  
 153 Schulz, Gustav 4881 Brinz, Hermann 4189 Walter, Hermann  
 13116 Bodin, Heinrich 8678 Lubowitzky, Paul

Gleichzeitig erhält jedes wählende Mitglied einen Stimmzettel, auf welchen  
 dasselbe 12 Namen von der Kandidatenliste auswählt und diese auf den Stimm-  
 zettel niederschreibt. Der Stimmzettel ist dann dem Wahlbureau zu übermitteln.  
 Stimmzettel, auf denen mehr als 12 Kandidaten vermerkt sind, sind ungültig. Ebenso  
 sind Stimmen, welche auf nicht vorgeschlagene entfallen, ungültig.  
 Als gewählt gelten diejenigen Kandidaten, welche die absolute Mehrheit der in allen  
 sieben Lokalen abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Zwischen denjenigen Kandidaten,  
 welche die absolute Mehrheit nicht erreichen, hat Stichwahl stattzufinden. Hierbei ent-  
 scheidet die relative Mehrheit.  
 Ein jeder kann seine Wahl in demjenigen Lokal ausüben, welches ihm am bequemsten liegt.  
 Die sich notwendig machenden Stichwahlen finden am Sonntag, den 14. April,  
 in derselben Zeit und in denselben Lokalen wie oben angegeben statt.  
 Die Ortsverwaltung Berlin II.

**Apollo**  
 Theater  
 9 1/2 Uhr Gastspiel des  
 Original-Bauern-Hunde-Theaters  
 von E. Morian.  
**Ein treulos Weib.**  
 Heute 9 1/2:  
**Der Triumph des Weibes.**  
 Vorher: Die  
 Spezialitäten-Attraktionen.

**Walhalla-**  
 Varieté-Theater  
 Weinbergweg 19/20, Rosenh. Tor.  
 Heute abend 8 Uhr:  
 Das neue April-Programm.  
 10 Pers. **Geni Family** 10 Pers.  
 Chronische Spiele zu Pferde.  
**Grete Gallus**  
 Charakter-Comedienne.  
 12 erstklassige Nummern 12.

**Steidl-**  
 Theater und Konzerthaus,  
 Brückonstr. 2 (a. d. Jannow-Str.)  
**Jubel! Jubel! Jubel!**  
**Bureau Piepenbrink**  
 und  
**Der 16. August.**  
 Anfang 8 Uhr. Vorher:  
**Militär-Konzert.**  
 Steidl-Restaurant:  
 Großes Militär-Konzert. Heute:  
 Garde-Dragoon. Dir. P. e. f. e.

**Sanssouci,** Kottbusser  
 Straße 4 a.  
 Direction Wilhelm Reimer.  
 Heute, Sonnabend, 8 1/2 u. abds.  
**Lané und Ney**  
 das berühmte Kautspirtisten-  
 paar werden neue Experi-  
 mente vorführen. Aufführung  
 ab. Spiritismus, Gedanken-  
 lesen, Ritters der Weltler,  
 Tischreden, Geandbeten re.  
 Entree 50 Pf., Reserviert 75 Pf.  
 an der Abendkasse.  
 Morgen Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger**  
 und Frühlingskränzen.  
 Dienstag: Theater-Abend.

**In neuer Auflage**  
 erschien:  
**Die Zukunft der Sozialdemokratie**  
 von J. Dietzgen mit einem Vorwort und Nachtrag.  
 Preis 20 Pf. Bessere Ausgabe 50 Pf.  
 Ferner empfehlen wir folgende Schriften von **Josef Dietzgen**:  
**Sozialdemokratische Philosophie.**  
 Eine Kritisserie.  
 Preis 30 Pf. Bessere Ausgabe 75 Pf.  
**Die Religion der Sozialdemokratie.**  
 Preis 25 Pf. Bessere Ausgabe 50 Pf.  
**Streifzüge eines Sozialisten**  
 in das Gebiet der Erkenntnistheorie  
 Mit einem Anhang:  
 Max Stirner und Josef Dietzgen  
 von Eugen Dietzgen.  
 Preis 30 Pf. Bessere Ausgabe 1 M.  
**Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit.**  
 Eine abermalige Kritik der reinen  
 und praktischen Vernunft  
 von Josef Dietzgen. Mit einem Vor-  
 wort von Anton Pannekoek.  
 Preis 1,50 M. Gebunden 2 M.  
**Das Acquisit der Philosophie**  
 und Briefe über Logik.  
 Speziell  
 demokratisch-proletarische Logik.  
 Zweite Auflage.  
 Preis 1,50 M. Gebunden 2 M.  
**Kleinere philosophische Schriften.**  
 Eine Auswahl.  
 Preis 2 M. Gebunden 2,50 M.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
 Lindenstraße 69, Laden. 233/13\*

Unerreicht  
 an  
 Wohlgeschmack  
  
**ZARI**  
 23  
 Cigarette  
 Cigarettenfabrik TUMA Dresden geg. 1876.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege Bärthelmacher  
**Max Pfand**  
 am Mittwoch, den 3. April, ver-  
 storben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend, den 6. April, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Halle des  
 St. Bartholomäus-Kirchhofes in  
 Weihenfeld (Hallenbergerstraße)  
 aus statt.  
 Regte Beteiligung erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

**Dauftagung.**  
 Allen denen, welche bei der Beer-  
 digung meines lieben Mannes, des Malers  
**Otto Bratow**  
 liebevolle Teilnahme bewiesen haben,  
 sage hiermit meinen herzlichsten Dank,  
 insbesondere aber den Genossen des  
 4. Wahlkreises und dem Vorstande der  
 Orts-Krankenkasse der Schneider für  
 die herrlichen Kranzspenden. 26618  
 Die tiefbetäubte Witwe  
**Berta Bratow** nebst Kindern.  
**Englischen Unterricht,**  
 einzeln und im Zitel, erteilt 36372\*  
**Gertrud Swienty,**  
 Schöneberg, Sedanstraße 57, III.  
**Otto Pritzkow, Münzstr. 16,**  
**Welt-Ausstellungs-**  
**Biograph (St. Louis)**  
 Theater lebender  
 Photographien.  
 Der Untergang des  
 Dampfers „Berlin“.  
 168 Tote, 12 Gerettete.  
 Den ganzen Tag Vorstellung.

**Blitz-Schnell**  
 kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten, Gitschinerstr. 72,**  
 Station im Hause. Haltestelle Weingartenstraße. Empfiehlt:  
**1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,**  
**1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,**  
 auch für korpulente Herren passend.  
 Dieselben sind von feinen Stoffen und Reifenden, die nur einen  
 Monat ihre Garbe tragen. 44592\*  
 Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Jeder Herr!!**  
 ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!  
**S. Littmann**  
 Zentrale für Herren- u. Knaben-Moden  
**| nur No. 2 Graniestraße nur No. 2 |**  
 nahe Station Hochbahn Oranienstraße.

Kein Kaufzwang.  
 Ich offeriere:  
 Feine Sommer-Paletots . . . . . von Mk. **11,50** an  
 Elegante Herren-Anzüge . . . . . „ **10,50** „  
 Feine Herren-Anzüge . . . . . „ **12,00** „  
 Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge . . . . . „ **14,50** „  
 Elegante Kammgarn-Anzüge . . . . . „ **16,50** „  
 Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig . . . . . „ **22,50** „  
 Hochfeine Einsegnungs-Anzüge . . . . . „ **10,75** „  
 Elegante Stoff-Jacketts . . . . . „ **5,50** „  
 Feine Burschen-Anzüge . . . . . „ **5,75** „  
 Elegante Herren-Stoffhosen . . . . . „ **2,50** „  
 Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter . . . . . „ **3,50** „  
 Elegante Radfahr-Anzüge . . . . . „ **12,50** „  
**Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren**  
**in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.**

Dieses Inserat wird beim Einkauf von 10 M.  
 für 50 Pfg. in Zahlung genommen.  
 Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden  
 sauber und billig ausgeführt.  
**Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.**  
**S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden**  
**nur No. 2 Graniestraße nur No. 2.**  
 Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!

Beachten Sie beim Einkauf von  
**Bettfedern und Betten**  
 die enorm billigen Preise in  
**L. Beullers 4 großen Spezialgeschäften**  
 Oranienstr. 8, nahe Hochbahn, Ackerstr. 28, Ecke Invaliden-  
 straße, Neanderstr. 29, Reimickendorferstr. 115, Bahnhof Wedding.  
**Große Betten, Oberbett, Unterbett u. 2 Klassen 12, 15, 20, 25,**  
**30 M. Daunendbetten 36 bis 75 M.**  
**Besonders preiswert „Daunendeckbett“!**  
 mit bester Mandarinendaune nur 15 M.  
**Bettfedern Pfd. 0,50, 0,75, 1 M. Halbdauen Pfd. von**  
**1,50 M. an. Gänsefedern u. Daunen Pfd. 2 bis 3 M.**  
 in nur erprobten, staubfreien Qualitäten.  
**Große Lager fertiger Inlette, Bezüge, Schlaf- und Steppdecken.**  
**Bettfedern-Dampf-Reinigung.**  
 Telefon: Amt IV, 6971. 4071L\*

**Todes-Anzeige.**  
 Allen Freunden und Bekannten  
 sei hiermit die traurige Mitteilung  
 gemacht, daß am 4. d. M. mein  
 lieber Mann und mein guter  
 Vater, der Restaurateur  
**Wilhelm Langner**  
 nach kurzem Krankenlager im Alter  
 von 40 Jahren an der Lungen-  
 entzündung verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet morgen  
 Sonntag nachmittags 4 Uhr von der  
 Leichenhalle des Himmelstsch-  
 Friedhofes in Nordend aus statt.  
 Dies zeigt schmerzgefüllt an  
**Wive, Berta Langner**  
 nebst Kind. 26736

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
 des  
**6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 4. April verstarb unser  
 langjähriges Mitglied, der Bezirks-  
 führer Schankwitz  
**Wilhelm Langner**  
 Quittenstr. 42.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet Sonntag,  
 den 7. April, nachmittags 4 Uhr,  
 von der Halle des Himmelstsch-  
 Kirchhofes in Nordend aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 248/12 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der**  
**Schmiede.**  
 Zahlstelle Berlin. (Beitrag II)  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege  
**Wilhelm Langner**  
 am Donnerstag, den 4. April, an  
 doppelter Lungenentzündung ver-  
 storben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 7. d. M., nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Himmelstsch-Kirchhofes  
 in Nieder-Schönhausen (Nordend)  
 aus statt.  
 Regte Beteiligung wird erwartet.  
 176/7 Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast-**  
**u. Schankwirte Deutschlands**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege  
**Wilhelm Langner**  
 Quittenstr. 42  
 verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 7. April, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Himmelstsch-Kirchhofes  
 in Nordend aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 69/14 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied, der Former  
**Wilhelm Peter**  
 am 1. April an der Schwindstich  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Sonnabend, den 5. April, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Kirchhofes der Oranien-  
 Gemeinde, Borussstraße, aus statt.  
 Regte Beteiligung erwartet  
 116/6 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeige.**  
 Hierdurch zur Nachricht, daß  
 mein innig geliebter Mann, unser  
 guter Vater und Schwiegervater,  
 der Steinträger  
**Wilhelm Brunk**  
 im Alter von 40 Jahren plötzlich  
 und unerwartet uns durch den  
 Tod entrißen wurde.  
 Dies zeigt tiefbetäubt an  
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 7. April, nach-  
 mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des neuen Luisen-Kirchhofes  
 in Hildorf, Hermannstraße, aus  
 statt.

Allen Freunden und Bekannten  
 die traurige Nachricht, daß meine  
 liebe Frau, unsere herzensgute  
 Mutter  
**Anna Schulze**  
 geb. **Klunzer**  
 nach kurzem, schwerem Leiden am  
 3. April, nachmittags 1 1/2 Uhr,  
 verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 7. d. M., von  
 der Leichenhalle des St. Petri-  
 Friedhofes, Friedenstr. 84, aus statt.  
 Um stille Beileid bitten  
**Otto Schulze** nebst Kindern,  
 44852 Brandenburger Allee 128.

Achte ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen.

5. Verhandlungstag.
Breslau, 4. April.
Nach längerer Debatte, in welcher für und gegen die Anstellung von Gauleitern gesprochen wurde, wurden die Anträge 108-120, welche speziell den Ausbau der Agitation behandeln, dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Beschlossen wurde, den Sitz des Verbandes in Berlin zu belassen. § 4 des Statuts wird entgegen einem Berliner Antrage abgelehnt. Ein Antrag Weißwasser, den Satz „und im Wiedernahmefalle ebenfalls 50 Pf. ist zu streichen“, wird angenommen. Die 20 Pf. Beitragsklasse wird beibehalten, die übrigen Beitragsklassen werden beibehalten. Die Ortsverwaltungen werden ermächtigt, in außerordentlichen Fällen Extrabeiträge zu erheben. Der § 8 im Statut bleibt in seiner alten Fassung bestehen, der Lokalverwaltung bleibt es überlassen, Resolutionen zu streichen und dem Hauptvorstand die Erstattung in gewissen Fällen zu befürworten.

Bei militärischen Übungen werden Beiträge nicht erhoben, ebenfalls in Krankheitsfällen und bei Verbüßung einer Freiheitsstrafe. Vom Militär kommende Mitglieder müssen sich die Verbandsrechte wieder erwerben. Bei Abwehrstreiks und Ausperrungen werden Unterstufungen von 1. Tag, bei Angriffstreiks und Arbeitslosigkeit von der 2. Woche an gezahlt. Die §§ 15-18 werden in ihrer alten Fassung belassen. Die Abänderung des § 22 wird dem Hauptvorstand überlassen.

Bei den Wahlen zur Generalversammlung entfallen in Zukunft auf 75-250 Mitgliedern 1 Delegierter, darüber 2 Delegierte. Mehr als 2 Delegierte darf keine Zahlstelle entsenden. Die Generalversammlungen finden entgegen einem Abänderungsantrag weiter alle 2 Jahre statt.

Den weiblichen Mitgliedern wird im Einbindungsfalle eine einmalige Unterstützung von 8 Mk. gezahlt.

Der Hauptvorstand hat der Generalversammlung 1909 eine Vorlage zu unterbreiten zwecks Einführung einer Invalidenversicherung.

Ein Antrag, die Protokolle der Generalversammlung mit 20 Pf. an die Mitglieder abzugeben, wird abgelehnt. Abgelehnt wird auch ein Antrag Stralau, die gelegentlich der Streitigkeiten Berlin-Stralau durch Denkschriften verursachten Kosten auf die Verbandkasse zu übernehmen. Die Rechenschaftsberichte werden in Zukunft nur in einer Auflage von 10 Proz. zur Zahl der Mitglieder verausgabt werden.

Das Gehalt der Gauleiter wird um 200 Mk. erhöht, die Gehälter der übrigen Beamten werden wie bisher belassen.

Die nächste Generalversammlung findet in Hannover statt.

Die Wahl ergibt die Wiederwahl Girbig als Hauptvorstand, Hamann als Kassierer. Die Anstellung weiterer Beamten wird dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Das Gehalt des Kassierers wird um 200 Mk. erhöht.

Der internationale Glasarbeiterkongress wird besetzt durch Horn, Girbig, Göbel und Wuhmann. Hartmann, Stralau wird als Ersatzmann für Horn gewählt.

Nach einem begeisterten aufgenommenen Schlusswort Girbigs wird die Generalversammlung geschlossen.

9. Verbandstag des Zentralverbandes der deutschen Maurer.

Böln, den 4. April 1907.

Dritter Verhandlungstag.

Die heutige Verhandlung beginnt mit der Statutenberatung.

Die ersten Stunden der Beratung fördern wesentliches nicht zutage, da die von den einzelnen Delegierten begründeten Abänderungsanträge ihrer Zweigvereine meistens abgelehnt werden oder, wo Annahme erfolgt, es sich vorwiegend um formale Selbstverständlichkeiten handelt. Ein kleines Scharnhölz entspinnt sich bei § 12 des Statuts, der die Bescheidung des Verbandstages behandelt. Schlag, Eberfeld, der mehrere Anträge befragt, die darauf hinauslaufen, die Gaubeamten von der Teilnahme an Verbandstagen auszuschließen bzw. ihnen nur beratende Stimme zuerkennen wollen, nennt den Verbandstag ein „Herrenhaus“, wenn die Gaubeamten darin dominieren. Auch Seefeld, Bremenhafen betont, daß die Kollegen sich in ihrem Selbstbestimmungsrecht eingekengt fühlen. Bei noch weiterem Ausbau des Beamtenkörpers werde schließlich ein bürokratisches Regiment einreißen. — Wein, Düsseldorf befürchtet, daß die Beamten durch ihr besseres Nebelalent die übrigen Delegierten umstimmen werden und so die Meinung der Mitglieder nicht zum wahren Ausdruck komme. — Dagegen wird von Heuse, Hamburg, Leipzig, Darmstadt und Deo, Karlsruhe ausgeführt, daß man die Beamten zu Mitgliedern zweiter Klasse stampfe, wenn man ihnen die Rechte nehme. — Bömelburg weist darauf hin, daß in einzelnen Orten eine förmliche Hege gegen die Beamten inszeniert werde. Die Orte, welche die Beamten nicht leiden könnten, sollten sich doch keinen wählen. Die Entmischung der Organisation erfordere das System der besoldeten Beamten. Diese selbst seien aber vielfach schuld an der Animosität, sie sollten sich gegen die Angriffe in den einzelnen Zweigvereinen wehren und ihre Rechte verteidigen. Man dürfe der leider vielfach in der Arbeiterbewegung bestehenden Kleinigkeit keine Konzessionen machen. Was es mit dem „Herrenhaus“ für eine Bewandnis habe, zeige am besten der Umstand, daß die Beamten auf Grund eines demokratischen Wahlsystems von den Zweigvereinen selbst gewählt wurden, während die Mitglieder

des preußischen Herrenhauses vom König auf Lebenszeit ernannt würden. Mit faulen Wippen schädige man die Sache. Wenn Hein die geistige Ueberlegenheit der Angeestellten fürchte, so sei es folgerichtig, auf jedes geistige Emporarbeiten zu verzichten. Das könne ernstlich aber niemand wollen. Uebrigens seien die Einrichtungen im Verbandsrat, daß die Gauleiter vom Vorstande finanziell vollständig unabhängig und bisher ihre Meinungsfreiheit auch noch immer zu wahren gewußt hätten.

Sämtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt und bleibt es dabei, daß sowohl die prozentuale Einteilung zur Delegation als auch das Recht der Teilnahme für die Beamten bestehen bleibt. Sehr lebhaftes Klagen werden geführt über die Nachlässigkeit im Meldewesen bei der Abreise von einem Ort zum anderen. Sämtliche hierzu gestellten Anträge auf Einführung von Strafen werden jedoch abgelehnt.

Zum § 19 des Statuts, der die Verbandsbeiträge regelt, liegen allein 84 Anträge vor, die teilweise die Wiedereinführung von Winterbeiträgen, die unteren Beitragsklassen aufheben, die Einführung von Extrabeiträgen und die Schaffung neuer Beitragsklassen (70 bzw. 65 Pf.) fordern.

Hierzu führt Bömelburg aus: Nachdem es im Vorjahre geschehen habe, als ob die Unternehmer große Kämpfe zur Lohnbewegung der Organisation der Arbeiter inszenieren würden, sei verbandseitig sofort die Frage einer Beitragserhöhung erwogen und in vielen Versammlungen auch bereits Stellung dazu genommen. Abgesehen von ganz vereinzelten Fällen sei überall zum Ausdruck gekommen, daß die Mitgliedschaften zu der äußersten Anspannung bereit seien, um die eventuellen Angriffe zu parieren. Im Verbandsrat herrsche über die Abwendung einer solchen Gefahr Einmütigkeit. So habe Berlin z. B. den Vorschlag gemacht, Extrabeiträge bis zu 3 Mark pro Woche zu erheben. Heute zeige sich indes, daß man im Vorjahre zu schwarz gesehen habe. Der Verbandsrat habe deshalb auf dem Standpunkte, daß zunächst von einer Beitragserhöhung unter gewissen Bedingungen abgesehen werden könne. Die Finanzen des Verbandes seien derart, daß sie für normale Verhältnisse ausreichten. 1901 habe der Verband 600 000 Mark Vermögen besessen, inzwischen seien Steuer- und Krankenunterstützung eingeführt, die im Vorjahre allein 1 200 000 Mark erfordert hätten, und dennoch sei die Verbandskasse heute 2 1/2 Millionen stark. Eine weitere Steigerung der Mitgliederbedinge höhere Einnahmen, aber nur verhältnismäßig geringe Steigerung der Ausgaben, so daß eine weitere Befestigung der Finanzen in Aussicht stehe. Bewillige der Verbandstag die beiden neuen Beitragsklassen zu 65 und 70 Pf. und stimme der Verbandsrat dem weiteren Vorstandsantrage zu, daß im Falle der Rot der Verbandsrat in Gemeinschaft mit dem Ausschuss und den Gauvorständen dann Extrabeiträge ausschreiben könnten, wenn die Arbeitgeber dennoch einen Kampf heraufbeschwören sollten, dann verzichte der Vorstand auf seine weiteren Anträge auf Beitragserhöhung. Es sei vielfach auf die am 31. März 1908 ablaufenden Verträge hingewiesen. Die Sache sei nicht so schlimm, daß bei 500 Tarifverträgen, die durchschnittlich auf 2 Jahre abgeschlossen, mehrere Hundert im nächsten Frühjahr zu Ende seien, habe an sich nichts besonderes. Dann müsse eben von neuem verhandelt werden. Uebrigens seien Arbeitgeber und Arbeiter im Kampfe auf einander angewiesen, weil beide ihren Erwerb daraus ziehen. Wir fordern, daß man uns als gleichberechtigte Faktoren anerkennt. Vernünftige Arbeitgeber sehen das auch ein. Und wenn die Vernunft oben bleibe, dann werde sich ohne besonderen Kampf der Abschluß neuer Verträge vollziehen können. Werden aber all diese Voraussetzungen nicht zutreffen, dann würde ein Sturm der Entrüstung durch die gesamte Kollegenchaft gehen und die Kollegen selbst würden dann den Weg schon angeben, der zu gehen sei. Um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, ersucht Redner um möglichst einstimmige Annahme der Vorstandsanträge. (Lebhafter Beifall.)

Nach diesen Erklärungen des Vorstandes können die weiteren Reden zur Sache nur noch in minimaler Weise die Anwesenden fesseln.

In der Nachmittags Sitzung werden die Vorstandsanträge so wie sie Bömelburg formuliert, einstimmig angenommen. Damit fallen alle anderen Anträge, die auf diesen Punkt Bezug haben. Die Einführung von Winterbeiträgen wird abgelehnt, ebenfalls die Streichung der unteren Beitragsklassen.

Bei § 20 entspinnt sich eine Debatte darüber, ob die örtlichen Lokalausschläge, die für den Bau von Gewerkschaftshäusern, Einrichtung von Arbeitersekretariaten usw. erhoben werden, als Verbandszweck angesehen werden können. Es liegen Anträge vor, die Lokalausschläge ganz aufzuheben oder nur solche Lokalausschläge zuzulassen, die lediglich für Verbandszwecke nötig sind. Ein Antrag in letzterem Sinne ist auch vom Verbandsrat gestellt. Bömelburg erklärt dazu, daß der Antrag gestellt sei, um Mißbrauch mit den örtlichen Lokalausschlägen zu verhindern. So z. B. habe man in Kiel von zugereisten Kollegen 3 Mark zum Bau eines Gewerkschaftshauses erhoben. So weit dürfe es nicht gehen. Würden an Orte Einrichtungen getroffen, wie Arbeitersekretariate u. dgl., die von den Kollegen mit beschloßen und benutzt werden, so hätten sie auch den auf sie entfallenden Anteil zu tragen und eventuelle Lokalausschläge zu erheben, das dürfe aber nicht ausarten wie in Kiel und an verschiedenen anderen Orten.

Die Materie wird ebenfalls in dem von Bömelburg empfohlenen Sinne geregelt.

Weiter werden noch einige kleine Änderungen bezüglich der am Orte verbleibenden Gelder usw. nach dem Vorschlage des Vorstandes erledigt.

6. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede.

Zweiter Verhandlungstag.

Breslau, 4. April

Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist der Redakteur des „Correspondenzblatt“, Genosse Paul Umbreit, Berlin erschienen. Den Vorsitz führt Wischhoff, Hamburg.

Hoch-Berlin hält sein Referat zur Frage des Anschlusses an den Deutschen Metallarbeiterverband. Das Referat fußt darauf, daß es dem Bestande der Branchenorganisation zu verdanken sei, daß im Verufe der Kupferschmiede gegnerische Organisationen nicht entstanden sind. Das Unterstützungswesen sei im Verbandsrat der Kupferschmiede von Anfang an gepflegt und im Laufe der Zeit gut ausgebaut worden. Die Mehrzahl der Berufsangehörigen arbeite in reinen Branchenbetrieben und die Agitation lasse sich bei der Kleinheit der meisten dieser Betriebe nur von einer Berufsorganisation erfolgreich betreiben, da die persönliche Bekanntschaft die größte Rolle spiele. Die persönliche Fühlung unter der Kollegenchaft würde aber in einem großen Industrieverbande leiden. Der Verband sei ferner auch schlagfertiger in seinem Vorgehen, als wenn z. B. bei Lohnbewegungen mehrere Instanzen mit zu beraten hätten.

Redner erklärt sich indes nicht prinzipiell gegen eine Verschmelzung, nur müsse erst gefogt werden, welche Rechte den Kupferschmiedem im Industrieverbande eingeräumt würden. Die Generalkommission möge eine Konferenz aller Berufsorganisationen, die in der Metallindustrie außer dem Metallarbeiterverbande noch bestehen, in die Wege leiten, auf der man über eine Verschmelzung verhandeln könne. Als Bedingungen für einen Zusammenschluß kämen dabei in Betracht, daß alle Filialen mit mehr als 30 Mitgliedern eigene Branchengruppen, mit selbständigem Versammlungsrecht bilden dürfen. Bei Lohnbewegungen, insbesondere in reinen Kupferschmiedebetrieben, müsse man völlig freie Hand behalten. Alle zwei oder drei Jahre müßten Branchenkonferenzen abgehalten werden dürfen. Auch hinsichtlich der Zeitung seien Bedingungen zu stellen. Die Kupferschmiede müßten ihre Lokalkassen behalten und ein Teil der Lokalausschläge müßte ihnen zugesichert werden. Bei der gegenwärtigen Struktur des Metallarbeiterverbandes könnten diese Bedingungen indes nicht erfüllt werden, und sei somit die Zeit für den Anschluß noch nicht gekommen.

In der Diskussion kamen fünfzehn Delegierte zum Wort, und als gegen Mittag ein Schlussantrag angenommen wurde, lagen noch eine ganze Anzahl von Wortmeldungen vor. Für den Anschluß sprach nur Blum, Bremerhaven. Der letzte Redner, Schröder, Leipzig, ist persönlich für den Anschluß, da aber die Ansichten der Mitglieder in diesem Falle weit auseinandergehen, hält auch er die Zeit für den Anschluß noch nicht gekommen. Alle anderen Redner erklärten sich gegen eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverbande. Einige von ihnen ersehen zwar in einer allgemeinen Arbeiterunion ihr Ideal, nicht aber in den Industrieverbänden.

Im Laufe der Diskussion erklärt der Vertreter der Generalkommission: diese könne sich in die Frage des Anschlusses nicht einmischen. Die Frage könne nur von den Beteiligten selbst auf Grund der vorhandenen Verhältnisse entschieden werden. Dagegen sei die Generalkommission gern bereit, sich auf Antrag an den bezüglichen Verhandlungen zu beteiligen. Die Frage einer allgemeinen Arbeiter-Union stehe doch aber in noch weiterer Ferne, als die der Verschmelzung von Berufsorganisationen zu Industrieverbänden. Der nächste Gewerkschaftskongress werde sich übrigens des Näheren mit der Frage der Industrieverbände und Grenzstreitigkeiten zu beschäftigen haben.

Scholz, Hamburg hat inzwischen seinen Antrag dahin abgeändert, daß das Ergebnis von Verhandlungen mit dem Vorstande des Metallarbeiterverbandes der nächsten Generalversammlung zu unterbreiten ist, anstatt wie zuerst gesagt wurde, daß die Mitglieder durch eine Urabstimmung über die Frage der Verschmelzung entscheiden sollten.

Die Abstimmung ist eine namentliche. Für den Antrag Scholz stimmen 4, dagegen 35 Delegierte. Damit ist der Anschluß an den Metallarbeiterverband vorläufig abgelehnt. Für den Antrag Scholz stimmte dieser selbst, sowie Effenberg, Danzig, Papier, Bremen und Blum, Bremerhaven.

In der Nachmittags Sitzung referiert Kühne, Küstrin über die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung. Er erklärt sich für die Einführung auf der Grundlage der bisherigen Ortsunterstützung bei einer Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche.

Klasse, Mannheim als Korreferent befürchtet von der Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung bei nur 10 Pf. Beitragserhöhung einen Rückgang des Vermögens des Verbandes, das man für eventuelle Kämpfe brauche. Da die Einführung dieser Unterstützung aber eine Notwendigkeit sei, müsse der Beitrag um 15 Pf. pro Woche erhöht werden.

Die Erwerbslosen-Unterstützung wurde nach folgender Scala angenommen:

Table with 4 columns: Bei einer Mitgliedschaft von, Wochen, pro Tag, pro Woche, bis zur Höhe von. Rows show values for 52, 104, 156, 208, 260, 320 weeks.

Die Unterstützung wird nach der 2. Woche des Beginns der Erwerbslosigkeit ausgezahlt.

Wegen Umbau und Umgestaltung

Grosser Ausverkauf.

Deutsche und Perser Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, Steppdecken, Diwanddecken, Läuferstoffe, Tischdecken u. Felle

zu weientlich herabgesetzten, spottbilligen, aber festen Preisen

welche neben den früheren deutlich vermerkt sind.

Teppich-Haus B. Hurwitz, Rotes Schloss, vis-à-vis dem National-Denkmal.

